

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.  
Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Sonnabend, den 24. November 1900.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.  
Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

**Abonnements-Bedingungen:**  
Abonnements-Preis pränumerando:  
Vierteljährlich 3,30 M., monatlich 1,10 M.,  
wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.  
Einzeln Nummer 5 Pf. Sonntags-  
Nummer mit illustrierter Sonntags-  
Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-  
Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal.  
Eingetragen in der Post-Zeitungs-  
Verzeichnisse für 1900 unter Nr. 7971.  
Unter Kreuzband für Deutschland und  
Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das  
übrige Ausland 3 Mark pro Monat.  
Geschiedt täglich außer Montags.

**Die Insertions-Bedingung**  
Beträgt für die sechsheftige Kolonnet-  
zeile oder deren Raum 40 Pf., für  
politische und gewerkschaftliche Vereins-  
und Veranlassungs-Anzeigen 30 Pf.,  
„Reine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,  
(nur das erste Wort frei). Inserate für  
die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr  
nachts in der Expedition abgegeben  
werden. Die Expedition ist an Wochen-  
tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und  
Feiertagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.  
Kontoprospekt: Amt I. Nr. 1508.  
Telegraphisch: „Socialdemokrat Berlin“

### Der Sieger.

Die viertägige Debatte über die Chinafrage ist am Freitag abgeschlossen worden. Die 153 Millionen-Vorlage wird in die Budgetkommission gehen, in der nun die Einzelfragen, insbesondere auch die in der Generaldebatte nur flüchtig gestreifte Frage der Kostenbedeutung, zur Diskussion gelangen werden.

Was aber ist das Ergebnis der Generaldebatte? Vergebens wird man in den Reden der Minister und der bürgerlichen Parteien nach irgend einer wirklichen Aufklärung suchen. Niemand ist eine so folgenschwere Vorlage unter völligem Verzicht auf Vernunftgründe in solcher Rebellstimmung verteidigt worden. Wer kann sagen, aus welchem Grunde, der vernünftiger Einsicht entspringt, der Kreuzzug unternommen ist, wer weiß jetzt, was die Regierung in China will, was sie von diesen furchtbaren Opfern an materiellen und moralischen Gütern erwartet? Die Expedition konnte nicht der Rettung der Pekingern Fremden dienen; hätte man einen solchen, vom Standpunkt der Regierung verständlichen Zweck verfolgt, so hätte man Japan mit der Mission betrauen müssen. Wie für die Gegenwart durch die deutsche Expedition nichts zu retten war, so verspricht sie auch für die Zukunft keinerlei Vorteil. Große Ziele, schwor Graf Bülow, verfolgt die maßvolle Regierung keineswegs; sie will China nicht aufteilen, keine Landteile rauben, die Integrität des chinesischen Reichs aufrecht erhalten. Was sucht sie also dort, warum macht sie durch hundertjährige Kriegsführung und die Chinesen zum Todfeind, der für Jahrzehnte hinaus keinen deutschen Kaufmann fremdbüchlich anzusehen bereit sein wird? Bleibt als einziges Motiv die Rache für die Ermordung des Herrn v. Ketteler übrig, für dessen persönliche Sicherheit übrigens die chinesische Regierung völlerantwortlich keine Verantwortung mehr trug, nachdem sich die Gesandten geweigert hatten, der Weisung der chinesischen Regierung zu folgen und Peking zu verlassen. Allein um der nationalen „Ehre“ willen also wird das Volk in dies sinnlose grauenhafte Abenteuer geführt, dieser Ehre, die eine wahre Dummheit ist, wo das Gottesgericht es fügt, daß der Beleidiger den Beleidigten niedertrifft.

Die Chinafrage ist unerbittlich nach ihren Ursachen, verfassungswidrig in ihren Begleiterscheinungen, kulturverwundend in der Ausführung, unklar und planlos in den Zwecken — das ist der Eindruck, den die viertägige Verteidigung in jedem Unbefangenen hinterlassen muß. Unter der Last ihres früheren Erfolgs zu Boden gedrückt, verlassen die Männer der verantwortlichen Regierung den Saal.

Abwärts von dem großen und bunten Pausen der Abhaktente steht die Socialdemokratie, völlig isoliert, von allen andern Parteien scharf geschieden, ohnmächtig, den Lauf des Verderbens und des Unsinns aufzuhalten, und doch aufrecht, entschlossen, zukunftsicher — der wahre Sieger vor der Geschichte. Die bürgerliche Zerfahrenheit, die Amselhaftigkeit ihrer grundlosen „Realpolitik“, die um augenblicklicher parteilastischer Rücksichten willen Leib und Seele verschachert, diese Entartung, die von Unwahrscheinlichkeiten aller Art sich nährt und die niedrigste Gemeinheit propagiert — das ist das Bild der herrschenden Klassen, die sich von einer Regierung leiten lassen, die ihrerseits nicht in einer inneren großen und einheitlichen Anschauung ihre Leitung findet, sondern nur in einem äußeren schwankenden Ungefahr. Auf der andern Seite die Socialdemokratie, die umbricht ihren Weg der Wahrheit und Gerechtigkeit geht, der allein zur Erlösung der Menschen und Völker führt.

In einer Scene, in der sich der freie Jüngling von einem Hauch weltgeschichtlichen Lebens gepackt fühlen mußte, kam an diesem letzten Tage der China-Debatte der gewaltige Gegenstand der verfallenden und der aufsteigenden Welt zur eindringlichen Anschauung. Zuerst zwar schien die Reichstags-Sitzung die Ueberflüssigkeit selbst zu sein. Professor Gasse, der Altheutsche, nahm für sich die Vaterlandschaft der Weltpolitik in Anspruch. In der That, die Ehre gebührt ihm, er hat schon seit Jahren auf seinem Atlas mit einem kühnen Blaustrich die Erde aufgeteilt; Karl Peters, Friedrich Lange, Gasse, Theobald Fischer und andre, das sind die ersten Propheten des Imperialismus gewesen, über den vor einem Jahrzehnt, ja vor einem Jahrzehnt noch alles lachte, während jene Phantasien heute das gefährlichste Mode-Element der Politik geworden sind. Herr Gasse forderte gebieterisch eine Kolonialarmee, die auch kommen wird. Nachdem der Staatssekretär von Richtigens Auskunft über die Entschädigung der aus Transvaal ausgewiesenen Deutschen gegeben und Herr Schrader inmitten der noch einmal den freisinnigen Bewilligungsbereiter beteuert hatte, kam Webel zu Wort. Und ihm gelang ein Wunder: das Chinafante Haus folgte dieser großen und gewaltigen Schlagrede Webels mit einer fast feierlichen Stille, niemand widerstand dieser aus der Tiefe einer starken und reinen Persönlichkeit glühend strömenden Verehrtheit, der durch die Fülle der Beweise vernichtenden Anklage, dem idealistischen Appell an das klare Denken und das sittliche Empfinden. Die Worte strömten dem Redner mühelos zu, die Gedanken formten sich wie von selbst zu dramatisch wichtigen Sätzen, ein liebenswürdiger Humor brach bisweilen mildernd durch den schweren Ernst. Die Tribünenbesucher lachten geyannt, selbst das spöttische Volk der Journalisten ward andächtig. Graf Bülow sah still auf seinem Sessel, das Gesicht ein wenig gerötet, während der Kriegsminister in mühsam beherrschter Nervosität, in einer der Verwirrung durch die „Woge“ würdigen Pose des Explozierens aufrecht stand ein Glas Wasser nach dem andern auf seine Erregung gießend.

Wie verschwanden doch vor der Verehrtheit, wie sie die Ueberzeugung verleiht, die keinen Kniffe der Diplomaten, die Schelmlichkeiten der Parteipetulantien, die erzwungenen Lüsteilen des berufsmäßigen Advokatenums! Versunken und vergessen der ganze muffige Kram! In der Luft dieses freien und klaren Denkens, dieses großen und sittlichen Empfindens, dieser edlen und

mächtigen Redekunst konnte man endlich wieder erlöst aufatmen. Der gute Genius der Menschheit und des Deutschtums sprach aus der Rede, man konnte wieder glauben und hoffen, nach all dem Kleinen, Niedrigen, Verächtlichen und Lappischen. Die Zukunft leuchtete auf!

Webel setzte mit einem scharfen Angriff auf die Donnerstags-Ausführungen des bayerischen Bundesratsbevollmächtigten, Grafen Lerchensfeld, ein, der den Verfassungsbruch gerechtfertigt habe. Dann rechnete er mit dem Centrum ab, das nach dem Gesandnis Viebers um der Regierungsfähigkeit willen den Zugus einer selbständigen Politik drangegeben hat und zum Schlepptier der herrschenden Politik geworden. Die Ausführungen des Kriegsministers gepflückte Webel in unbarmerziger Weise. Er wies auf die Verlogenheit der Berichte über die Vorergruel hin, die von dem China-Korrespondenten der „Kreuzzeitung“ in klassischer Weise erwiesen worden ist. Nach der Aussage des österreichischen Gesandtschaftssekretärs haben die „Belagerten“ erst Angst bekommen, als sie in der europäischen Presse von ihren erlauchlichen Leiden lasen. Dagegen sind die Hummerbriefe im wesentlichen sicher nicht übertrieben. Webel verlas einen erst eben bekannt gewordenen Brief dieser Art, in dem der Absender ausdrücklich auf des Kaisers Befehl „Pardon wird nicht gegeben“ Bezug genommen hat. Vergebens bemühte sich die Rechte, durch Zwischenrufe die Beweislast dieser Zeugnisse zu erschüttern, der Kriegsminister ließ sich den Zeitungsausschnitt zur weiteren Untersuchung geben.

Das Eintreten des Grafen Bülow für die Kaiserreden prüfte Webel auf seinen sachlichen Wert, und mit weiterem Beweismaterial rechtfertigte er die socialdemokratischen Anschauungen über das Missionswesen, die Natur der Vorerrevolution, die Verleumdung der deutschen Politik. Er geißelte die Heuchelei des heutigen Christentums, das nichts vom Wesen des wirklichen Christentums enthält, dessen Bekenner selbst einen internationalen Gott anbeten, aber die socialistischen Anhänger der Internationalitätsidee der Vaterlandlosigkeit beschuldigen.

Eine besonders eindrucksvolle Episode bildete die Darstellung der Kommune, zu der Webel durch die Ständische Rede veranlaßt worden war, der sich zum Verbreiter der schamigsten Verleumdungen über diese heroische Volkserhebung hergegeben hatte. Die knappe Aneinanderreihung der Thatfachen wirkte in dem leidenschaftlich-anschaulichen Vortrag wie ein erschütterndes Drama. Diese Erinnerungen an die Wahrheit kommen gerade recht; denn wie auf ein allgemeines Kommando frischt jetzt plötzlich die gesamte reaktionäre Presse die alten Lügen auf.

Die Rede Webels veranlaßte den Reichskanzler und den Kriegsminister zu ein paar schwächlichen Bemerkungen, die völlig wirkungslos verpufften. Sie nahmen sich wie das gleichgültige Garderobengeplauder nach beendetem Schauspiel aus. Graf Bülow ließ heute, wo er seine Pointen nicht vorbereitet hatte wie im Falle Richter, nichts von seiner gerühmten Schlagfertigkeit merken. Seine Späße wirkten nach dem hohen zwingenden Ernst der Webelschen Rede fast und seine ernst beabsichtigten Bemerkungen spähhaft. Graf Bülow, der seine Kopf, hatte nämlich den seltsamen Geschmack, sich für die Humanität der deutschen Politik auf ein Anerkennungsschreiben des — chinesischen Gesandten in Berlin zu berufen, der mit jener den Chinesen eignen, dem Grafen Bülow aber anscheinend nicht zugänglichen Feinheit dem deutschen Kanzler dankte, weil er erklärt habe, China nicht aufteilen zu wollen. Darin steht der bescheidene Graf Bülow eine Billigung dessen, was Deutschland gethan hat. Der Reichskanzler braucht sich da nicht mit der Anerkennung des chinesischen Gesandten zu begnügen. Er darf sich getrost auch auf die Billigung seitens der Socialdemokratie berufen; denn auch wir finden es loblich, daß der Herr Graf China nicht aufteilen will.

Der Kriegsminister, von dem man — nach seinem Gesicht — einen heftigen Zusammenstoß mit Webel erwartet hatte, war durch die reichliche Wasserzufuhr zu dem klugen Gedanken beruhigt, in seiner Antwort lieber gar nichts zu sagen. Sehr bedeutsam war, daß Herr v. Gohler auf die abermals dringend gestellte Frage Webels, ob die Parole „Pardon wird nicht gegeben“ maßgebend für die Kriegsführung sei, schweigend. Das stille Webel in einer nochmaligen Schlußbemerkung ausdrücklich fest. Damit ist dargezogen, daß wir über die Hummerbriefe nicht zu erstaunen brauchen. Die Soldaten durften gar nicht anders handeln. Unerklärlich freilich ist es, wie der Herr Kriegsminister noch die Zuverlässigkeit der Soldatenbriefe bezweifeln konnte, da sie doch für ihn selbst nichts Ueberwunders enthalten.

Graf Bülow und Herr v. Gohler konnten heute in dem Bewußtsein nach Hause gehen, daß die überwältigende Mehrheit des Reichstags hinter ihnen steht. Wenn sie aber sich selbst ehlich die Frage vorgelegt haben sollten, wer der wirkliche, der moralische Sieger geblieben ist, so dürfte die Antwort jedes Triumpfgefühl in ihnen erlöcht haben.

Am Sonnabend aber steht die „innere Weltpolitik“ vor Gericht: die 12000 Mark-Affaire.

### Die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers.

Antrag der socialdemokratischen Fraktion auf Verfassungsänderung.

I. In Artikel 17 werden die Worte: „welcher dadurch die Verantwortlichkeit übernimmt“ gestrichen.

II. Hinter Artikel 17 sind folgende Bestimmungen einzufügen: Artikel 17a. Der Reichskanzler ist für seine Amtsführung dem Reichstag verantwortlich. Diese Verantwortlichkeit erstreckt sich auf alle politischen Handlungen und Unterlassungen des Kaisers.

Artikel 17b. Wenn der Reichstag den Reichskanzler für schuldig hält, durch eine von ihm zu verantwortende Handlung oder Unterlassung vorzüglich oder grob fahrlässig seine Amtspflicht verletzt, namentlich verfassungswidrig gehandelt oder sonst das Wohl des Reichs geschädigt zu haben, so kann der Reichstag gegen den Reichskanzler Anklage erheben.

Mit dieser Anklage kann der Reichstag die Anklage wegen solcher Handlungen des Reichskanzlers verbinden, welche unter das allgemeine Strafrecht fallen, soweit sie mit den öffentlichen Obliegenheiten des Reichskanzlers zusammenhängen.

Artikel 17c. Die Verhandlung und Entscheidung über die vom Reichstag gegen den Reichskanzler erhobene Anklage steht dem Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich zu.

Der Reichstag ernannt bei Beginn jeder Legislaturperiode die 24 Mitglieder des Staatsgerichtshofs. Die Berufung in den Staatsgerichtshof darf nicht abgelehnt werden.

Von der Berufung sind ausgeschlossen:

1. die in §§ 32, 33, 34 Nr. 1 bis 6 und 9 des Gerichtsverfassungsgesetzes bezeichneten Personen;
2. Mitglieder des Bundesrats und des Reichstags.

Artikel 17d. Der angeklagte Reichskanzler hat das Recht, bis zu zwölf Mitglieder des Staatsgerichtshofs ohne Angabe von Gründen abzulehnen. Nach er von diesem Rechte nicht Gebrauch, so ist durch Auslosung die Zahl der Mitglieder auf zwölf zu bringen. Diese bilden den Gerichtshof und wählen den Vorsitzenden aus ihrer Mitte.

Artikel 17e. Auf das Verfahren vor dem Staatsgerichtshof finden die Bestimmungen des Gerichtsverfassungsgesetzes mit Ausnahme von § 24 und der Strafprozessordnung sinngemäße Anwendung.

Der Reichstag kann vor Erhebung der Anklage eine Voruntersuchung anordnen und die Untersuchungsrichter ernennen. Der Reichstag ernannt die Vertreter der Anklage vor dem Staatsgerichtshof. Der Beschluß des Reichstags, den Reichskanzler in Anklage zu ziehen, gilt als Beschluß über die Eröffnung des Hauptverfahrens. (§ 201 Str.-Pr.-O.)

Artikel 17f. Von der Beschlußfassung des Reichstags über die Erhebung der Anklage bis zur Verurteilung des Angeklagten ist der angeklagte Reichskanzler vom Amte suspendiert.

Artikel 17g. Im Fall der Verurteilung ist stets der Reichskanzler seines Amtes verlustig zu erklären. Außerdem kann nach Unfähigkeit der Umstände auf zeitliche oder dauernde Unfähigkeit zur Verrichtung eines öffentlichen Amtes erkannt werden.

Fällt dem angeklagten Reichskanzler auch eine im allgemeinen Strafrecht vorgesehene Handlung zur Last, so hat der Staatsgerichtshof außerdem die Bestimmungen dieses Gesetzes gegen ihn anzuwenden.

Artikel 17h. Das Recht der Begnadigung oder Strafmilderung zu Gunsten des Verurteilten darf nur auf Antrag des Reichstags ausgeübt werden.

Artikel 17i. Der Reichskanzler kann vor den ordentlichen Gerichten auf Ersatz des Schadens belangt werden, den er

1. durch Anweisung einer vom Reichstag nicht genehmigten Ausgabe oder durch eine mit den Beschlüssen des Reichstags nicht übereinstimmende Verwendung einer genehmigten Ausgabe dem Reiche oder
2. durch eine vom Staatsgerichtshof für strafbar erkannte Handlung dem Reiche oder Privaten zugefügt hat.

Die Entscheidung des Staatsgerichtshofs über die Pflichtwidrigkeit der Handlung ist für die ordentlichen Gerichte bindend.

### Politische Uebersicht.

Berlin, den 23. November.

#### Die Regierung des Centralverbands.

In seiner Session von 1896/97 hatte der Reichstag eine Novelle zum Unfallversicherungs-Gesetz und zum Invaliditäts- und Altersversicherungs-Gesetz beraten und dabei eine Reihe von Beschlüssen gefaßt u. a. über die Zuziehung von Arbeitervertretern bei Bestimmung des Seilverfahrens (§ 7), bei der Feststellung der Rente (§§ 58 und 65), bei den Entscheidungen der Schiedsgerichte (§ 46) u. c., die nicht nach dem Wunsche der Herren vom Centralverbande deutscher Industrieller ausgefallen waren. Der Geheimrat Jende erklärte bei einer Verammlung des Centralverbands am 22. und 23. September 1897 in Wiesbaden unter andern: „... Ich bin der Ansicht, meine Herren, daß wir auf Grund der Erfahrungen, die wir in der letzten Reichstags-Session gemacht haben, uns dahin aussprechen sollen, daß wir nicht den Wunsch haben, daß die Novelle zum Unfallversicherungs-Gesetz wieder eingebracht werde. (Sehr richtig!) Ich bin der Ansicht, daß absolut kein Grund für uns vorliegt, eine Remede der Unfallversicherung nach der einen oder andern Richtung zu wünschen. (Sehr richtig!) Principielle Gesichtspunkte, von denen aus wir eine Abänderung wünschen könnten, existieren nicht.“ (Verhandlungen des Centralverbands, Heft 77, Seite 15.)

Wenige Bemühungen hatten inzwischen den Erfolg gehabt, daß im Reichsamt des Innern, respektive im preussischen Ministerium bald nacheinander eine Reihe Personenveränderungen eintraten, die einen Stillstand, respektive einen Rückschritt auf dem Gebiet der Arbeitgebergesetzgebung zur Folge hatten. An Stelle der Herren

von Böttcher, von Rottenburg, von Böttcher und von der Rede waren die Herren Graf von Posadowsky, von Boedike und von Bresseld getreten. Vom 21. Dezember 1897 datiert der am 15. Januar 1898 vom „Vorwärts“ veröffentlichte Geheimerlaß des Herrn Grafen von Posadowsky gegen die Koalitionsfreiheit, und am 13. und 16. Dezember 1897 sprach sich Graf von Posadowsky im Reichstage über die derzeitige Stellung der Regierung zur Gewerbe-Gesetzgebung aus. In der ersten Rede, in der er dem Abg. Bebel entgegentrat, behauptete Graf Posadowsky, daß in keinem Lande der Welt so viel für die Arbeiterbevölkerung geschieht, wie im Deutschen Reiche, daß es noch keinem Lande möglich gewesen sei, in dieser Beziehung dem Deutschen Reiche auch nur nahe zu kommen, daß die heijenden Klassen große materielle Opfer dafür bringen ohne zu klagen, daß aber die socialpolitischen Maßnahmen auf dem Gebiete der Gewerbe-Gesetzgebung eine Grenze haben müßten, wenn sie vom Lande getragen werden sollte. Es müßte auf diesem Gebiete der deutschen Nation eine Schonzeit gewährt werden. Bei der Gesezmacherei müßte überhaupt ein etwas langsames Tempo eingehalten werden. Deshalb verzögerte die Regierung darauf, die in der letzten Session nahezu zum Abschluß gebrachten Novellen zum Unfallversicherungs- und zum Invaliditäts- und Altersversicherungs-Gesetz oder etwaige neue socialpolitische Geseze vorzulegen, weil „die freundliche Mitwirkung der Unternehmungsklassen fehle“.

Den Dank für diese Rede blieb das Unternehmertum nicht schuldig.

In der darauf folgenden Delegiertenversammlung des Centralverbandes im Frühjahr 1898 sagte darüber Herr Bued: „Meine Herren, es lag nahe, daß dieses mannhafte Kuffreten von allen den Parteien und Parteiangehörigen aus schärfste angegriffen und beurteilt werden würde, die in socialistischer Beziehung für ein überstürztes Vorgehen arbeiten und stets gearbeitet haben. Ich glaube aber, meine Herren, daß sich der Herr Staatssekretär des Innern Graf von Posadowsky um das Allgemeinwohl und speciell um die Interessen der deutschen Industrie durch eine derartige Stellungnahme in hohem Maße verdient gemacht hat.“ (Zustimmung und Beifall.) (Verh. der C. V. Heft 79 S. 30.) Seite 86 sagt Herr Bued dann: „Um, meine Herren, die Vorlagen sind nicht wieder im Reichstage erschienen, Herr Graf von Posadowsky hat in einer großen Rede, die ich schon mehrmals citiert habe, gute Gründe dafür angegeben. Er hat hingewiesen auf den Gegensatz der Anschauungen, die im Reichstage und außerhalb des Reichstags in dieser Frage vorhanden sind, und hat besonders hervorgehoben, daß die Regierung sich mit den Vorständen der Berufsvereinigungen in einen akuten Widerspruch gesetzt haben würden, wenn die Vorlage in der vom Reichstage beschlossenen Weise in dieser laufenden Session wieder eingebracht worden wäre.“ In Heft 80, Seite 34 sagt Herr Bued noch hierüber: „Ich darf wohl die Vermutung aussprechen, daß unsre eingehend begründeten Bedenken, über die ich nur noch in der letzten Sitzung der Delegierten zu berichten die Ehre hatte, wohl dazu beigetragen haben mögen, daß diese Materie in der letzten Sitzungsperiode des Reichstags geruht hat.“

### Prozent-Patrioten.

Im Reichstage sind bei der großen chinesischen Wäsche unsre patriotischen Schiffreeder der Gegenstand allgemeiner Verlobigung gewesen. Der lächelnde Reichsfinanzler, der berbe druffende Kriegsminister, der elegant schwägende Wasserbau, der kluge Eugen und alle die andren floßen über vom Lobe der Reeder. Die Schlagfertigkeit der Arme und Marine, die Leistungsfähigkeit unsrer Reederreien, das war die Case des Trostes mitten in den blutigen Gremeln der Chinesen-Massaker, welche die socialdemokratische Kritik enthüllte.

Die Prozent-Patrioten der Reederei wissen, warum sie die geschäftige Gile an den Tag legen, dem Abolirium des deutschen Militarismus die Bahn zu ebnen. Wir haben schon früher auf die Profite des Reederturns an der romantischen Chinesenfahrt hingewiesen; die Herren lassen sich ihre „patriotische Leistungsfähigkeit“, für welche die Werftarbeiter im Schweiß ihres Angefichts Ueberstunden machen mußten, von den deutschen Steuerzahlern mit Gold aufwiegen. Im Reichstage ist darauf bei der ersten Lesung noch nicht hingewiesen worden, um so nachdrücklicher kann es zur zweiten und dritten Lesung geschehen.

Bis zum 26. Oktober haben die patriotischen Reeder aus den Truppen- und Materialtransporten 27 282 500 Mark eingestrichen. Diesen Profit schluden die Firmen Hamburg-Amerika-Linie, Norddeutscher Lloyd, S. Diederichsen. Da letztere Firma nur an den Materialtransporten beteiligt ist, bleibt der überwiegend größere Teil des Millionenprofits in den Händen der Aktionäre jener beiden großen Gesellschaften hängen. Man kann sich vorstellen, welche patriotische Begeisterung das Gemüt dieser Herren bewegt.

Die Firma Diederichsen hat an Materialtransporten, bei welchen der Raumbestand der Schiffe nur teilweise in Anspruch genommen war, 8 908 000 M. verdient, 2 279 000 M. hat die Hamburg-Amerika-Linie von den Transportkosten eingestrichen.

Für das Vorcommando berechneten sich der Norddeutsche Lloyd an Transportkosten 34 000 M., für den Transport des Weltfeldmarschalls nebst Gefolge ab Genua 168 000 M., für 18 Truppenschiffe des Lloyd und die Hamburg-Amerika-Linie 20 899 000 M., außerdem noch für Personal- und Ausstattungs-transport, ohne die obige Summe, an der auch die Firma Diederichsen beteiligt ist, 64 500 M.

Das sind die Kosten bis zum 25. Oktober! Die Profite werden durch die Materialnachschüsse und Rücktransporte sich noch mehr als verdoppeln. Dabei sind ein besonders feines Geschäft der Reeder noch die „Liegegelder“. Für jeden Tag, während welchem die Schiffe an der ostasiatischen Küste liegen, bis es dem Arme-Obercommando gefällt, sie zu entlassen, lassen sich die Herren Reeder „Liegegelder“ bezahlen, die pro Tag und pro Schiff zwischen 3000 und 8500 M. schwanken! Die niedrigste Summe, die dergestalt die Reeder an Liegegeldern erhielten, betrug bei der „Sardinia“ 84 000 M., sie stieg aber auch auf 212 000 M. bei der „Athen“ und 229 500 M. bei der „Antonia“. Dabei waren vier Schiffe am 25. Oktober noch nicht entlassen, so daß die Summe der Liegegelder, die bereits an jenem Tage 1 391 000 M. der Totalsumme ausmachte, noch um ein Beträchtliches steigen wird.

Die Reeder sind gegenwärtig die leuchtendsten Vorbilder kapitalistischen Patriotismus, unwillig vom Weibrauch des Lobs der Regierung und der Parteien. Wenn die rückgratlose Wilson-Wehrheit aus Geldbewilligen geht, werden die proletarischen Steuerzahler zu schämecken bekommen, was der Prozent-Patriotismus der herrschenden Klassen ihnen kostet.

### Eine Komödie.

Dem flüchtigen Präsidenten der annektierten Transvaal-Republic ist in Frankreich der Empfang eines Triumphators bereitet worden. Senatoren, Deputierte, Maires haben ihn huldigend umdrängt und selbst die Spitzen der Staatsbehörde beabsichtigen, ihm die Ehren eines Souverains zu bereiten. Und nicht nur in Frankreich bildet

Ohm Krüger den Gegenstand der Huldigung, auch die deutsche Presse widmet dem Verbannten lange, von Sympathiebezeugungen überströmende Begrüßungsartikel.

Leider mischt sich in die Krüger- und Voerenbegeisterung diesseits und jenseits des Rheins viel bewußte und unbewußte politische Heuchelei. In Frankreich, aber auch in Deutschland bildet der chauvinistische Haß gegen England ein starkes Motiv für den gegen Englands Raubpolitik zur Schau getragenen Abscheu.

Es ist nicht der Abscheu vor der Vergewaltigung fremder Nationen an sich, der der Krüger-Demonstration die starke Resonanz in den Bourgeoiskreisen und Bourgeoisblättern verleiht, sondern der spezifische Haß über die englische Expansionspolitik, die den übrigen Mächten trotz deren Anstrengungen noch immer um mehrere Meilen voraus ist.

Die löwendigen Phrasen von dem tapferen, biederen Voerenvölkchen, das mit beispiellosem Heroismus seine heiligsten Güter, seine nationale Selbstständigkeit und seine heimische Sitte gegen den englischen Kapitalistenlangel verteidigt, können uns nicht beizen. Frankreich hat vor diesen heiligsten Gütern fremder Nationen selbst nie allzu großen Respekt bewiesen. Und die unglaublich brutale Ueberhebung, mit der von derselben Presse, die jetzt über das Schicksal des Voerenvölkchens sentimentale Thränen vergießt, bei uns in Deutschland über die nationalen Rechte Chinas zur Tagesordnung Übergegangen worden ist, kennzeichnet zur Genüge die abgrundtiefe Heuchelei dieser Voerenanwält.

Bisher hat niemand den südafrikanischen Raubkrieg schärfer verurteilt, als die Socialdemokratie, wie auch niemand dem heldenmütigen Volkstriebe der Voerenrepublik eine gerechtere Beurteilung hat zu teil werden lassen. Aber gegenüber dem verlogenen Relegulst, der sich jetzt in Frankreich und Deutschland austobt, ist eine nächsterne Beurteilung der Dinge doppelt geboten.

Wenn man einmal, wie das unsre Kapitalisten, zu denen auch der Freisinn sein starkes Kontingent stellt, bei der Chinadebatte gethan haben, die Interessen des anlagehungrigen Kapitals als das höchste Kulturgebot proklamieren, so wird man auch Englands Raubkrieg unter diesem Gesichtspunkt beurteilen müssen. Denn für die Profitgier des englischen Chinakapitals war die Voerenregierung thatsächlich ein Hindernis. Straubte sich doch Transvaal gegen die Herabsetzung der Frachtsätze der Eisenbahnen, die Ausbeutung der Dynamitabgabe, die Erschleierung der Einfuhr fremder Kaffernarbeiter usw. Auch lehnten es die Voeren ja ab, den Ausländern die Bürgerrechte einzuräumen. Allerdings konnten ja die Voeren den englischen Kapitalisten diese Zugeständnisse nicht machen, ohne ihre Herrschaft zu gefährden und den Agrarstaat der fremden Industrie auszuliefern. Aber dieser Agrar- und Viehzüchter-Staat war ja entschieden die niedrigere Staatsform, folglich hätte England nach der Khablogik das gute Recht, die Voerenstaaten als Kulturhemmnisse hinwegzufegen!

Auch bestand die Voerenaristokratie keineswegs aus solch würdigen Patriarchen, als welche man sie verherrlicht hat. Die Voerenbeamten, mit Krüger an der Spitze, waren ganz geriebene Geschäftsleute mit dem Einkommen reicher Kapitalisten.

Alles das hindert uns natürlich nicht, Englands Raubpolitik trotzdem zu brandmarken — die Khabli-Patrioten dagegen haben nicht das mindeste Recht, sich über Englands Raubpolitik sittlich zu entsetzen, während sie sich auf der andren Seite für die genau so zu qualifizierende Chinapolitik begeistern.

Es ist deshalb auch eine bittere Selbsttäuschung, wenn die „Frankfurter Zeitung“ meint, die durch die Voeren-Demonstrationen gedauerte Verurteilung der englischen Politik beweise, daß sich das Gewissen der Menschen zu regen beginne. Es handelt sich hier nur wieder, soweit die Bourgeoisie in Frage kommt, um eine Komödie des politischen Pharisäertums, das durch den Spott über den Splitter im Auge des Nächsten den diaken Balken im eignen Auge vergessen machen will.

## Deutsches Reich.

Als einen der einflussreichsten Kanalgegner bezeichnete Senator Walbrecht im nationalliberalen Verein in Hannover den Finanzminister Miquel:

„Er hoffe, daß jetzt endlich einmal Klarheit hinsichtlich des Kanalbaus geschaffen werde; die Zukunft hänge vom neuen Reichskanzler ab. Hoffentlich habe Graf Bülow, der Mann mit dem klaren Blick für die äußere Politik, auch für die innere Politik den richtigen Blick und setze den Kanal durch trotz zahlreicher Gegner, zu deren einflussreichsten der Finanzminister von Miquel zähle.“

Die Kanalgegnerschaft Miquels war ja nach Miquels Kanalreden kein Geheimnis mehr. Daß die Nationalliberalen ihr ehemaliges Fraktionsmitglied so scharf angreifen, beweist, wie sehr sie ihn von agrarischen Ketten umstrickt glauben.

Unter die Vögel ist, nach Stöder und Bülow, auch die „Ethische Kultur“ gegangen, die sich über die Heidenkaten in China, von denen die Hunnenbriefe singen und sagen, folgendermaßen äußert:

„Wir sind überzeugt, daß auch die Regierung dem Norden in China mit schwerem Gewissensdruck gegenübersteht. Aber sie sagt mit Nachdruck:

Ich bin einmal so tief in Blut gestiegen  
Daß, wollt ich nun im Waten stille stehen  
Rückkehr so schwierig wäre als durchzugehen.“

Und das deutsche Volk selbst? Wird es dies alles weiter ruhig geschehen lassen? Werden nicht alle diejenigen, welche sich erinnern, daß Deutschland auch ein Lessing, Goethe, Kant erstanden ist, endlich sich erheben gegen die Schandthat des deutschen Namens, die Verwüftung des Volksgewissens? Nach dem Buchstaben und Geist der Wehrverfassung haben alle wehrfähigen Bürger das Vaterland gegen jede Verwüftung seiner Integrität zu schützen — dürfen sie auch als Schutzbündler demut werden? Vielleicht behauptet sich ein Teil unsrer Soldaten, dem das Schandmal als der Menschheit besserer Teil noch nicht verloren ging, inmitten aller Grusel dennoch sein besseres Selbst — aber ist nicht mit Sicherheit anzunehmen, daß bei andren, vielleicht beim größten Teil jeder Rest von stitlichem Empfinden verloren gehen wird, verloren gehen muß? Und man wale sich aus, wie jeder von diesen, wenn er zurückgekehrt ist, in seinem Kreise, als Bruder, als Kamerad, vielleicht später als Gatte, Vater und „Erzieher“ seiner Kinder den in ihm erweckten Hunnengeist weiter wirksam werden läßt, wie jeder von diesen gleichsam einen stitlichen Seuchenherd schafft, dessen contagöse Wirkung unbegrenzt ist!

Die China-Debatte im Reichstage wird dem Fragesteller ungewisselhaft eine erschöpfende Antwort auf seine Fragen gegeben haben.

Stimmungsmache. Seit dem Tage, da der neue Reichsfinanzler seine viel- oder nichtsagende Rede hielt, überschwehmt das Wolffsche Bureau die Presse mit Lobeshymnen aus den ausländischen Blättern, und noch hat sich die Flut nicht verlaufen. Natürlich werden stets nur die Stimmen gesammelt, die dem Kanzler günstig sind. Die Wiener Blätter, die sich in ihren Schmeicheleien schier überbügeln, werden alle direkt von Berlin bedient. Ob die verbindlichsten Stellen dann erst wieder von Wien hertelegraphiert werden, oder ob man der Einfachheit halber dem offiziellen Telegraph so gleich eine Abschrift der Telegramme zufließt, entzieht sich unsrer Kenntnis.

Wie die Sache gemacht wird, wird recht drastisch gekennzeichnet durch eine Sammlung französischer Presstimmen zur Bülow-Rede, welche die „Kreuz-Ztg.“ veröffentlicht. Sie citiert die „Republique française“, „Libre Parole“, „Echo de Paris“ usw., alles nationa-

listische Blätter, die bei ihrer ministerfeindlichen Stellung natürlich das Bestreben haben, dem französischen Ministerium möglichst viel Schwierigkeiten zu bereiten, seine Politik gegenüber der deutschen anzugreifen.

Unternehmer und Arbeiter im Zeichen des wirtschaftlichen Niedergangs. Zur Zeit werden die Geschäftsberichte der mit dem 30. Juni abschließenden Unternehmungen bekannt. Die Couponschneider dürfen mit den Resultaten zufrieden sein. Obwohl man mit Rücksicht der bereits begonnenen Pläne zur Vorfrage die Abschreibungen besonders hoch ansetzte, dürfen die Empfänger der Entschädigungsböhen doch nicht bedrückt auf das Resultat der Thätigkeit — ander juristisch gesehen. Es stößen zum Beispiel Dividenden ab pro 1898/1900: „Baroper Walzwerk“ 24 Proz., „Westfälische Stahlwerke“ 17 Proz., „Friedrich Wilhelm-Hütte“ 14 Proz. (7 Proz. l. v.) „Nambacher Hütte“ 20 Proz. (15 Proz. l. v.) usw.

Ander sieht es zur Zeit für den Arbeiter aus. Auf ihn lausen die Schläge der Krise bereits hagelstark hernieder. Arbeitsruhe und Lohnreduktionen, das ist die Schlußnote für den Arbeiter aus der abgeschlossenen Prosperitätsepoche. Große Werke, wie „Gewerkschaft deutscher Kaiser“, „Westfälische Stahlwerke“, „Baroper Walzwerk“ usw. legen regelmäßige Feiertage ein. Vielfach ist die tägliche Arbeitszeit verkürzt worden. Hand in Hand hiermit gehen die Lohnreduktionen. Die Schwille des wirtschaftlichen Niedergangs hat bereits eine so gedrückte Stimmung unter den Arbeitern hervorgerufen, daß man Lohnreduktionen als etwas Unabänderliches annimmt. Und wie schicksallos die Lage von den Herren der Situation, den Kohlengruben-Feudalen, angesehen wird, geht daraus hervor, daß auf den Gruben zur Zeit des Verfahrens von Ueberschichten verlangt wird, gleichzeitig aber auch Lohnabhängige gemacht werden. Auf einer Grube der Gewerkschaft „Deutscher Kaiser“ mußten in dem letzten Wochen je 1/3 Ueberschicht gemacht werden, dabei stieg man die Accordpreise um 10 und 15 Pf. pro Wagen, ferner das Metergeld um 2 M.

Das Unternehmertum arbeitete damit nach einem zwar brutalen, für ihn aber erfolgreichen System. Man kalkuliert: wenn der Arbeiter durch Ueberstunden den event. Ausfall infolge Lohnkürzung wieder ausgleichen kann, dann giebt er sich zufrieden, besonders wenn er Gefahr läuft, infolge der Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt leicht arbeitslos zu werden. Und für die Ueberlösung des rheinisch-westfälischen Arbeitsmarkts wird gesorgt. Trotz der vielfachen Arbeitslosigkeit werden immer noch fremde Arbeitskräfte herangezogen. Auf der de-rühmten Wollfabrik in Offen bleibt man auch ruhig bei dem bereits gezeichneten System — Arbeiterentlassung und Ueberschichten. Und nicht etwa, daß nur vielleicht in einem Betriebe Arbeiter abgelegt werden, während in andren Werksstätten Ueberzeit gearbeitet wird, nein, in ein und demselben Betriebe erfolgen Arbeiterentlassungen und werden Ueberschichten gemacht. — Hierwahr ein löstliches Bild aus unrer herrlichen Gesellschafts-Ordnung.

Eine päpstliche Encyclica soll demnächst erscheinen; die Blätter verbreiten Auszüge aus derselben.

Der Inhalt beschäftigt sich mit der christlichen Demokratie und zerfällt in zwei Teile. Der erste Teil handelt darüber, was die christliche Demokratie nicht sein soll; darin wird ihr jede Tendenz der politischen Demokratie unterlag. Sie schulde auch nichtdemokratischen Regierungen Achtung und habe jedes Zusammengehen mit dem revolutionären Socialismus zu vermeiden und streng festzuhalten an den Grundsätzen der Encyclica Rerum Novarum bezüglich des persönlichen Eigentums und der gesellschaftlichen Ordnung. Der zweite Teil, der darüber handelt, was die christliche Demokratie sein soll, verlangt, daß die katholischen Parteien im Zusammenhang mit dem Volk stehen und eine Gesamtheit von Einrichtungen zur Hebung und Unterstützung der Volksschichten schaffen. Der Papst ergänze damit die Encyclica Rerum Novarum und warne ferner die verschiedenen socialen Parteien vor Uebertreibungen und Ausschreitungen.

Der Katholicismus und das Papsttum haben sich schon vielen neuen Zeitströmungen angepaßt, so z. B. mit dem Republikanismus; hat doch die französische Republik den Oberbegriff über alle katholischen Missionen in Asien; die Zeit wird auch noch kommen, da die katholische Kirche sich gern dem Socialismus anpassen möchte.

### Die gelbe Gefahr.

Oft schon haben wir auf die wirtschaftlichen Gefahren der Erschließung Chinas hingewiesen, auf die fürchtbare Konkurrenz, die durch die Exploitation der chinesischen Rallis durch ausländische Unternehmer der deutschen Industrie und in erster Linie dem Proletariat der gegenwärtigen Industriestaaten erwachsen könnte. Auf diese keineswegs zu unterschätzende Gefahr weist auch der Jahresbericht des niederländischen Generalkonsuls in Hongkong hin. In demselben heißt es:

Wenn es nach den Wünschen der Kaufleute geht, dann muß so viel als möglich ganz China mit Eisenbahnen bedeckt werden, auf allen Flüssen und Kanälen sollen Dampfer unter europäischen Flaggen die Erzeugnisse Europas bis in die entlegensten Gegenden des Reichs bringen, und endlich sollen an günstigen Stellen Fabriken errichtet werden, die mit europäischem Kapital und den wohlfeilen chinesischen Arbeitskräften ungeheuren Gewinn abwerfen müssen. Für den Kaufmann und den Kapitalisten sind diese Aussichten allerdings sehr verführerisch und fast alle Handelskammern der Welt verlangen die Erschließung Chinas als ein europäisches Recht. . . Welcher Art würde nun der Zustand sein, wenn innerhalb kurzer Zeit die Idee der Erschließung Chinas verwirklicht werden würde und wenn das ganze Binnenland fortan zugänglich wäre? Man kann annehmen, daß das ganze chinesische Reich mindestens 100 Millionen Männer in der Kraft des Lebens stellen kann, aus denen tüchtige Arbeiter gemacht werden können. Für Handwerker, für die Arbeiter in den Bergwerken oder im Ackerbau beträgt der Arbeitslohn durchschnittlich im Monat höchstens 7 mexikanische Dollar, was einem Wochenverdienst von etwa 3/4 Mark gleichkame. Was würde nun der Einfluß auf den wirtschaftlichen Zustand in Europa sein, wenn jene Millionen harter, gesunder und geschickter Arbeiter, natürlich unter sachverständiger europäischer Leitung, zu so niedrigem Arbeitslohn einen riesenhaften Ueberfluß von Erzeugnissen aller Art hervorbringen und auf den Weltmarkt werfen? Würde die europäische Industrie einen solchen Wettbewerb ohne Krisis über sich ergehen lassen können? Und vor allem würde der Zustand der arbeitenden Klassen in Europa nicht ein fürchtbarer werden? —

### Die bairische Bauernbündelbewegung.

Die endgültige Einigung — die wieweile wurde nicht gesagt — der bairischen Bauernbündler veränderten in diesen Tagen triumphierend die Bändlerblätter. Am 3. November fand in Würzburg die Einigung statt in einer Versammlung, zu der angeblich 1300 Bauern aus allen Teilen Bayerns erschienen waren. Als spiritus rector der ganzen Aktion wirkte der alte schlaue Fuchs Remminger, unerfreulichen Nürnberger socialdemokratischen Aendens. Und weil für ihn nicht nur sachliche, sondern vielleicht auch recht triftige persönliche Interessen in Frage kamen, hatte der bewährte Organisator die Verhandlungen wohl vorbereitet. Im Gegensatz zu früheren Bändlerkongressen merkte man deutlich, daß die ganze Sache ein festes Rückgrat hatte.

Die Grundlinie freilich, auf der die Einigung zu stande kam, ist die denkbar reaktionärste. Wohl leistete man sich eine feierliche Abgabe an den norddeutschen Bund der Landwirte, aber das geschah eben nur, weil die Junker für einen hohen Verste- und Hatzergoll nicht das von den bairischen Bauern gewünschte Interesse zeigen. Außerdem aber ist Anton Remminger der Intimus des Reichs- u. Thüringen-Verbands, des Hauptagenten des Bundes der Landwirte in Bayern. Ist also schon diese Abgabe mit einem wohlberechtigten Mißtrauen aufzunehmen, so entpuppt sich das bekannte

Bombastische Mißtrauensvotum an die Reichsregierung und den neuen Kaiser als vollendetes Schwindel. Diesen Mißtrauensvotum in der Reichspolitischen Dingen. Schon allein der Umstand, daß man das Centrum der Bewegung nach dem reaktionären Branten verlegt hat, müßte zu den schwersten Bedenken Anlaß geben. Und die Reden, die auf dem Bundesstage gehalten wurden, rechtfertigen diese Bedenken durchaus. So weiterte z. B. der Rittergutsbesitzer und ehemalige Kavallerie-Offizier Prieger gegen die Socialdemokratie, weil sie im Landtage die Einführung des achtstündigen Normalarbeitstags für die Bergleute verlangte. Auch die Absichten in Bezug auf die Reichs-Versicherungs-gesetze bewegen sich durchaus in der Richtung, die der Buedische Centralverband der Schatzmacher eingeschlagen hat: jedes wahrhaft demokratische Element ist aus diesem geeigneten Bauernbund ausgefallen.

Das hat auch unsere bairischen Parteiblätter zu einer eingehenden Betrachtung dieser nimmermehr durchsichtigen Veränderungen veranlaßt. Der bekannte Bearbeiter des speziell bairisch-politischen Zeits unter bairischen Presse sagt am Schlusse einer Artikelserie, in die er die Entwicklung der bairischen Bauernbewegung schildert, seine Meinung dahin zusammen, daß er sagt:

„Den ruhigen Beobachter haben wir lange genug gespielt, und da Gefahr im Verzuge ist für die Sache der Arbeiter, wird man sich bald überall dort, wo es zugänglich und nötig ist, in der Offensive behaupten müssen.“

Abseits von dieser durch den „geeinigten Bauernbund“ gebildeten neuen Gruppe des allgemeinen Ordnungsbundes steht jetzt nur noch der oberbairische Waldbauernbund unter der Führung des namentlich um die Fortrechte der Bauern sehr verdienten Dr. Kleitner. Vorsitzender dieser Organisation ist der Bürgermeister von Ruppolding, Huber, der durch die unchristlichen Zerebralen und Beherrschern gewisser Centrums-Geistlicher und seines ehemaligen Bundesbruders Eisenberger veranlaßt wurde, von seinem Amt zurückzutreten.

Der Waldbauernbund hielt nun in voriger Woche ebenfalls eine Delegierten-Versammlung ab, in der man sich mit dem eventuellen Anschluß an den Remmingerischen Bund beschäftigte. Dieser wurde mit 118 gegen 1 Stimme abgelehnt, weil man die in Würzburg erfolgte Stellungnahme gegen die für Bayern und ganz Süddeutschland schädlichen und verberlichen Bestrebungen des Bundes der Landwirte nicht ernst nahm. Entschieden getadelt wurde auch die Forderung der gänzlichen Grenzsperrung, wodurch der uralte und überaus einträgliche Zwischenhandel, den die Bewohner der Grenzdistrikte mit Jung-, Mager- und Rindvieh aus den Alpenländern treiben, sofort vernichtet und den Gebirgsbauern ein schwerer Schaden entstehen würde. Weiterhin erteilten die Delegierten ihrem früheren, sehr radikalen Führer Eisenberger von Ruppolding, der ohne Mandat der Würzburger Versammlung beigezogen und seinen Beitritt zum Remminger-Bund erklärt hatte, ein Mißtrauensvotum, infolgedessen Eisenberger seinen Austritt aus dem Waldbauernbund verkündete.

Ob letzterer auf die Dauer lebensfähig ist, wird sich ja mit der Zeit herausstellen. Arbeit für ihn ist noch genug vorhanden, da in Bezug auf die Fischereirechte dieselben Komplikationen bestehen, wie bei den Fortrechten, deren sich der Bund so außerordentlich erfolgreich angenommen hat. Es ist auch durchaus nicht ausgeschlossen, daß die Waldbauern bei den nächsten Wahlen ein entscheidendes Wortlein mitzureden haben, vorausgesetzt natürlich, daß es Herr Dr. Kleitner dann nicht wiederum vorträgt, auf Forschungsreisen nach Rußland zu gehen!

Abgesehen also von diesem verhältnismäßig kleinen Gänselein, das sich um das Banner Dr. Kleitners schart, bilden die geeinigten Bauernbünde Bayerns in Gemeinschaft mit dem Liberalismus, der seinerseits wiederum mit dem Bund der Landwirte kartelliert ist, einen einzigen reaktionären Ardrei. Und in den Landesstellen, in denen unsere Parteigenossen aus politischen Gründen bisher wohlwollende Schonung übten, wird man den Herren Agrariern, ohne Rücksicht auf das Mäntelchen, das sie sich umhängen, gehörig „auf die Räte gehen“ müssen.

**Pensioniert** wurden in der deutschen Armee vom 1. Oktober bis 15. November ca.: 2 Generalleutenants, 3 Generalmajore, 6 Oberste, 5 Oberstleutenants, 16 Majore, 20 Hauptleute, 8 Oberleutenants, 4 Leutenants. In Summa 64 Offiziere. Kosten pro Jahr 225 000 M.

Außerdem wurden ohne Pension verabschiedet 3 preussische Leutenants. Ausgeschieden sind 4 preussische Oberleutenants, 6 preussische und 1 württembergischer Leutenant, so daß der Gesamtverbrauch an Offizieren in oben genanntem Zeitraum 78 beträgt.

Von den Pensionierten treffen auf Preußen 1 Generalleutenant, 2 Generalmajore, 5 Oberste, 4 Oberstleutenants, 12 Majore, 15 Hauptleute, 7 Oberleutenants, 2 Leutenants (Summa 48); auf Bayern 1 Generalleutenant, 1 Generalmajor, 1 Oberst, 1 Oberstleutenant, 3 Majore, 3 Hauptleute, 1 Leutenant (Summa 11); auf Sachsen 1 Hauptmann (Summa 1); auf Württemberg 1 Major, 1 Hauptmann, 1 Oberleutenant, 1 Leutenant (Summa 4).

### Die Freimaurer von Byzanz.

**Abdruck!**  
**Vertraulich!** Berlin, 5. November 1900.  
An sämtliche Johannes-Locherlogen.  
Ehrw. Meister vom Stuhl  
Geliebter Bruder!

Innerhalb der 3 altpreussischen Großlogen ist die Idee angeregt worden, gelegentlich der bevorstehenden Feier des 200jährigen Bestehens des Königreichs Preußen, Seiner Majestät dem Könige als Zeichen ihrer Dankbarkeit für die zahlreichen Beweise Allerhöchster Güte und Gnade und den ihnen erst neuerdings wieder durch Verleihung der Rechte juristischer Personen an die Locherlogen betätigten Allerhöchsten Schutzes in höchst kritischer Lage, sowie als Ausdruck unwandelbarer Treue und Anhänglichkeit an das erlauchete Haus Hohenzollern, eine Huldigung darzubringen.

Diese Idee ist an den leitenden Stellen nicht nur freudig begrüßt, sondern auch beschlossen worden, sie in die That umzusetzen.

Das Kennen-Kollegium der Großen Loge hat in seiner Sitzung am 3. d. M. dieselbe ebenfalls zu der seinigen gemacht und, in Uebereinstimmung mit den maßgebenden Faktoren der beiden andern Großlogen, die Form dieser Huldigung darin zu finden geglaubt, daß Seiner Majestät eine größere Geldspende für wohltätige Zwecke zu Allerhöchster persönlicher Verfügung zu Führen gelegt werde.

Wir bitten Sie, Ehrw. Meister, infolgedessen nimmermehr zu ergeben, der Förderung und Verwirklichung der beregten Idee Ihre gütige Hilfe leisten zu wollen, indem Sie die geliebten Vbr. Mitglieder Ihrer Ehrw. Loge in angemessener Weise um Beiträge angehen. Mit Bezug hierauf stellen wir Ihnen br. Ermessen anheim, ob, im Hinblick auf das wohlverdiente Bestreben, eine möglichst ansehnliche Summe zusammenzubringen, es nicht empfehlenswert erscheine, einzelnen, wohlhabenden, durch ihren bewährten Wohlthätigkeitssinn hervorragenden Brüdern persönlich und in vertraulicher Form die Förderung des Gedankens ganz besonders warm ans Herz zu legen.

Des weiteren bitten wir den gel. Vbr. Mitgliedern un-  
verbrüchliches Schweigen über die ganze Angelegenheit zur unabweisbaren Pflicht zu machen. Ein vorzeitiges Bekanntwerden in der Öffentlichkeit, namentlich durch die Presse — gleichviel ob die Idee zur That wird oder nicht — würde nicht nur die Sache selbst, sondern auch das Ansehen der Bruderschaft der drei beteiligten Großlogen aufs Empfindlichste zu schädigen geeignet sein.

Endlich ist zu betonen, daß höchstnützliche Beschlüsse erforderlich erscheinen, da dem Vernehmen nach die Feier bereits am 2. Januar 1901 stattfinden soll. Wir würden Ihnen dankbar

sein, wenn Sie uns bis zum 28. November d. J. eine vorläufige vertrauliche Antwort zukommen lassen.

Mit dr. Gruß d. d. u. h. J.  
Die Große Loge von Preußen, genannt Royal York zur Freundschaft.  
gez. Wagner,  
Großmeister.  
gez. Hartung,  
I. Großaufseher.  
Vorstehende Abschrift wird den Vbrn. Vertretern zur gefälligen Kenntnisnahme br. ergebend mitgeteilt.

Mitlag,  
Großschiffahrer.

Uns ist nicht recht verständlich, wie das Ansehen der Logenbrüder durch eine so hochpatriotische That „aufs Empfindlichste geschädigt“ werden könnte? Daß sie eine gottesfürchtige und patriotische Gesellschaft sind, ist doch hinlänglich bekannt. Allerdings sollen sie nach ihren Sagen die Tugenden Aven „ohne Furcht und Hoffnung“ —

**Neue Chinamode.** Unsere Chinakrieger sollen eine neue Uniform erhalten, die diesmal feldgrau statt khaki sein wird. In Herfordler Zuckfabriken wird bereits mit großem Eifer an der Herstellung dieses Uniformstoffs gearbeitet. Velder wird dieser Uniformwechsel am Charakter der khaki-politik nichts ändern. Wir werden deshalb trotz der Einlieferung unserer Chinatruppen in ein „schönes Modegeschäft“, welches schon ist, als die mehr der Lehmfarbe ähnelnde khakifarbe“ des Khakium nach wie vor bei dem bezeichnenden Namen nennen.

**Wir haugen ja doch alle in eine Kerbe.** Die „Sächsische Arbeiter-Zeitung“ läßt sich aus dem Reichstag eine kleine, aber für den Wadelstrumpf-Freimann bezeichnende Episode berichten. Als Herr Riedert behufs Eintragung in die Rednerliste die ihm vom Schriftführer dargereichte Liste durchsah, habe er etwa gesagt: „Wo ja, tragen Sie mich nur hinter Kardorff ein. Wir haugen ja doch alle in eine Kerbe.“ Ueber die freisinnige Stellungnahme zu dem Verfassungsbruch der Regierung und der Sonnenjagd hat Herr Riedert damit in seiner sinnigen Weise das treffendste Urteil formuliert. Sie haben alle Opposition definitiv abgedankt.

### Ausland. Dänemark.

**Der von der Steuerkommission angeordnete Steuerreform-Akt** ist vom Folkething ziemlich einmütig angenommen und dem Landeshing überwiesen worden. Und nun kommt die Regierung sehr post festum mit ihrem Antrag! Und der ist danach. So enthält er eine Erhöhung der Branntweinsteuer, die die bisherige Abgabe von 36 Oerem per Pot Branntwein auf 80 Oere steigert. (1) Sie bringt jetzt knapp 3 Millionen ein, und soll, nach der Berechnung, weiter bis 6 1/2 Millionen einbringen. 3 1/2 bleiben dem Staat, die Hälfte des Restes soll den Kommunen überwiesen, der Rest zu einem Versicherungsfonds für Unbemittelte gegen Invalidität und Altersversorgung verwandt werden. Diese Bestimmung soll der Köder sein, auf den der Folkething anbeißen soll. Die Kommunal-Überführungen kommen hauptsächlich den Großgrundbesitzern zu gute. So daß die Arbeiter nichts davon haben, aber die tiefste Branntweinsteuer hauptsächlich zahlen müssen. Da die Gemeinden auch Anteil an den Polizeieinnahmen erhalten, werden sie Gegner der Polizeireform werden. Das Gesetz ist also eine Verhinderung der notwendigen Polizeireform. Auch die Vermögens- und Einkommensteuer hat weniger steigende Skala als jetzt. Der ganze Antrag soll nur verhindern, daß der Steuerkommission angenommen wird, der dem konservativen Ministerium nicht paßt, wie die scharfen Angriffe des Finanzministers Scharling im Landeshing gegen den vom Folkething angenommenen Antrag beweisen. Nimmt aber der Landeshing den Regierungsantrag an, kommt wieder keine Steuerreform zu stande.

**Kopenhagen, 23. November.** Infolge von Meinungsverschiedenheiten bezüglich der Steuerreform-Vorlagen sind heute neun Mitglieder, welche für die vom Folkething angenommenen Steuerreformvorlagen stimmen wollen, aus der Partei der Rechten des Landeshings ausgetreten.

### Frankreich.

**Die Deputiertenkammer** nahm in ihrer heutigen (Freitags-)Vormittags-Sitzung das Budget des Innern an, nachdem sie den von Waldeck-Roussieu belämpften Abänderungsantrag auf Abschaffung der geheimen Fonds mit 391 gegen 131 Stimmen verworfen hatte. Die Kammer nahm sodann das Kullusbudget an, nach Ablehnung eines von Waldeck-Roussieu belämpften Abänderungsantrags auf Abschaffung dieses Budgets mit 368 gegen 189 Stimmen. Hierauf wurde die Sitzung aufgehoben.

**Präsident Krüger** wohnte dem ihm zu Ehren veranstalteten Bankett nicht bei. Die „Gelderland“ ist wieder nach Niederländisch-Indien abgefahren. Am 22. beförderte das Telegraphenamt in Warschau 15 000 Zeitungs-Telegramme mit 200 000 Worten. Dr. Heymans erklärte in einer Unterredung, daß Krüger sich nicht nur an Frankreich wenden will, sondern einen Aufruf an ganz Europa und an Amerika richten wird. Der Präsident wollte Warschau heute früh 9 Uhr verlassen. Sein nächster Aufenthaltsort ist Dijon. Von dort reist er am Sonnabend mittels Specialzugs nach Paris weiter. Sein Aufenthalt in der französischen Hauptstadt ist auf 4 Tage berechnet. Von Paris begibt sich Krüger über Brüssel nach dem Haag. Es ist noch nicht sicher, ob er in Brüssel Aufenthalt nehmen wird.

### Italien.

**Die Deputiertenkammer** trat mit 100 gegen 81 Stimmen dem Vorschlage des Ministerpräsidenten Saracco bei, die Begründung der Interpellation Ferri und Genossen betreffend die Aufhebung der Zölle auf Getreide bis nach der Beratung des Budgets zurückzustellen.

### Asien.

**Japan modernisiert sich** mit ungeheurer Geschwindigkeit. „Daily Mail“ meldet aus Yokohama: Der Minister für Kommunikation und frühere Präsident des Repräsentantenhauses Hosoi ist angefragt, große Geldsummen als Vorkaufsumme angenommen zu haben; seine Verhaftung ist wahrscheinlich. Der Kriegsminister hat infolge der Ansehen erregenden Angelegenheit sein Amt bereits niedergelegt. Man hält es für wahrscheinlich, daß durch den Vorfall der Sturz des gesamten Ministeriums herbeigeführt wird.

Ganz auf der Höhe der Zeit befindet sich Japan allerdings doch nicht, wenn es wegen solch eines kleinen Panamas noch Ministerien führt.

### Afrika.

**Humorismus in Südafrika.** Der wegen seiner Brutalitäten im Sudan verurteilte Lord Rithener, der „Schlichter von Omdurman“, beabsichtigt nach der „Daily Express“ den Guerillakrieg durch potenzierte Brutalitäten zu ersticken. Um seine Humenarbeit nicht durch Sentimentalitäten stören zu lassen, sollten alle Kriegs-korrespondenten zum Verlassen Transvaals gezwungen werden. Auch die Soldatenbriefe aus Südafrika sollen unterdrückt werden. Das System der Kulturverbreitung ist in Südafrika also dasselbe wie in China.

### Parlamentarisches.

**Die Reichskommission für Arbeiterstatistik** wird, wie die „Ab. Westf. Jtg.“ erfährt, am 28. d. M. zusammentreten. Sie wird sich in erster Linie mit der Frage der Sonntagruhe in der Winter-nachmittag zu beschäftigen haben. An zweiter Stelle stehen die Eingaben des Verbands der Schlichtergesellen Berlins und Umgegend vom 8. April 1900 und des Verbands der deutschen Fleischergehilfen, die Maßnahmen gegen die Mißstände in der Arbeitszeit, der Sonntagruhe, den Betriebs- und Schlafräumen und der

Stellenvermittlung wünschen. An dritter Stelle wird sich die Kommission mit einem Antrag ihres Mitglieds, des Centrumsabgeordneten Dr. Hige befassen, der Erhebungen über die Arbeitszeit, Sonntagruhe, Beschäftigungsverhältnisse zc. der im privaten Verkehrsgewerbe (Werdebahnen, Omnibusse, Droschken zc.) beschäftigten Personen wünscht.

### 14te General-Versammlung der Vereinigung der deutschen Maler.

W ü r z b u r g, den 22. November 1900.

Es wird in die Diskussion über die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung eingetreten. Nach längerer Debatte wird folgender Antrag angenommen:

Die Generalversammlung beauftragt den Vorstand, auch fernerhin statistisches Material zu sammeln und eine Person damit zu beauftragen, welche das Material zu bearbeiten hat. Ueber den nächsten Punkt: „Der Bauarbeiter-Schutz in unserem Gewerbe“ referierte Link-Berlin. Der Redner führte etwa folgendes aus: Bisher ist in unserem Gewerbe der Schutz für Leben und Gesundheit der Arbeiter arg vernachlässigt worden, die Zahl der Unfälle und Berufskrankheiten hat sich fortgesetzt vermehrt. Während die Durchschnittsziffer der Gestorbenen im Deutschen Reich seit 1890 von 24,70 auf 21,80 pro Tausend Einwohner gesunken ist, bewegt sich die Sterblichkeitsziffer der baugewerblichen Arbeiter in aufsteigender Linie. Auf tausend Mitglieder der Krankenlisten bei den Malern kamen 1891 6,70, 1894 7,80, 1896 7,90, 1898 8,17, 1899 9,44 Sterbefälle. Interessant ist auch eine Gegenüberstellung der Erkrankungsfälle. Die Berufskrankheiten, wie Rheumatismus, Magen- und Darmleiden, Erkrankung der Atmungsorgane und die Bleilähmung bei den Malern nehmen einen sehr hohen Prozentsatz ein. In den Central-Krankenlisten zählte man auf 1000 Mitglieder an

| Berufskrankheiten Erkrankte: | infolge von Betriebsunfällen: |
|------------------------------|-------------------------------|
| Dachdecker 1894: 27,77       | Dachdecker 46,80              |
| Maler 40,88                  | Maler 5,00                    |
| Maurer 40,86                 | Maurer 16,89                  |
| Zimmerer 59,68               | Zimmerer 40,95                |
| Töpfer 89,86                 |                               |
| bei den Malern 1896: 69,52   | Maler 1896: 8,94              |
| 1898: 62,00                  | 1898: 5,70                    |
| 1899: 53,72                  | 1899: 7,85                    |

Das sind Ziffern, die das Elend in unserem Gewerbe bloßlegen, da muß mit aller Energie seitens der baugewerblichen Arbeiter eingegriffen werden. Es muß einmal unseren Kollegen gesagt werden, daß wir nicht nur die Pflicht haben, für höhere Löhne und Verknüpfung der Arbeitszeit einzutreten, sondern auch für unser höchstes Gut, unser Leben, unsere Gesundheit müssen wir Schutz fordern. Ich schlage Ihnen folgende Resolution vor und bitte um einstimmige Annahme derselben:

### Resolution für den Bauarbeiterschutz.

Gemäß den Beschlüssen des Berliner Bauarbeiter-Schutz-Kongresses haben die baugewerblichen Arbeiter — da die Reichsregierung es abgelehnt hat, ein Reichsbauarbeiter-Schutzgesetz zu erlassen, dieselbe vielmehr durch ihren Vertreter, v. Polabowski, die Erklärung abgab, daß die Regelung der Bauarbeiter-Schutzbestimmungen Sache der einzelnen Bundesstaaten sei — die Pflicht, bei allen zuständigen Behörden durch Eingaben, Petitionen usw. dahin zu wirken, daß die Regelungen gezwungen werden, Gesetze zum Schutze des Lebens und der Gesundheit der baugewerblichen Arbeiter zu erlassen. Die Generalversammlung der Vereinigung deutscher Maler zu Würzburg beschließt daher: „In Erwägung, daß im Malergewerbe die Berufskrankheiten in schreckenerregender Weise gestiegen sind, hält es die Generalversammlung für unbedingt notwendig, daß bei Lohnkämpfen folgende Forderungen aufgestellt werden: 1. Ankleideräume, die nur für den Aufenthalt der Arbeiter bezw. deren Kleider dienen. Farben usw. dürfen in dem Ankleideraum nicht aufbewahrt werden. 2. Der Unternehmer hat für genügende Waschvorrichtungen auf den Arbeitsstellen zu sorgen, und sind vor jeder Essenspause dem Arbeiter 5 Minuten Zeit zum Reinigen der Hände von dem Farbenschnitz zu gewähren.“ Hierzu sind wir unumkehrbar berechtigt, als diese Forderungen dem Unternehmer bereits durch die Reichsgewerbeordnung § 120a, c, d und e zur Erfüllung obliegen.

Es spottet jeder Beschränkung vom hygienischen sowohl wie vom sanitären Standpunkt, wenn wir uns heut die sogenannten „Baden“ der im Malergewerbe beschäftigten Personen betrauten. Fast ohne Ausnahme sind es Farbenräume, bestimmt zur Aufbewahrung von Materialien für den Unternehmer. Weisens sind diese Räume im Keller belegen. Daß die Kleider, die den Tag über in solchen Räumen hängen, durch und durch von den giftigen, gesundheitschädlichen Dämpfen durchdrungen sind, ist klar; daß diese schädlichen Einflüsse in dem erhitzten und schweißigen Körper beim Anziehen einen nur zu geeigneten Boden finden, um die Gesundheit zu untergraben und die Berufskrankheiten zu fördern, bedarf keiner weiteren Erwähnung.

In fernerer Erwägung, daß, so weit von einem Bauarbeiter-Schutz — sei es in Landesgesetzen, sei es in sogenannten Polizeiverordnungen ausgedrückt — gesprochen werden kann, diese Bestimmungen sich lediglich auf Hochbauten — bezw. Maurer, Zimmerer, Dachdecker, Klempner — beziehen; auf die Ausbau- oder Innenarbeiter (Puffer, Töpfer, Stuccateure und Maler) finden die event. Verordnungen keine Anwendung. Deshalb haben die Maler die Pflicht, im Verein mit den gesamten baugewerblichen Arbeitern bei den zuständigen Behörden dahin zu wirken, daß die Verordnungen auf das gesamte Baugewerbe Anwendung finden. Desgleichen muß ununterbrochen dahin gewirkt werden, daß vom 1. Oktober bis 1. April nur bei geschlossenen Fenstern und Türen gearbeitet werden darf. Ebenso ist das Arbeiten bei offenen Coaklöchern zu verbieten. An Stelle derselben treten sogenannte Kanonenöfen mit Abzugsröhren.

Damit diese Polizeiverordnungen und Unfallverhütungsvorschriften, so weit dieselben in §§ 78—82 des U.-G. 6.7. 1894 ausgedrückt sind, für den Arbeiter wirklich praktischen Nutzen haben, müssen wir bei den städtischen und staatlichen Behörden energisch darauf dringen, daß Baugewerbe-Inspektionen ernannt werden. Diese Inspektionen haben die Pflicht, die Betriebe der Unternehmer bezw. deren Arbeitsstellen zu kontrollieren, in wie weit den Polizeiverordnungen bezw. Unfallverhütungs-Vorschriften nachgekommen wird. Die Bauinspektionen sind zur Hälfte aus technisch geschulten Baubeamten vom Staat und zur Hälfte aus den Organisationen der baugewerblichen Arbeiter zu entnehmen.

Nach längerer Debatte, die sich im Sinne des Referats bewegte, wird die vom Referenten vorgeschlagene Resolution einstimmig angenommen.

Hierauf wird zur Beratung der Statuten und Anträge geschritten.

Der § 1 des Statuts bleibt bestehen. Als wichtigster Fortschritt ist die Erhöhung des Beitrags im Sommer von 25 Pf. auf 35 Pf. pro Woche zu verzeichnen, der Winterbeitrag beträgt wie bisher 15 Pf. pro Woche, der obligatorische Streifonds fällt weg. Der Antrag wird in namentlicher Abstimmung mit 56 gegen 17 Stimmen angenommen. Ebenso ein Antrag, daß der Vorstand im Verein mit dem Ausschuss in außergewöhnlichen Fällen, wo es die Interessen der Organisation erfordern, eine Extrasteuer aufschreiben kann. Den Bilanzal verbleiben 25 Proz. und 75 Proz. gehen der Hauptkasse zu.

### Partei-Nachrichten.

Ein **schürreige Debatte**, die uns aber höchst überflüssig erscheint, hat sich in einigen Parteiblättern angepöppelt und Anlaß der Konstitution des Reichstags. Bekanntlich machte unsere Reichstagsfraktion entsprechend ihrer Stärke Anspruch auf den Posten des zweiten Vizepräsidenten und eines Schriftführers. Der Anspruch wurde, genau wie in der vorläufigen Session, so auch in dieser, vom

Genossen Singer im Seniorenlombent geltend gemacht. Man hat von Centumseite die Bedingung daran geknüpft, daß unsere Genossen auch die konstitutionellen Repräsentationspflichten erfüllen müßten. Singer hat darauf erwidert, daß der sozialdemokratische Vizepräsident alle geschäftsmäßigen Pflichten erfüllen werde. Daß die Pflichten hiesiger Beziehungen nicht zu diesen Pflichten gehört, darüber hat er aber gleichfalls keinen Zweifel gelassen. (Siehe „Vorwärts“ Nr. 268, 16. November.) Trotzdem wurden die von unsrer Fraktion präsentierten Kandidaten nicht gewählt.

Dies der einfache und klare Tatbestand, über den, soweit das Verhalten unsrer Fraktion in Frage kommt, unsres Erachtens kein Wort weiter zu verlieren wäre; sie hat durchaus korrekt gehandelt: sie macht Anspruch auf die Rechte, die ihr nach dem Brauche des Reichstags zustehen, sie verspricht alle Pflichten zu erfüllen, die ihr daraus geschäftsordnungsmäßig erwachsen.

Da erging sich unser Karlsruher Parteiblatt, der „Volkstfreund“, in Betrachtungen darüber, daß doch unsere Genossen um einer Ceremonie willen nicht auf ein wichtiges Recht verzichten dürften, es wäre doch ganz interessant, Singer mit Wilhelm II. zusammen zu sehen; in badischen Landtag würde der in Frage kommende sozialdemokratische Kandidat nicht zögern, das Amt in Präsidium „mit allen Verpflichtungen“ zu übernehmen usw. Als ihm darauf vom demokratischen badischen „Landboten“ vorgehalten wurde, daß er wünsche, sozialdemokratische Führer sollten beim Kaiser in Audienz gehen, erklärte das Parteiblatt, daß davon gar keine Rede sein könne; es handle sich nicht um höfische Pflichten, Audienzen und Hofbälle, sondern um die Ausführung staatsrechtlicher Akte, Ueberreichung von Adressen usw.

In der „Mannheimer Volksstimme“ hielt nun ein Genosse A. den Zeitpunkt zu einem großen Enttäuschungsartikel gegen den „Volkstfreund“ für gekommen und der „Volkstfreund“ antwortete darauf in einem noch größeren Artikel mit Aufwand von noch mehr großen Worten.

Auch das „Volkstblatt für Halle“ findet bereits Grund zum Einschreiten.

All die viele Tinte hätte nicht verossen zu werden brauchen, wenn die Artikelreiter genau gelesen hätten, wie sich die Sache verhält. Es ist ein reiner Streit um des Kaisers Part. Der „Volkstfreund“ will, daß die sozialdemokratische Reichstags-Fraktion alle Rechte wahrnehmen soll, die ihr zukommen: das thut sie; er will, daß sie alle daraus erwachsenden Pflichten („staatsrechtliche Akte“, sagt er) erfüllen soll; dazu hat sie sich auch bereit erklärt. Der „Volkstfreund“ will so wenig wie seine Kritiker, daß die Fraktion „höfische Pflichten“ übernimmt. Daß die Fraktion daran nicht denkt, hat Singer mit aller Deutlichkeit erklärt. — Wozu also der ganze Streit?

Wir fügen noch hinzu, daß leider ein geschriebenes Recht, nach welchem die Präsidialposten nach der Stärke der Fraktionen zu verteilen sind, nicht besteht; es ist nur parlamentarischer Brauch. Die bürgerlichen Parteien haben der Socialdemokratie gegenüber diesen parlamentarischen Brauch um höfischen Brauches willen gebrochen.

Nur um der Möglichkeit einer Legendenbildung vorzubeugen, als hätte die Fraktion leichtfertig auf ein wichtiges geschäftsordnungsmäßiges Recht verzichtet, haben wir das Wort hierzu ergreifen.

**Gemeindevahlen.** In Breslau fanden Ertragswahlen zum Stadtverordneten-Kollegium in 10 Bezirken statt, an denen sich die Parteigenossen beteiligten. In 6 Bezirken die für die Arbeiter sehr ungünstig sind, wurden nur Pöhlkandidaten aufgestellt, die ohne jede Agitation ganz beachtliche Stimmzahlen erhielten. In den vier anderen Bezirken vermehrten sich die sozialdemokratischen Stimmen recht beträchtlich. Gewählt wurde zwar kein Parteigenosse, doch kamen in einem Bezirk zwei Parteigenossen gegen zwei Konservative in Stichwahl. Die beiden Konservativen erhielten 578 und 567 und die Socialdemokraten 454 und 453 Stimmen. Den Ausschlag werden die Liberalen bezw. Freisinnigen geben, die 142 und 133 Stimmen erhielten. Es wird den Freisinnigen, deren Kandidaten bei der Landtagswahl nur durch sozialdemokratische Hilfe gewählt wurden, gewiß lieb sein, daß sie sobald Gelegenheit finden zu zeigen, daß ihre politische Einsicht und Charakterfestigkeit nicht hinter der der Socialdemokratie zurücksteht.

Bei der Gemeinderatswahl in Gera wurden, wie wir bereits kurz berichtet, 5 Parteigenossen gewählt. Zu besetzen waren 13 Mandate, so daß die bürgerliche Liste 8 Mandate errang. Nach den Gesamtstimmzahlen lämen der bürgerlichen Liste nur 6, der sozialdemokratischen 7 Mandate zu; wurden doch im ganzen 25 502 bürgerliche und 25 002 sozialdemokratische Stimmen abgegeben.

In Siegmars bei Chemnitz wurde der sozialdemokratische Kandidat gewählt und ebenso in Heddingen (Anhalt).

In Gottesberg in Schlesien, im Kreise Waldenburg, wo sich die Parteigenossen zum erstenmale an den Stadtverordneten-Wahlen beteiligten, wurde ihr Kandidat mit großer Mehrheit gewählt.

Einen Achtungserfolg erzielten auch unsre Genossen in Konstantz in Baden bei ihrer erstmaligen Beteiligung. Sie erzielten 236 Stimmen gegen 549 bürgerliche. Konstantz ist eine Hochburg des National-liberalismus vom alten Schlage.

**Eine Wahlkreis-Konferenz** des Wahlkreises Grünberg-Freyburg beschloß, entsprechend dem Parteitagbeschlusse, sich nunmehr an den preussischen Landtagswahlen zu beteiligen. Man hofft bei einer eventuellen Wahl das Jünglein an der Wage zu bilden und will dann eins der beiden in Frage kommenden Mandate für sich in Anspruch nehmen.

**Die Errichtung eines Partei- und Gewerkschaftshauses** beschlossen Socialdemokraten und Gewerkschaften in Eberfeld. Zu diesem Zweck sollen die „Wilhelmshöhe“ und zwei Nachbargrundstücke zum Preise von 145 000 M. angekauft werden.

**Verichtigung.** Bei den Stadtverordnetenwahlen in Dessau erzielten unsre Genossen nicht 1000, sondern 1600 eigene Stimmen.

**Polizeiliches, Gerichtliches usw.**

— **Wegen Verleumdung des Stadtrats von Jttau** wurde der Redacteur der „Chemnitzer Volksstimme“, Genosse Schöpflin, zu 120 M. Geldstrafe verurteilt.

— **Genosse Paul Jahn-Berlin** erhielt gestern vom Schöffengericht in Finsterwalde „wegen Ungebühr vor Gericht“ eine sofort zu vollstreckende Haftstrafe von 48 Stunden. Er stand unter Anklage wegen Bürgermeisters-Verleumdung, begangen in einer Versammlung während des Tabakarbeiter-Streiks, wegen welcher drei Monate Gefängnis beantragt waren. Auf die wiederholte Zurückweisung des Gerichtsvorsitzenden, sich in den Schranken der Verleumdung zu halten, da er sonst wisse, was ihm passiere, äußerte Jahn: „Das weiß ich; ich weiß aber auch, daß es noch höhere Instanzen giebt, als das Schöffengericht. Darin wurde die Ungebühr erblid.“

**Gewerkschaftliches.**

**Deutsches Reich.**

**Der Streik der Arbeiter der landwirtschaftlichen Maschinenfabrik-Aktiengesellschaft in Weiskau** dauert unverändert fort. Die Arbeits Einstellung ist einseitig, es arbeiten nur noch die Lehrlinge. Streikbrecher sind bisher noch nicht vorhanden. Der Streik ist bezeichnend für das Verhalten der Unternehmer bei dem wirtschaftlichen Niedergang. Die Direktion erließ im „Weiskauer Anzeiger“ die nachstehende Bekanntmachung:

Die Industrie unterliegt wie alle Einrichtungen, an denen sich Menschenhand und Menschengeist betätigen, dem Wechsel der Zeiten und der Verhältnisse; den guten Jahren folgen ungünstige und umgekehrt. Wir haben mit unserm Arbeiterkamm die letzten ungünstigen Jahre, von guten konnte bei unserm Werke nicht die Rede sein, da dasselbe sich erst Bahn brechen muß, durchgearbeitet und hofften auch die so plötzlich über die gesamte Industrie gekommene magere Zeit uns durchzukämpfen.

Aus diesem Grunde und da uns das Wohl und Wehe aller unsrer Arbeiter und Angestellten, ohne Ansehen der Personen, am Herzen liegt, wir auch die Hoffnung für die Zukunft nicht sinnen ließen, also bessere Zeiten erwarteten, haben wir uns zu den letzten getroffenen Maßnahmen entschlossen, in denselben die einzige Möglichkeit konstatierend, keinen unsrer Arbeiter entlassen zu müssen, wo dies sonst aber bei fast allen Werken geschehen. Leider sind die Verhältnisse stärker, als unser auf das allgemeine Wohl hingelende gute Wille und besten Absichten; wir sehen und nun gezwungen, das eintreten zu lassen, was wir mit unserm Absichten zu verhindern beabsichtigten.

Hierdurch eruchen wir also alle diejenigen Arbeiter, welche mit den jetzt gültigen Löhnen zc. trotz unsrer Zusage, daß wir Härten vermeiden wollen und wo angängig unsre Unterstützung werden angedeihen lassen, demnach nicht glauben, sich über die schlechte Zeit hinweghelfen zu können, ihre Entlassung entgegen zu nehmen und wünschen wir denselben hierdurch anderwärts bestes Wohlergehen.

Wer dagegen mit uns solidarisch auch die gegenwärtig sehr unglückliche Zeit durchzukämpfen bereit ist, nehme die Versicherung entgegen, daß wir seiner auch in besseren Zeiten gedenken werden. — Doch wie Gott will!

Weiskau, den 20. November 1900.  
Weiskau-Weiskauer Landwirtschaftliche Maschinenfabrik und Eisengießerei A. Lehmlig Alt.-Ges.

In diesem Aufsatze wird zunächst behauptet, daß gute Zeiten bisher für das Weiskauer Werk nicht dagewesen seien. 6—8 Proz. Dividende für die Aktionäre — Ueberstunden für die Arbeiter — das sind freilich keine guten Zeiten — für die Arbeiter, jedoch für die Unternehmer läßt sich das Uebel wohl ertragen. Es wäre auch zu fragen, ob die Dividenden gleichfalls ihre Bezüge herabgesetzt hat, was wohl eher möglich gewesen wäre, als bei den Arbeitern, die so schon jämmerlich entlohnt werden. Darüber schweigt sich die große Erklärung der Direktion aus, und es nimmt sich etwas sonderbar an, wenn zum Salsuh der Wille Gottes angerufen wird. Wenn so fromme Herren in der Direktion thätig sind, dann wäre ihnen das Studium des alten Testaments sehr zu empfehlen, ihre Handlungsweise gegen die Arbeiter müßte sich dann aber sehr ändern.

Mittlerweise haben nun doch Verhandlungen mit den Ausständigen stattgefunden, und zwar im Beisein des Bürgermeisters.

Es wurde ein Schriftstück aufgesetzt, nach welchem die Kommissionsmitglieder sich verpflichten sollten, für die Wiederaufnahme der Arbeit einzutreten, die Direktion sich aber verpflichtete, wenn die Konjunktur günstiger sich gestaltet, d. h. wenn wie bisher wieder 10 1/2 Stunden gearbeitet wird, die früheren Löhne wieder gezahlt werden. Die Kommission hatte dieses Schriftstück unterzeichnet. Als jedoch die Arbeiterkammer Kenntnis davon erhielt, machte sie allgemein eine Mißbilligung geltend. Schließlich wurde auf abermalige Vorstellung beim Direktor zugestimmt, daß die Stundenangabe in dem Schriftstück gestrichen wird. Die Arbeiter verlangten einzufügen: „Wenn mehr als acht Stunden gearbeitet wird.“ In diesem Fall sollten die alten Löhne gezahlt werden. Das Verlangen wurde von dem Direktor abgelehnt und darauf mit 232 gegen 11 Stimmen die Fortsetzung des Streiks beschlossen.

Wahrscheinlich wäre eine Verständigung erzielt, wenn die Direktion mit den Vertretern der Organisation verhandelt hätte. Durch das Eingreifen des Landrats und Bürgermeisters ist die Situation nur verwirrt, weil die Herren von den Dingen keine Kenntnis haben. Der Kampf dauert also fort.

Bemerk sei, daß in Oesterreich und Böhmen Metallarbeiter zu hohem Lohn nach Weiskau gesucht werden. Mögen diese Zeilen zur Warnung für die dortigen Arbeiter gelten.

**Streikergehen.** Der Maurer Julius Jerepp aus Potsdam wurde wegen Nötigung und Verleumdung, begangen an dem Maurer Röhning aus Werder a. S., zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Der Angeklagte hatte den Röhning nach seinen Verbandspapieren gefragt, und da derselbe keine Befehle ließ sich Jerepp hinreichend und gebrauchte in der Aufregung einige beleidigende Ausdrücke.

**Der Holzarbeiter-Verband** hat für seinen Gau in Thüringen einen Arbeitsnachweis errichtet, der in der Verwaltung eine vollkommen unparteiische Stellung einnehmen soll. Von diesem Gesichtspunkt aus wurde in Verhandlung mit der Tischlerinnung in Erfurt getreten, die ihr Einverständnis mit der neuen Einrichtung bekundete. Es ist darauf die Verständigung erzielt, daß die Leitung und Verwaltung des Arbeitsnachweises dem Holzarbeiter-Verband verbleibt, der Tischlerinnung aber eine Kontrolle zugestanden wird.

Die Organisation des Arbeitsnachweises steht in allen Filialen des Verbands Mittelstellen vor, welche die Aufgabe haben, die Vermittlung von Arbeitsstellen möglichst mit Städten vom Orte selbst auszuführen und nur, wenn geeignete Arbeitskräfte am Ort nicht vorhanden sind, der Centrale, die in Erfurt ihren Sitz erhalten hat, Meldung zu machen. Durch die Centrale soll dann der Austausch von Arbeitskräften über den ganzen Bezirk erfolgen. Die Arbeitsvermittlung geschieht für die Verbandmitglieder kostenlos, die Arbeitgeber haben, da sie die Zahlung einer festen Pauschalsumme ablehnen, für jede stattgefundene Vermittlung eine mäßige Gebühr zu entrichten.

**Der Ausstand der Schiffenklüder in Plauen i. V.** erstreckt sich zur Zeit auf 23 Betriebe mit 92 Arbeitern. In 25 Betrieben mit 152 Arbeitern ist der geforderte Tarif bewilligt. Gegenwärtig schweben Verhandlungen vor dem Gewerbegericht.

**Ausland.**

**Den streikenden Strahndauern von Lyon** haben sich auch die Omnibusfahrer und Schaffner angeschlossen. Der sozialistische Bürgermeister versucht zu vermitteln und empfängt täglich Deputationen der Arbeiter. Die Direktion der Gesellschaft, welche ebenfalls täglich Sitzungen abhält, hat noch keine befriedigende Zusage gemacht. Die Streikenden befürchten, daß man versuchen werde, den Betrieb mit Hilfe von Soldaten und der Polizei aufrecht zu erhalten. Dies würde leicht Anlaß zu größeren Unruhestörungen geben. Schon jetzt sucht das Publikum, das ganz auf seiten der Streikenden steht, die Ausfahrt von Wogen in jedem Fall zu verhindern. — In St. Etienne streiken ebenfalls die Strahndauer-Angestellten.

**Gerichts-Setzung.**

**Wegen Mißhandlung und vorschriftswidriger Behandlung** eines Untergebenen hatte sich am gestrigen Freitag der Unteroffizier Kühne von der 12. Compagnie des Garde-Füsilier-Regiments vor dem Kriegsgericht der ersten Garde-Infanterie-Division zu verantworten. A., einem jungen Unteroffizier, war in seiner Korporalschaft auch der Füsilier Arndt zugeteilt. Mitte Oktober soll A. nun dem betreffenden Soldaten beim Wettbauen gestochen und eine Wasserbüchse mit jähmigem Wasser über den Kopf gegossen haben. Im zweiten Falle, Anfangs November, habe der Unteroffizier dem A. einen Stoß verleiht, als er einem Befehl zu langsam nachgekommen sei. Zum gestrigen Termin waren eine Reihe Füsiliers der betreffenden Korporalschaft als Zeugen erschienen. Zwei derselben bekundeten, daß der Unteroffizier in der That im ersten Fall sich an Arndt vergangen habe, der Rest der Zeugen will von beiden Vorgängen nichts gesehen haben, trotzdem sie sich zur Zeit in der Stube befanden. Arndt behauptete, daß er infolge des Schlags noch nachträglich Schmerzen gehabt habe. Unteroffizier A. hat das Kriegsgericht um die Bestellung eines Verteidigers; der selben sei ihm feindlich gesinnt, weil er ihn vorher wegen Ueberschuldung beim Compagniechef angezeigt habe und weil A. infolge dessen nicht in eine Urlaubsvorstellung gehen durfte. Der Angeklagte will von dem ersten Fall überhaupt nichts wissen, im zweiten Fall habe er den A. nur ganz leise „geschuppt“. Der Gerichtshof lehnte die Bestellung eines Verteidigers ab. Der Vertreter der Anklagebehörde, Gerichtsassessor Dr. Ullmann, beantragte für beide

Fälle eine Gesamtstrafe von zwei Wochen Mittelarrest. Der Gerichtshof erkannte auf fünf Tage Mittelarrest wegen vorschriftswidriger Behandlung eines Untergebenen, von der Anklage der Mißhandlung sei A. freizusprechen. Der Verurteilte erklärte jedoch, sich bei diesem Nichterspruch nicht zu beruhigen und will Berufung einlegen.

**Die Staatsanwaltschaft** hat gegen das freisprechende Urteil in der Strafsache gegen Graf Büdler, Redacteur Dr. Vöttcher und Schriftsteller Heinrich Bödler Revision eingelegt. Bekanntlich sind die Genannten von der Anklage der Aufreizung verschiedener Bevölkerungsklassen gegen einander freigesprochen worden.

**China.**

**Eine deutsche Schlappe?**

Die „Morning Post“ meldet das Gerücht, daß die deutsche Expedition der Kolonne Ford, welche nach Kalan vorstießen sollte, auf starken Widerstand gestoßen und zurückgeschlagen worden sei. Das Gerücht erhält durch den Umstand eine gewisse Wahrscheinlichkeit, daß Waldersee Verstärkungen abgeordnet hatte mit der Weisung, sich auf dem Rückweg mit der Kolonne Ford zu vereinigen.

Die „Morning Post“ meldet ferner, daß das

**Konzert der Mächte**

in eine starke Disharmonie geraten sei. Die Friedensverhandlungen hätten einen keineswegs befriedigenden Verlauf genommen, so daß eine vollständige Erschütterung des internationalen Konzerts durch nicht unmöglich sei.

**Auch eine Einigung.**

Entgegen den obigen Nachrichten melden die „Times“, daß die Gesandten sich wenigstens in einem wichtigen Punkte geeinigt hätten. Sie seien nämlich übereingekommen, daß die offenbare Unaufrichtigkeit, welche die Chinesen dadurch bewiesen, daß sie im Auslande tendenziöse Nachrichten verbreiteten, in der gemeinsamen Note, deren Ueberreichung sich infolge der auseinandergehenden Interessen der europäischen Mächte verzögert hat, Erwähnung finden soll.

Die chinesischen Diplomaten werden sich völlig zerschmettert fühlen!

**Englische Schmerzen.**

Den „Times“ wird aus Peking vom 20. d. M. telegraphiert: Li-Hung-Tschang habe geäußert, die Ernennung Hsichangs zum Gouverneur von Hupe sei infolge des energischen Widerspruches des englischen Gesandten rückgängig gemacht worden; an seiner Stelle sei Ching Hsing, der Schatzbeamte von Honan, ernannt worden. Diese Ernennung, besagt die Meldung der „Times“ weiter, sei ebenso unerwünscht, wie die Hsichangs.

**Unwahrscheinlich**

längst, was sich die „Frankfurter Zeitung“ aus New York melden läßt: Die „Soo“ sagt, der deutsche Vertreter in Peking verlange Entziehung des Prinzen Tuan und anderer Würdenträger, bevor weitere Verhandlungen mit den chinesischen Friedenskommissionären erfolgen.

Wir können nicht glauben, daß Deutschland sich wieder auf den inzwischen längst aufgegebenen Standpunkt der famosen Willo-Rote stellen könnte. So unntelligent ist die deutsche Diplomatie denn doch nicht.

**Letzte Meldungen.**

**Berlin, 23. November. (B. Z. V.)** Feldmarschall Graf Waldersee meldet aus Peking: Detachement Mühlensfeld hat am 20. November stärkere Vorkämpen nach kurzem Gefecht aus Anstaltschwang vertrieben. Vorkämpen haben 50 Tote, 8 Geschüge verloren. Die Eskadron der Kolonne Ford, Rittheimer Aufsch, hat die Nacht der von Hsienhsua auf Gwaian zurückgehenden Truppen angegriffen und 8 Gepäckschiffe mit Geld, Munition und Ausrüstung erbeutet. Chinesen hatten 30 Tote und scheinen unter General Njähun und Hockentai in Auflösung nach der Provinz Schansi zu fliehen.

**Letzte Nachrichten und Depeschen.**

**Französische Kammer.**

**Paris, 23. November. (B. Z. V.)** In der Nachmittags-Sitzung interpellierte Vigne über das Drama von Jüder. Redner erinnert daran, daß er in einem Buche die **schwersten Anklagen gegen gewisse Offiziere und Beamte im Sudan** erhoben und vergeblich erwartet habe, wegen dieses Buches angeklagt zu werden. Er schildert sodann die von der Kolonne Voulet-Chanoine begangenen Gräueltaten. Oberst Klobb sei ausgesandt worden, um diese Kolonne an der Fortführung der Verwüstungen und Mordthaten zu verhindern. Redner verlangt, daß an den Verübten von Verbrechen Justiz geübt werde und spricht dann über den Sklavenhandel im Sudan sowie über Grausamkeiten, die in Madagaskar begangen sind. Lafont findet die Erzählungen, die Vigne vorgebracht habe, übertrieben. Redner hält der Regierung vor, daß sie zu liberell gegen Voulet und Chanoine gehandelt habe und daß sie bloß auf die Demunition des Capitaines Pécou hin den Oberst Klobb ausgesandt habe, um beide verhaften zu lassen.

Guillaum, der frühere Minister der Kolonien, rechtfertigt die Absendung des Obersten Klobb und gedenkt in rühmenden Worten Klobbs und Galienis. (Beifall.) Die Sitzung wird hierauf aufgehoben.

**Boeren-Kämpfe.**

**London, 23. November. (B. Z. V.)** Die Abendblätter veröffentlichen ein Telegramm aus Widdelsburg, in welchem Einzelheiten mitgeteilt werden über die Kämpfe, die in der Nähe der Station Balmoral und der Wilge River Station stattgefunden haben. Aus dem Telegramm geht hervor, daß die Boeren bei dem Angriff auf diese Posten an Toten und Verwundeten insgesamt 180 Mann verloren haben.

**Paris, 23. November. (B. Z. V.)** Der Senat nahm die **Amnestievorlage** an, welche alle wegen Freßergehen und wegen Verstöße gegen das Versammlungsrecht sowie während der antisemitischen Unruhen in Algier verhängten Strafen umfaßt.

**Dijon, 23. November. (B. Z. V.)** Präsident Krüger traf heute nachmittags 1/4 Uhr hier ein. Schon auf den verschiedenen Stationen, bis der Eisenbahnzug passierte hatte, so in Avignon, Tarascon, Valence und besonders in Lyon waren dem Präsidenten stürmische Ovationen dargebracht worden; verschiedene Maires hatten den Präsidenten in Ansprachen begrüßt; man hatte ihm Adressen und Blumen überreicht. Auch der Empfang in Dijon gestaltete sich zu einer enthusiastischen Kundgebung für Krüger. Auf die Begrüßungsansprache des Maires antwortete Krüger mit Dankesworten für den ihm in Frankreich bereiteten Empfang und sprach die Ueberzeugung aus, daß seine Sache, da sie eine gerechte sei, doch triumphieren werde.

**Washington, 23. November. (Telegramm des „New-Yorker Bureau“.)** Staatssekretär Hay hat an die Mächte eine gleichlautende Note gerichtet, in welcher er die Ziele darlegt, welche die Vereinigten Staaten bezüglich Chinas verfolgen, und auseinanderzusetzen, wie sich die Ziele, welche allen Mächten gemeinsam wären, am besten erreichen lassen würden.

**New York, 23. November. (B. Z. V.)** Ein aus Colon in Kingston (Jamaica) eingetroffener Dampfer bringt die Meldung, daß am Montag und Dienstag bei Culebra (Columbia) heftige Kämpfe zwischen den Aufständischen und den Regierungstruppen stattgefunden hätten. Die Regierungstruppen hätten schwere Verluste erlitten. Eine andre Truppe der Aufständischen solle jetzt mit Regierungstruppen in der Nähe von Panama in einen Kampf verwickelt sein. In Colon und Panama sei das Geschäftsleben gänzlich unterbrochen, in beiden Städten herrsche Panik.

Reichstag.

6. Sitzung. Freitag, den 23. November 1900, 1 Uhr. Am Bundesratsstische: Reichskanzler Graf v. Bülow, Graf Posadowsky, v. Cöster. Die erste Beratung des dritten Nachtrags-Etats (China-Expedition) wird fortgesetzt.

Abg. Gasse (nall.):

Die Debatte der letzten Tage hat im ganzen ein durchaus befriedigendes Resultat gehabt, da verschiedene Spannungen, die vorher bestanden, durch dieselbe gelöst worden sind. So dürfen wir mit Befriedigung feststellen, daß uns die Indemnitätsnachfrage seitens des Herrn Reichskanzlers und auch für Bayern durch Graf Verchenfeld zugestanden ist. Erfreulich war es auch, daß Graf Bülow fremdliche Beziehungen zu Rußland nachweisen konnte und feststellte, daß unsere Politik in China nur darin geht, mit Festigkeit und Entschiedenheit die Rechte und Interessen des deutschen Volks zu wahren. Nicht minder erfreulich war für uns zu sehen, daß der Reichstag mehr und mehr auch Interesse und Verständnis für die auswärtige Politik, die sogenannte deutsche Weltpolitik, zeigt. Herr v. Wangenheim behauptete, das deutsche Volk sei in seiner Mehrheit gegen eine Weltpolitik. Demgegenüber muß festgestellt werden, daß die einzelnen Teile der Weltpolitik bisher immer die Zustimmung der großen Mehrheit des Reichstags gefunden haben. So war es früher bei den ersten Dampfersubventionen, so noch zuletzt bei der Befreyung Siam's. Allerdings halte ich eine Weltpolitik nur für möglich auf der Grundlage einer gefundenen Heimatspolitik, insofern gebe ich Herrn v. Wangenheim recht. — Vor allem dürfen wir in diesem Augenblick jedoch nicht vergessen, unserm Kaiser den Dank darzubringen, denn seiner Initiative, seiner Fähigkeit und dem Schwung seiner Beredsamkeit ist der Sieg der Idee der Weltpolitik im deutschen Volke vor allem zu verdanken. Die vornehmste Aufgabe des neuen Herrn Reichskanzlers wird es sein, den Kaiser genau über die wirtliche Stimmung des deutschen Volks, wie sie sich in den letzten Debatten gezeigt hat, zu unterrichten. — Bei dieser Gelegenheit möchte ich den Herrn Reichskanzler um Schutz für die Deutschen in Südafrika, die in Rußland von den Engländern ausgewiesen werden, bitten. — Anders als die Haltung der bürgerlichen Parteien ist ja allerdings die der Socialdemokratie. Der Leitartikel des Vorwärts über die erste Sitzung der China-Debatte sprach von den „reingewaschenen Gewittern“ der Rede Bebel's und verherrlichte diesen Redner in einer Weise, die sich mit der Ablehnung des Personalismus seitens der Socialdemokratie schlecht verträgt. — Mit dem Hinweis auf den nicht offiziellen Charakter der von Bismarck angeführten „Socialistischen Monatshefte“ sind die Ausführungen meines Freundes nicht widerlegt. Herr Singer hat nicht bestritten, daß Bernstein Socialdemokrat ist.

Die Angaben des Herrn Singer über die Verhältnisse der Verstarbeiter des „Guland“ in Sibirien waren auch nicht richtig. Nach einer mir zugegangenen Depesche sind die Löhne der Arbeiter dort durchschnittlich gestiegen. Herr Singer hat die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ citiert. Dies Organ ist aber vollständig unabhängig und durchaus nicht offiziell. Ueberhaupt hat die Rede des Herrn Singer mit ihren wenig geschmackvollen Wendungen nur geringen Eindruck gemacht. Sie hat nur wieder deutlich gezeigt, daß die Socialdemokratie stets auf der Seite der Gegner des Deutschen Reichs, und hier der Vögel, steht. — Herr Richter hat sich gegen die Notwendigkeit einer deutschen Kolonialarmee ausgesprochen. Wir sind der gegenteiligen Ansicht und meinen, daß die Ereignisse der letzten Zeit die Notwendigkeit einer solchen Armee geradezu bewiesen haben. Wir werden uns ja jedenfalls in nicht zu ferner Zeit mit dieser Angelegenheit zu beschäftigen haben. Die Weltpolitik stellt uns vor neue große Fragen, an deren Lösung wir uns mit Eifer machen müssen. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Staatssekretär des auswärtigen Amtes Hr. v. Nitschhofen:

Die englische Regierung hat zugesagt, daß die unrechtmäßig aus Transvaal ausgewiesenen Deutschen entschädigt werden. Ueber den Modus der Entschädigung schweben zur Zeit Verhandlungen zwischen den Regierungen. Die Feststellung der Entschädigung ist natürlich leichter, wenn Belege da sind. Wir werden uns aber auch solcher Fälle annehmen, in denen Belege fehlen. (Bravo! bei den Nationalliberalen.) Wie schwer die Entschädigungen im einzelnen Fall festzustellen sind, dafür nur ein Beispiel. Ein Mann, der arm nach Transvaal ging und arm zurückkehrte, forderte eine Entschädigung von 10 000 M. und ermächtigte bei der Untersuchung auf dem Polizeipräsidium seine Forderung auf 800 M. als Reiseflosten. (Heiterkeit.)

Abg. Schrader (fr. Vgg.):

(Bei der großen Unruhe im Hause schwer verständlich) verbreitet sich über das Missionswesen in China. Die Missionen in China haben sehr bedeutende Schwierigkeiten zu überwinden. Sie sind nicht beliebt beim chinesischen Mandarinentum. Das ist auch der Grund, weshalb die Diplomatie den Missionen nicht sehr geneigt ist. Graf Verchenfeld hat es so hingestellt, als ob es völlig gleichgültig wäre, ob in die Vortage das Wort Indemnität hineinkomme oder nicht. Der Meinung bin ich nicht. Es entspricht nur den verfassungsmäßigen Grundsätzen, wenn ausdrücklich Indemnität nachgesucht wird. Wir sind ja alle bereit, zu bewilligen, vielleicht mit Ausnahme einer kleinen Gruppe. (Abg. Bebel ruft: Unsre Gruppe ist viermal so groß wie Ihre Gruppe! Heiterkeit.) Insofern, aber alle zusammen sind wir doch mehr wie Sie. (Wachen bei den Socialdemokraten.) Interessant waren die Ausführungen des Herrn v. Wangenheim über die Umgebung des Kaisers. Wir haben doch immer eine Kamarilla gehabt. Sie legte sich meist aus Gefinnungsgenossen des Herrn von Wangenheim zusammen, wenn jetzt Herr v. Wangenheim von dem Treiben der Kamarilla beunruhigt wird, so hoffen wir, daß er seinen Einfluß aufwenden wird, dieses Treiben zu verhindern. (Sehr gut! links.)

Abg. Bebel (Soc.):

Ich will zunächst auf die Rede des bayerischen Bevollmächtigten Grafen Verchenfeld zurückkommen, gegen den niemand, weder von der Rechten, noch vom Centrum, noch mein letzter Herr Vorredner irgend etwas vorgebracht hat. Die Rede war doch nur der Versuch einer Rechtfertigung eines Verfassungsbruchs, der offen vorliegt. Gerade von dem bayerischen Bevollmächtigten, dem Vertreter des bisher konstitutionellsten Staates, hätte ich derauflagen am wenigsten erwartet. Graf Verchenfeld sagte, man könnte nicht mit einer Vorlage kommen, in der nichts steht. Es handelte sich gar nicht darum, eine Vorlage einzubringen, in der die Stimmen, die jetzt bewilligt werden wollen, standen. Es hätte eine Vorlage genügt, in der schärgungsweise die Mittel, welche notwendig erschienen, gefordert wurden. Was die Reformationen ungefähr kosten würden, wußte man. Gerade diese Reformationen ergeben einen klaren Verfassungsbruch. (Sehr richtig! links.) und es ist keine Entschuldigung, zu sagen, man hätte sich nicht anders helfen können.

Graf Verchenfeld sagte, die Reichsleitung hätte sich der Zustimmung des Bundesrats versichert gehalten. Der Bundesrat hat aber gar keine verfassungsmäßige Verantwortlichkeit, und alles, was der bayerische Bevollmächtigte in der Richtung gesagt hat, waren nur nichtssagende Redensarten. Er sagte, Ausgaben sind so lange ungezügelt, so lange sie nicht vom Reichstag genehmigt sind. Erfolgt die nachträgliche Genehmigung

dann ist dieser Zustand beseitigt. Und dann folgten die abfälligen Bemerkungen über das Wort Indemnität! Wenn das wahr ist, was Graf Verchenfeld gesagt hat, so können wir es erleben, daß einmal der ganze Etat aufgestellt und eine ganz neue Armeeorganisation durchgeführt wird, ohne daß wir auch nur befragt werden. Lassen Sie sich derartige moralische Ohrfeigen gefallen, so ist es Ihre Sache! Wir lassen sie uns nicht gefallen und werden uns so kräftig wie können dagegen! (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.)

Herr Böhmer hat ja Verwahrung gegen die Auffassung des Grafen Verchenfeld eingelegt, aber auch nur sehr mäßig und dazu jagte ihn ja die ganze Haltung seiner Partei. Hat doch der Führer dieser Partei, Herr Lieber, auf dem letzten Katholikentage die wünschenswerten Klarheit über die Stellung des Centrums zur Regierung geschaffen. Er hat dort ausgeführt, vollkommen einig in politischer Beziehung mit der Regierung zu sein, sei nicht möglich und werde niemals möglich sein; und doch hat das Centrum es verstanden, die maßgebende Partei zu bleiben. Freilich den Luxus einer selbständigen Politik hat es erst drangeben müssen. (Verhaftes Gähnen! hört! bei den Socialdemokraten.) Also das ist das politische Glaubensbekenntnis des Centrums. Den Luxus einer selbständigen Politik hat es erst drangeben müssen, dagegen ist es nichts weiter als der Schleppträger der Politik des Reichskanzlers. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Unter solchen Umständen kann von einer ernsthaften Opposition des Centrums nicht die Rede sein. Das Centrum war einstmals eine Oppositionspartei, damit ist es jetzt für immer vorbei. (Wachen im Centrum! Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Es war nicht nur ein lapsus linguae, als Herr Böhmer gestern sagte, daß die Regierung dem Centrum die Indemnität auf dem Präsentierteller entgegenbringt, sondern das entspricht nur seinen innersten Gedanken. (Sehr gut! b. d. Soc.) Wenn das Centrum sich mit der Regierung zu verständigen versteht, dann ist alles gut, dann herrscht über allen Wipfeln Ruh'. (Sehr gut! bei den Soc.)

Ich komme nun zu den Ausführungen des Herrn Kriegsministers gegenüber meiner ersten Rede. Er sagte, dieselbe zeichnete sich mehr durch Länge als durch Tiefe aus. Es sind das fast wörtlich dieselben Worte, die der Herr Kriegsminister jedesmal anwendet, sobald ich an dieser Stelle eine meiner sogenannten Anklagereden gegen ihn halte. Ich glaube, das ist doch mehr eine Verlegenheitsphrase von ihm. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Welche, ob meine oder seine Rede wertvoller war, das überlasse ich dem Urteil des Hauses. Ich habe ja keinen Grund, das Lob meiner eignen Rede zu singen, aber aus der Thatsache, daß sich alle mir nachfolgenden Redner bemüht haben, meine Ausführungen zu widerlegen, geht doch schon hervor, daß sie ihnen nicht ganz gleichgültig gewesen sein kann. Der Herr Kriegsminister meinte, mich als einen Anhänger des Volkstheors hätten die Erfahrungen des Bogertriegs wenig befriedigen müssen. Nun, diese Worte kann der Herr Kriegsminister nur an die Leute gerichtet haben, die nicht alle werden. (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.) Sollte er damit wirklich einen Eindruck auf irgend einen urteilsfähigen Menschen haben machen wollen, so würde das seiner Urteilsfähigkeit ein sehr wenig rühmliches Zeugnis ausstellen. Hausen, wie sie jetzt in China zusammengekauert sind, die nur mit Speeren und Lanzen bewaffnet sind, kann man natürlich niemals als ein Volkstheor bezeichnen; das versteht sich von selbst. Vielleicht haben sie einige Ähnlichkeit mit den alten Landstürmern von 1818, die ja auch einige ähnliche Aufgaben gegen Napoleon zu erfüllen hatten, wie die Vögel in China. (Unruhe rechts.) Gewiß! Sie (noch rechts) sind ebenso als Eroberer in das chinesische Land eingedrungen, wie Napoleon in das Deutsche Reich, und die Vögel haben das volle Recht, Sie aus ihrem Lande herauszuwerfen. (Unruhe rechts.) Nennen Sie mich hundertmal einen Verteidiger der Vögel, ich bin ein Verteidiger der Wahrheit. (Wachen rechts, lebhaftes Bravo bei den Socialdemokraten.) Ich werde die Dinge stets so darstellen, wie sie sind, und ich weise es entschieden zurück, wenn man in einseitigster und parteigehässiger Weise alle Schuld auf jene Seite schiebt. (Verhaftes Bravo bei den Socialdemokraten.)

Sehr interessiert hat mich die Stellung des Herrn Kriegsministers zu den Reformationen. Ich habe aus seinen Ausführungen entnommen, daß die Regierung in nicht allzulanger Zeit mit der Forderung einer Kolonialarmee kommen wird. Es ist ja auch ganz selbstverständlich, daß man die jetzt geschaffenen Formationen als Ersatz nimmt, um den Reichstag in die Zwangslage zu versetzen, sie, nachdem sie einmal geschaffen sind, zur Bildung der Kolonialarmee zu benutzen. (Wachen rechts. Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Da kommen Sie nicht herum. Sobald die chinesischen Wirren zu Ende sind, werden wir uns weiterprechen; dann wird die Vorlage kommen.

Der Herr Kriegsminister hat von der Ermordung der Europäer gesprochen, die der Ermordung von Chinesen vorausgegangen seien. Meine Behauptung ist aber bisher nicht widerlegt, daß so lange gegen Europäer keine Verbrechen begangen worden sind, als nicht von deutscher Seite die ersten Gewaltthaten ausgeübt wurden. Ich habe die Thatsachen angeführt, die Quellen angegeben und von keiner Seite, weder von Herrn v. Böhmer, noch von Herrn Stöcker, noch von den anderen Herren, noch von der Regierung ist der allermindeste Versuch gemacht, zu beweisen, daß vor der Eroberung von Taku, bevor deutsche Soldaten chinesische Unterthanen ermordet, erschossen haben, Angriffe auf Deutsche erfolgt sind. Das kann auch von niemand widerlegt werden. Wenn wir nun aber das Verhalten der deutschen Kriegführung auf das schärfste tadeln, dann geschieht es deshalb, weil wir meinen, daß wir eine Sache für unangebracht halten, die sich gegen die wendet, welche die Verbrechen begangen haben, sondern Tausende von Unschuldigen mitleiden läßt für das, was einzelne gethan haben. Es ist Thatsache, daß in unverantwortlichster Weise die vorgeblichen Verhandlungen der Vögel abgetrieben sind. (Oh! rechts. Sehr richtig! links.) Ich erinnere besonders an die Verichte über die Belagerung der Gefantenschaft in Peking. Man bewundert, daß sich da überhaupt jemand hat retten können.

Die übertrieben diese Verichte sind, dafür ist Beweis ein Artikel in der „Neuen Deutschen Zeitung“, die von unserem Kollegen Kropatschek in seinen Privatstunden redigiert wird. In einer Vorlage zu derselben erschien ein großer Artikel, der einen großen Bericht über die Belagerung von Peking brachte auf Grund der Aufnahmen des österreichischen Gesandtschaftssekretärs und seiner Gemahlin. Hier wird ausgeführt, wie es während der Belagerung der Gefantenschaft in Peking zugegangen ist. Ich will Sie hier nicht mit der Verlesung des Verichts beschäftigen, sondern ich begnüge mich mit der Anführung einer charakteristischen Erklärung, die der China-Korrespondent der „Kreuzzeitung“ an jenen Artikel knüpft, indem er beleuchtet, in welcher unerhörten und unverkämter Weise die europäische Presse gegen die Chinesen gehet hat. Er sagt: Der österreichische Gesandtschaftssekretär und seine Gemahlin stellen entschieden in Abrede, daß die Belagerung so blutig und so verzweifelt war, wie es die Presse der ganzen Welt geschildert hat. Sie sagen, daß Sie erst heute, wo sie die Schilderung ihrer Leiden lesen, eigentlich Angst bekommen haben. (Heiterkeit. Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Sie seien empört über die unverkämten Lügen (Hört! hört!) und hoffen, daß bei künftigen Verwicklungen die Presse ihre Dienste sorgfältiger thun werde. Ich meine, ein stärkeres Debaue der Verichte konnte nicht gegeben werden, wie hier von dem Berichterstatter der „Kreuzzeitung“, einem doch fürwahr durchaus königstreuen Mann, was Herr Kropatschek nicht bestritten wird. (Herr Kropatschek:

Sehr richtig! Heiterkeit bei den Socialdemokraten.) Der Kriegsminister wünschte die Verfasser der Hunnenbriefe kennen zu lernen. Sie zu nennen habe ich gar keinen Grund (Wachen rechts), um denselben keinen Grund, meine Herren von der Rechten, weil die Briefe alleamt bereits in der deutschen Presse erschienen sind. Wenn der Herr Kriegsminister glaubte, daß diese Briefe die Unwahrheit enthielten, so hätte er die Staatsanwaltschaft instruiert und die Veröffentlichung dieser Hunnenbriefe zur Verantwortung ziehen lassen. Davon ist bis heute nichts bekannt. Das Kriegsministerium hat eine eigene Vertheilung, die alle Erscheinungen der Presse auf das sorgfältigste verfolgt, aber weder der Kriegsminister, noch irgend ein Staatsanwalt hat bisher Strafantrag gestellt, während sie doch wissen mußten, daß falls diese Briefe unwahr wären, ihre Veröffentlichung die blutigste Beleidigung der deutschen Armee bedeutete. (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.) Aber sie alle hatten das Gefühl, daß das, was in den Hunnenbriefen berichtet wird, so schanderhaft es klingt, doch leider wahr sein müsse. — Der Herr Kriegsminister hat weiter erklärt, der Kaiser könne in keiner Weise für diese Greuelthaten verantwortlich gemacht werden. Ich wiederhole meine Frage: Ist von Seiten der deutschen Heeresverwaltung oder des Oberkommandos in China an die deutschen Soldaten der Befehl gegeben worden: Mord zu thun? Mord wird nicht gegeben. Gefangene werden nicht gemacht? Das wollen wir wissen, das müssen wir wissen. (Wachen rechts; lebhaftes Bravo! links.) Wenn der Herr Kriegsminister diese Frage nicht klipp und klar beantwortet, so ziehe ich den Schluß daraus, daß ein solcher Befehl gegeben worden ist. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Der Herr Kriegsminister meinte, so weit dürfe die Verantwortung des Kaisers nicht gehen. Nun, wir haben wie immer ein Schweinegeschlächter. Gestern kommt mir ein in der „Frankfurter Tagespost“ veröffentlichter Hunnenbrief zu:

„Ich vertraue auf Gott und bete jedesmal, wenn wir ins Gefecht ziehen, er möge mich vor feindlichen Augen bewahren. Ich will Dir nur etwas schreiben: Wie es bei uns zugeht, davon hast Du keine Ahnung. Es ist gar kein richtiger Krieg, nur ein gegenfeitiges Morden! Wie wir die erste Schlacht gewonnen hatten, da hättest Du sehen sollen, wie wir in die Stadt einzrückten. Alles, was uns in den Weg kam, ob Mann, Frau oder Kind, alles wurde abgeschlachtet. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Nur wie da die Weiber schrien! Aber des Kaisers Befehl lautet: „Kein Mord zu thun“, und wir haben Treue und Gehorsam geschworen, und das halten wir auch... (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Ich will weiter nichts schreiben, denn es ist so gräßlich, wie es da zugeht...“

Hier haben Sie in optima forma von einem unbefangenen Briefschreiber, wie die Befehle des Kaisers aufgeführt worden sind. Das Weiber und Kinder gemordet werden sollen, das hat der Kaiser nicht befohlen, er hat im Gegenteil gesagt: Schonet die Weiber und Kinder. Aber das ist von den Soldaten so ausgeführt worden, wie es in den Briefen berichtet ist und daß die Vorgänge sich in der That so abgepielt haben, das ist außer Zweifel, sonst wären derartige Briefe ganz unmöglich. In diesem Brief, den ich eben vorgelesen habe, hat nicht der milde gloriosus dem Mann die Feder geführt, Herr Stöcker, denn aus dem Brief geht hervor, daß der Schreiber selbst die Vorgänge aus tiefster Kehle bebauert. Ich bitte also den Herrn Kriegsminister, die nötigen Recherchen anzustellen. (Wachen rechts; die Briefe sind noch kein Beweis.) Es ist fürwahr genug Beweis, daß derartige Briefe überhaupt veröffentlicht werden können. Die „Frankfurter Tagespost“ würde niemals wagen, sie abzubringen, wenn sie nicht von der Wichtigkeit überzeugt wäre. Sie fordern von uns den Beweis für die Gültigkeit der Briefe. Führen Sie doch selbst den Beweis, daß die Briefe falsch sind, gehen Sie zum Staatsanwalt und machen Sie Anzeige. Der Staatsanwalt wird dann die Untersuchung anstellen und da wird sich herausstellen, was wahr ist. (Große Unruhe und Zwischenrufe rechts. Mord des Präsidenten.)

Präsident Graf Vellestrom: Ich bitte, den Herrn Redner nicht zu unterbrechen, das führt zu nichts. Das führt zu Einzelgesprächen und verzettelt die Diskussion. Wenn Remedur einzutreten hat, so werde ich dafür sorgen, daß sie eintritt.

Abg. Bebel (fortfahrend): Der Kriegsminister hat von der Notwendigkeit gesprochen, daß ein Krieg ab und zu eintreten müsse, das wäre ein Glück für die Armee, damit sie den Ernst des Kriegs kennen lernen. Wie man eine solche Auffassung mit dem Bekenntnis des Christentums vereinigen kann, das verziehe ich nicht. (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.) Auf der einen Seite redet man der Notwendigkeit des Kriegs das Wort und auf der anderen Seite betont man, daß man sich anstrengt, daß der Friede erhalten werde. Das sind doch Widersprüche, die sich nicht vereinigen lassen. Und ist der Krieg ein Glück für die Armee, so muß man doch daran die ganze Armee teilnehmen lassen (Bewegung), so daß man sich nicht damit begnügt, daß nur ein so kleiner Teil der Armee dieses Glück genießt, wie die 20 000 Mann, die nach China geschickt sind. Das wäre doch die notwendige Folge. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Ist das aber nicht richtig, daß man das nicht, so sollte man es auch unterlassen, derartige zweideutige Reden zu führen. (Verhaftes Zustimmung links und bei den Socialdemokraten.)

Ich komme dann mit einer kurzen Bemerkung zu den Ausführungen des Herrn Reichskanzlers. Der Herr Reichskanzler hat erklärt, er übernehme die Verantwortung für die Kaiserrede in Bremerhaven, in Bremerhaven sind zwei Kaiserreden gehalten worden; ich nehme an, daß der Reichskanzler die vom 8. Juli meint, in welcher die Stellen vorkommen von der Brandfabel des Kriegs und die Vorgänge in China bezeichnet werden als unerhört in ihrer Frechheit, schauderregend in ihrer Grausamkeit. Man meint die Rede dadurch erklären zu können, daß der Kaiser, als er sprach, nicht gewußt habe, daß nur sein Gefantler ermordet war, sondern daß er annahm, auch die übrigen Gefantten seien ermordet worden. Das geht aber aus der Rede nicht hervor, denn der Kaiser sagt: „Auch die anderen Gefantten schweben in Lebensgefahr, vielleicht haben sie heute schon den letzten Kampf geführt.“ Dann fordert er auf zur Rache und zum Eintreten für die Religion. Es wurde gesagt, der Kaiser habe diese Rede gehalten als Soldat, nicht als Diplomat. Der Kaiser spricht nie als Soldat und er spricht nie als Diplomat, er spricht immer nur als Kaiser. Wenn der Kaiser als Soldat spräche, dann bräuchten wir nicht zu verlangen, daß seine Reden im „Reichs-Anzeiger“ veröffentlicht werden, dann hätten wir das Recht freier Kritik wie über jede andre Soldatenrede. Der Kaiser ist eine viel zu ausgeprägte und selbstbewußte Persönlichkeit, als daß er einen Augenblick anders wie als Kaiser vor das Volk träte. Er ist ein ganzer Mann. Das sage ich, der ich nicht kaiserlich gestimmt bin. (Bewegung. Sehr gut! bei den Socialdemokraten.) Noch ein andres, meine Herren. Der Kaiser hat so leidenschaftlich am 8. Juli gesprochen. Er hat dann aber am 27. Juli, als die Situation eine andre war, noch viel schärfer gesprochen. Da fielen die Worte: „Mord wird nicht gegeben, Gefangene werden nicht gemacht.“ Führt Eure Waffen so, daß auf Jahraufende kein Chinese Mordrede. Damals wußte man, daß es sich allein um den deutschen Gefantten handelte. Drei eine halbe Woche hatte der Kaiser von seiner ersten Rede Zeit, seiner Leidenschaft Herr zu werden. Da war's nicht mehr an der Zeit, in einem Tone zu reden, der alles überbot, was die Rede vom 8. Juli zum Ausdruck gebracht hatte. (Unruhe rechts. Sehr gut! links.) Der Herr Reichskanzler sagt, Deutschland werde sich seine Wacht-

Stellung nicht verflümmern lassen. Der Meinung sind wir auch. Es kommt nur darauf an, was man unter dieser Maßregel versteht. Wenn Deutschland es als seine Aufgabe ansieht, den Frieden zu erhalten und die Kultur zu verbreiten, dann folgen auch wir. Aber mit der Art und Weise, wie bei uns die Weltpolitik definiert wird, wie wir an China herangehten sind, damit sind wir nicht einverstanden. Wir meinen, daß es unsere Aufgabe sei, europäische Kultur überall dorthin zu tragen, wo sie fehlt. Das ist eine große und schöne Aufgabe. Es kommt aber auf die Art und Weise an, wie man zu fremden Völkern kommt. Ueber diese unsere Stellung läßt auch die Resolution zur Weltpolitik, die wir in Mainz gefaßt haben, in ihrem zweiten Absatz keinen Zweifel. In knappen Sätzen sind da die Anschauungen meiner Partei über die Kulturaufgaben Deutschlands niedergelegt. Sie sind die einzig wahren und richtigen, die einzigen, die eines zivilisierten Menschen würdig sind. (Wachen rechts.) Der Reichskanzler hat weiter gemeint, er werde sich durch mich nicht zu einer ungünstigeren Behandlung der katholischen Missionen verleiten lassen, und Herr Wachen hat ihm ausdrücklich für diese Erklärung gedankt. Das ist ein unbegreifliches Mißverständnis meiner Worte, ich habe gar nicht verlangt, daß die katholischen Missionare anders behandelt würden als die evangelischen; ich habe auch nicht gesagt, daß die Missionen unterdrückt werden sollten. Ich habe darauf hingewiesen, daß in Bezug auf die Missionsfrage zwei Mächte den richtigen Standpunkt einnehmen, Rußland und Japan, die bis heute keinen Versuch gemacht haben, Conventen zu gewinnen und Missionare nach China zu schicken. Ich habe aber hinzugefügt und darauf mache ich Herrn Stöder aufmerksam: Aber wenn die Missionare einmal ihre Thätigkeit in einem Lande entfalten, weil sie es aus innerer Ueberzeugung für notwendig halten, dann müssen sie als Privatpersonen gelten, die die volle Verantwortung für ihre Thätigkeit tragen, die der Staat nicht in seinen besonderen Schutz nehmen darf, die nur durch ihr Beispiel und ihre Lehren wirken und sich nicht in Widerspruch zu den Sitten, Gebräuchen und religiösen Ueberzeugungen der Bevölkerung setzen dürfen. Denn es ist das denkbar Verlehrteste, wenn der Staat seine Neutralität aufgibt. Es entspricht nicht dem Wesen und der Idee des heutigen Staats, wenn man die Missionare gewissermaßen als politische Agenten benutzt. Charakteristisch war das Wort Stöders: Was sollen denn die Kolonialmächte machen ohne Missionare, d. h. wir sind eure Werkzeuge. (Sehr richtig! links.) Schließen Sie sich noch so sehr dem Kopf, Herr Stöder, es stimmt doch! (Heiterkeit.) Es ist bisher stets die Politik des Deutschen Reichs gewesen und es wird bestätigt durch die Erklärung des Reichskanzlers, er werde sich nicht durch mich verleiten lassen, die katholischen Missionare anders zu behandeln. Er ist so sehr auf die Unterstützung des Centrums angewiesen, und das Centrum hat es so notwendig, die Kolonialpolitik seinen Wählern verdaulich und genehmbar zu machen, daß er gezwungen ist, das Hauptgewicht auf den Schutz der Missionare zu legen. Sie reichen sich eben die Hände, der Herr Reichskanzler braucht das Centrum und das Centrum das braucht den Herrn Reichskanzler! (Große Heiterkeit.) Es ist die Politik des Handelsgeheimnisses, nichts anderes, und alle Reden und Proteste können daran nichts hindern.

Etwas näher möchte ich auf das Missionswesen eingehen. Herr Stöder und Herr Wachen haben behauptet, ich hätte mir meine Anschauungen darüber aus den Fingern gezogen. Nun, ich verweise auf den genauen Kenner Chinas Sir Robert Hart. Er vertritt genau dieselbe Ansicht wie ich über die Rolle, wie sie speziell die katholischen Missionare gespielt haben. Nebenbei bemerkt, Herr Anzer ist nach dem Geständnis des Herrn Wachen so chinesisch, daß er die deutsche Sprache verlernt hat. Ist denn das nationale Politik, wenn die Leute schon in der ersten Generation Deutsch verlernen und Chinesen werden? Hart sagt ausdrücklich, daß die hohen Beamten, die heute auf Seiten der Boxer stehen, durch ihre Kenntnis und ihre Dienste im Lande großes geleistet haben. Und nach einer gestern aus Amerika eingetroffenen Depesche erklärt die Union, sie sei nicht bereit, den besten Männern Chinas den Kopf vor die Füße zu legen. Wenn Hart so urteilt, dann haben wir doch auch alle Vorgänge in China sachlich zu prüfen. Und ich weise noch auf die „Neue bairische Landeszeitung“ hin, in der es heißt: Wenn es unter den Missionaren viele achtenswerte Elemente giebt, so sind unter den Bekehrten nur zu wenige vorhanden, die wirklich Achtung verdienen. Die Missionare nehmen jeden Launenstich in Schutz, der sich ein Christ nimmt, und das erregt dann die größte Empörung der Bevölkerung. Die „Neue bairische Landeszeitung“ ist das offizielle Fraktionsorgan des bairischen Centrums. Sehen Sie sich doch einmal mit Ihren Organen aneinander, bevor Sie mit mir anbinden! Herr Wachen meint, daß das Märtyrerkreuz am besten das Land besuche, aus dem das Christentum hervorgehe. Ist dem so, dann erweisen Sie sich doch nicht so sehr, wenn solch Kulturbringer geschickt wird. Verlangen Sie da nicht, daß der letzte Mann und Groschen mobil gemacht wird zum Schutz der Missionare, die in dem Bewußtsein hinandergelien, daß sie mit ihrem Blut ihre Lehren bezahllen müssen. Gerade dieser Satz zeigt die Gefährlichkeit der ganzen Sache. Wenn wir weiter Missionswesen und Kolonialpolitik verquiden, so werden die Missionsmegeleien nicht aufhören. Mit blutiger Schrift wird sich die Zukunft einschreiben. Ich gratuliere der Reichsregierung zu den Maßnahmen, die ihre chinesische Politik für Deutschland bringt. Eine derartige Politik machen wir nicht mit. (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Ich habe dem Bischof Anzer vorgeworfen, daß er die heiligen Geheile der Chinesen verlegt hat. Herr Wachen hat das bestritten. Ich muß meine Behauptung aufrecht erhalten. Bischof Anzer ist in der Kapelle des Confucius erschienen als chinesischer Würdenträger im Mandarinenkleid, das dem Bischofskleid bei dieser Gelegenheit Platz machen mußte. Er ließ sich dort von den Chinesen förmlich begrüßen. Das war eine Verhöhnung aller religiösen Geheile, ein furchtbarer Affront. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Herr Wachen fragte, was wäre Li-Hung-Schang passiert, wenn er auf seiner Reise — es war die bekannte Triumpfreise, bei der er von der „Kölnischen Zeitung“ als Bismard des Ostens gefeiert wurde, den Kölner Dom besucht hätte! Gewiß, es wäre ihm nichts passiert. Es wäre ihm gegangen wie mir, man hätte ihn den Klingelbeutel unter die Nase gehalten (Stürmische Heiterkeit) und hätte ihn lustig in Ruhe gelassen. Der Vergleich stimmt aber nicht. Denken Sie sich den Fall, Li-Hung-Schang würde von der preussischen Regierung das Amt eines Oberpräsidenten erhalten haben und hätte als solcher einen Empfang der Regierungsoffiziere im Kölner Dom veranstalten wollen und dazu die katholische Geistlichkeit befohlen. Es wäre ihm gewiß noch übler ergangen als Herrn Anzer in China. Oder denken Sie sich den Fall in Bayern in einer altbayerischen Kirche, in der Li-Hung-Schang als bayerischer Regierungsbeamter erscheinen würde, ich möchte die alpbayerischen Bauern sehen, wie sie sich benehmen würden. (Große Heiterkeit und sehr richtig! links.) So müssen Sie vergleichen, Herr Wachen! (Sehr richtig! links.) Ich bleibe dabei, das Auftreten des Herrn Anzer bedeutete eine Provokation, eine Verletzung der heiligen Geheile der Chinesen, die ebenso heilige Geheile haben wie Sie, meine Herren. Ich muß auch dabei bleiben, daß in dem Neujahrswunsch des Bischofs Anzer Lipp und Lar ausgeführt ist, daß die Besichtigung von Nantshou der Grund der Wirren in China sei. Da heißt keine Maus einen Faden ab. (Heiterkeit.) Natürlich ist das nicht der alleinige Grund. Ich habe selbst in meiner ersten Rede gesagt, seit 60 Jahren gärt es im chinesischen Volke infolge der gewaltsamen Eingriffe der europäischen Weltmächte in China. Jede Religion ist ihrem Wesen nach intolerant, weil jede Religion in den Andersgläubigen Heilsgläubige sieht; daher die Religionskriege. Deshalb reden Sie hier nicht von christlicher Toleranz. Die Kirchengeschichte beweist das Gegenteil. Niemand war intoleranter wie Luther, Melancthon, Zwingli, Calvin und die anderen Reformatoren; wenn

Sie es heute sind, so sind Sie es nur, weil Sie es müssen, weil die Kultur eine andre geworden ist. Weil materielle Interessen heute im Vordergrund stehen. Ich selbst erinnere mich an einen Fall von kirchlicher Intoleranz, als ich noch als Handwerkerbursche durch Freiburg im Breisgau zog. Es war am Fronleichnamstag und irgend einer von den Zuhörern hat beim Anblick der Prozession den Hut auf dem Kopf gehalten. In der Prozession war jemand, der eine Stange mit dem Kreuz in der Hand trug; der ging auf den Mann los und schlug ihm mit der Stange den Hut vom Kopf. Am Münchner Hoftheater wurde ein Drama „Buddha“ aufgeführt. Die Herren vom bairischen Centrum haben sich damals furchtbar aufgeregt, erklärten, das Drama bedeuete eine Verhöhnung der christlichen Kultur und wollten es vom Spielplan verdrängen. Erst neulich ist im Interesse des christlichen Ansehens hier die Aufführung einer Szene aus dem „Parzival“ verboten worden. In Oestreich macht sich die Regierung auf Drängen der katholischen Geistlichkeit zum Mittel und weist deutsche protestantische Geistliche aus. Andererseits erinnere ich Sie daran, was die protestantische Geistlichkeit zu den Reden des Prinzen Max von Sachsen gesagt hat. Das ist alles höchste Intoleranz. In Berlin ist die Mäuerer und Stöcker (Große Heiterkeit.) Trumpf. (Widerspruch des Abg. Stöder.) — Ober wollen Sie bestreiten, Herr Stöder, daß auf Ihr und Ihrer Glaubensgenossen Verreiben die Polizei herumgeschweifelt, ob sie irgendwas Wilder findet, die angeblich das christliche Gefühl beleidigen? (Abg. Stöder: Das gehört nicht zur Sache!) Ah, was Ihnen mangelt es, Herr Stöder, das gehört nicht zur Sache. (Große Heiterkeit.) Sie (nach rechts) sind chinesischer als die Chinesen, und wenn Sie vom Aberglauben sprechen — was ist in Rom an Aberglauben zu Tage gefördert worden, was für ein Aberglaube macht sich in Aitbahnen breit! Ich kann überhaupt keinen Glauben anerkennen, es ist immer Aberglaube. (Große Heiterkeit und sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Ich komme nun speziell zu Herrn Stöder. (Große Heiterkeit.) Herr Stöder hat gesagt, eine so vaterlandslose Rede, wie ich sie gehalten habe, wäre in einem andern Parlaamente nicht möglich gewesen. Nun, — wir haben das Wort von den vaterlandslosen Gesellen wirklich schon bis zum Ueberdruß seit 30 Jahren gehört, so daß wir es allmählich satt bekommen haben, daß wir abgestumpft sind dagegen und sagen: redet doch, was Ihr wollt, Ihr wißt ja nicht, was Ihr sagt. (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.) Vaterlandslose Gesellen waren auch die ersten Christen, vaterlandslos war der Stifter Ihrer Religion im Sinne der herrschenden Gewalten von damals. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Ihr Gott, meine Herren, ist ein internationaler, kein deutscher, kein französischer Gott und wenn Sie in einem Kriegsfall allesamt zu demselben Gott beten, so mögen Sie das mit Ihrem Gewissen ausmachen, ein sonderbarer Widerspruch ist es jedenfalls. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Wir wollen das, was Sie seit 1800 Jahren vergeblich erstreben, die Verwirklichung der allgemeinen Menschlichkeit. Ich bestreite auf das aller entgegengesetzte, daß unser Standpunkt irgendwas etwas mit vaterlandslos-feindlichen Tendenzen zu thun hätte. Ich habe mich nur ehrlich bemüht, gerecht zu sein. Ich habe auch Sie wiederholt dazu aufgefordert und von Ihnen nichts verlangt als: Seien Sie gerecht, urteilen Sie auf Grund der Thatfachen und nicht auf Grund Ihrer Leidenschaften und Vorurteile. Nur nach Prüfung der Thatfachen sind wir zu unserer Beurteilung der gegenwärtigen Weltpolitik in China gekommen. Auch der Abg. v. Reuehof hat in seiner kurzen Rede ein Wort gebraucht, das mich sehr geärgert hat. Er erwähnte das bekannte Wort von dem Vogel, der sein Nest beschmutzt. (Sehr richtig! rechts.) Sie sind eben nicht gewöhnt, daß im deutschen Parlament deutsch gesprochen wird. Sie sind nicht gewöhnt, Männer zu finden, die sich nicht für die Wahrheit sorgen, nicht gewöhnt, das selbe zu hören, was in andern Parlamenten als ganz selbstverständlich gehört wird. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten. Lachen rechts.) Ich werde Ihnen Beispiele bringen, wie ich es immer liebe, meine Behauptungen mit Beweisen zu belegen. Zunächst ein paar Aeußerungen über die deutsche Politik aus der konservativen Partei. In der Juli-Nummer des konservativen „Deutschen Wochenblattes“, auf das Herr v. Reuehof gewiß abonniert sein wird, findet sich folgende Beurteilung der deutschen Politik. Da heißt es, daß mit dem denkbar größten Aufwand von Kosten im letzten Augenblick alles bei der Expedition der Truppen zur Stelle gebracht sei. Dieses Unvorbereitetsein beweise alles mehr als staatsmännischen Blick. Nun, schwärzen haben wir auch nicht polemisiert. Nun zu auswärtigen Parlamenten. In der Morgenausgabe der „Kreuz-Zeitung“ vom 10. Oktober dieses Jahres steht ein großer Artikel über die auswärtige Politik der Woche. Dort wird die Rede eines englischen Oppositionsredners angeführt, deren erster Satz gleich lautet: „Ich brauche keinen Augenblick zu verlieren, um die Sünden der Minister aufzuzählen. Ihre eigenen Freunde schreien es in die Welt, eine wie elende Wunde das ist.“ (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.) In der Einberlebung Transvaals steht er ein hassenswerthes Ereignis, den schlimmsten Fehler der englischen auswärtigen Politik. Wenn sich ein socialdemokratischer Redacteur einem deutschen Ministerium gegenüber eine so scharfe Kritik erlaubte, würde er sich sofort eine Anklage wegen Beleidigung zuziehen. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Und diesen Artikel druckt die „Kreuz-Zeitung“ mit folgender zustimmender Erklärung ab: „Das Verhängnis der imperialistischen Politik liegt eben darin, daß sie nicht stehen bleiben kann, daß es sie ruhelos weiter treibt, wie es einst den großen Napoleon nicht ruhen ließ. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Wie passen diese Worte auf unsere gegenwärtige Politik! (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) So spricht die „Kreuz-Zeitung“ über einen englischen Oppositionsredner, der die englische Regierung eine Wunde genannt hat, ein Ausbruch, den ich mir in diesem Parlament nicht erlauben würde, denn er würde mir selbstverständlich einen Ordnungsruf des Herrn Präsidenten zuziehen. (Große Heiterkeit.)

Herr Stöder ist dann auch auf die Pariser Kommune zu sprechen gekommen. Er hat eine Reihe von Citaten vorgebracht aus Broschüren und speziell aus Reden, die ich in den Jahren 1871/72 hier gehalten habe. Ich habe schon gestern erklärt, daß ich von dem, was ich damals gesagt habe, nicht ein Jota zurückzunehmen brauche, weil es genau den Informationen entspricht, die ich über das Wesen und die Ziele der Kommune hatte. Es ging damals so, wie immer bei Revolutionen. Auch in Wien im Jahre 1848 der Kriegsmünister an einem Laternenpfahl erhängt, andererseits hat aber die Reaktion nachher auch Männer wie Robert Blum als Verbrecher erschließen lassen. Also es ging damals genau so zu, wie heute in China. Die Kommune ist entstanden nicht nur aus der Opposition der Arbeiter, sondern der Opposition des gesamten Pariser Kleinbürgertums. Die Pariser Bevölkerung hat damals 250 000 Mann stark ihre Stimme abgegeben für die Proklamierung der Kommune. Die große Mehrheit der Pariser Bevölkerung hatte zu kämpfen gegen die Versailles Regierung, der Bismard die gefangenen französischen Offiziere zur Verfügung stellte. Am 2. Mai wurde vor den Thoren von Paris gekämpft und eine Anzahl Führer der Kommune wurde gefangen genommen. Darunter ein besonders beliebter Oberst. Ein Versailles Offizier war ebensolow genug, diesem wehrlosen Gefangenen mit einem Säbel den Kopf zu spalten. Ein anderer Gefangener wurde auf Befehl eines französischen Obersten erschossen, der, als er in deutsche Gefangenschaft geraten war und sein Ehrenwort gegeben hatte, nicht zu fliehen, als er aber in Freiheit kam, sein Ehrenwort gebrochen hatte. In diesen Tagen wurde von der Kommune der Beschluß gefaßt, daß jeder, der des Einverständnisses mit der Versailles Regierung überführt wurde, als Geisel festgenommen und bei erfolgten Pfländen der

Verfallener erschossen werden sollte. Auch wir haben im deutsch-französischen Kriege Geiseln erschossen; das ist aber Kriegsbrand. Als nun von Tag zu Tag derartige Erschießungen von Kommune vorant, da haben sie die Geiseln nicht erschossen, nein, sie haben es bei der Drohung belassen. Eine Anzahl katholischer Priester, unter ihnen der Erzbischof, wurden als Geiseln verhaftet; die Kommune erbot sich zweimal gegen Auslieferung anderer Geiseln die Geiseln freizugeben. Die französische Regierung lehnte es jedesmal ab. Ihr war der tote Erzbischof mehr wert als der lebende. (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.) Als nun nach vollen drei Wochen die Versailles Regierung den größten Teil von Paris besetzte und die Kommune alles aufbieten mußte, um sich zu wehren, da löste sich der Kommune auf. Von jetzt ab gab es keine Regierung in Paris mehr, und die Kommune ist dann für die folgenden Ereignisse nicht mehr verantwortlich gemacht worden. Am 23. Mai ging das Hotel de ville in Flammen auf, fast ganz Paris wurde erobert, alle Frauen, Männer, Kinder wurden rücksichtslos niedergeschossen. Da endlich empört über die fürchterlichen Abchlachtungen, die die Versailles Regierung ausübte, sagte man am 24., vormittags, den Beschluß, die Geiseln zu erschließen.

Wie über jede Revolutionsbewegung, so haben auch über die Kommune die Gegner Verleumdungen ausgestreut, und diese Verleumdungen sind jetzt in Ihnen festgewachsen. Es giebt ein Werk über die Geschichte der Kommune, das zwar von einem Kommune selbst verfaßt, also nicht unparteiisch geschrieben ist, aber doch noch dem einstimigen Urteil aller Parteien als das einzige klassische Werk über die Kommune hingestellt ist, das Werk von Lissagoray, in dem alles Material zusammengetragen ist. Da wird gesagt: Als die katholischen Priester erschossen werden sollten, da forderte der Offizier auf, daß sich freiwillige melden sollten. Eine ganze Anzahl trat vor; der eine sagte: ich will meinen Vater rächen, der andre: ihr habt meine Frau erschossen. Der Offizier erklärte, bevor er das Kommando zum Erschießen gab: nicht uns dürfen sie einen Rortwurf machen, sondern den Versailles, die unsre Angehörigen erschossen haben. Diese Erschießung war nur ein einfacher Vergeltungsakt gegenüber tausend ähnlichen Akten, die in diesen Tagen begangen waren. Fürst Bismard erklärte selbst, in der Kommune steckt ein berechtigter Kern, sie kämpft um etwas Hehliches wie unsre Städteverwaltungen.

Ich kann auch heute noch circa dreißig Jahren nicht das geringste zurdnehmen von dem, was ich damals gesagt habe. Ich bin weit entfernt davon, die Kommune zu verteidigen, ich will sie nur rechtfertigen. —

Präsident Graf Ballestrem: Jetzt können wir wohl die Kommune verlassen.

Abg. Bebel: Nun zu Herrn Wassermann (Ause rechts: Ah!) Nur Geduld! Sie kommen auch noch dran. (Heiterkeit.) Er hat gesagt, die Boxer seien sehr blutdürstig. Nun, die Körnerlieder sind auch blutdürstig, und nach dem deutsch-französischen Krieg wurde das Lied gesungen, das „König Wilhelm sah ganz heiter“, in dem es heißt: „Haut sie, daß die Lippen fliegen, daß sie all die Kränke kriegen in das schlotternde Gebein.“ Das ist gerade genug gesagt. Und erinnern Sie sich, wie in Friedenszeiten der Dreischraf Pädler gegen die Juden spritzte, ein Mann, der allerdings vielmehr ins Irrenhaus als ins Gefängnis gehört. Er wurde freigesprochen, und der überwachende Polizeileutnant sagte als Zeuge, daß sich in seiner Versammlung die feinsten Gesellschaft, die besten Kreise befunden hätten. (Ause bei den Socialdemokraten: Die Harmlosen!) Ja wohl, das ist wieder ein Beweis, wo die Aohheit sitzt. Herr Wassermann hat es sich gehalten, angeblich die Chinesen verherrlichende Stellen aus dem „Vorwärts“ zu verlesen, und zwar gänglich aus dem Zusammenhang gerissen. Es ist auch nicht des Lande Brauch, wenigstens nicht der Brauch anständiger Leute, den Namen des Verfassers anzugeben, den man nur auf dem Wege des Vertrauens erfahren kann. (Lärm bei den Nationalliberalen. Abg. Wassermann: Ich bitte ums Wort. Sidner hat den Artikel ja unterzeichnet!) Weiter hat Herr Wassermann behauptet, die Chinapolitik komme den deutschen Arbeitern zu gute. Was haben Sie denn bis jetzt erreicht? Das bishen Chinahandel hat ganz aufgehört. Die Kosten betragen 100 Millionen. Es ist unsicher, daß Sie auch nur einen Pfennig wieder bekommen; und was wird nach dem Kriege aus dem Handel werden? Ein chinesischer Diplomat in Berlin hat gesagt, man wird China alle möglichen Lasten auflegen, aber zur Liebe und zum Handel mit Deutschland kann man es nicht zwingen. Das ist die Wirkung dieses Kriegs; der chinesisch-deutsche Handel beträgt nicht einmal 1 Proz. des deutschen Gesamthandels. Sie sind überall bereit, den deutschen Handel auf ehrenhafte und zivilisatorische Weise zu fördern. Haben Sie dem vergessen, daß unsre Stimmen den russischen Handelsvertrag ermöglicht haben? Sie scheinen auch nicht zu wissen, daß wir wieder die Rechte neuer Handelsverträge sein können. (Lebhafter Beifall links.) Sie sind bereit, durch eine Erhöhung der Getreidezölle und der Fleischzölle dem deutschen Arbeiter das Brot und das Leben zu verteuern. Wenn Sie den Zoll von 3/4 R. auf 5 R. erhöhen, fliehen 55 Millionen mehr in die Zollkasse. In einem einzigen Jahr wird dem deutschen Arbeiter dadurch unendlich mehr abgenommen, als sein Arbeitslohn für Exportprodukte nach China beträgt, selbst wenn der ganze Handel mit China dreimal so stark wäre, als er ist. Wird der Zoll gar auf 6 Mark erhöht, so fliehen 91 Millionen Mark jährlich mehr in die Zollkasse, und hierzu kommt die Steigerung der Inlandspreise für Getreide. Das ist Ihre Arbeiterfreundlichkeit. (Bravo! bei den Socialdemokraten.) Sie haben das Fleischbesatz-Gesetz bewilligt. Sie gewähren Liebesgaben aus Braumwein und Zucker. Sie haben die kleinen Leute, die Armen damit mehrbört ausgebeutet! (Sehr wahr! bei den Socialdemokraten. Lachen bei den Nationalliberalen.) Und dazu können Sie lachen?! Es ist bedauerlich, daß noch immer deutsche Arbeiter Ihnen die Stimmen geben. Die deutschen Arbeiter, die Sie wählen, denen mögen die Götter ihre Dummheit vergeihen! (Große Heiterkeit und lebhafter Beifall bei den Socialdem.) Die machen Sie, die Böde, zu Gärtner! (Sehr gut! bei den Socialdemokraten. Große Heiterkeit.) Die Verteidigung der Arbeiter-Interessen überlassen Sie nur uns! (Widerspruch rechts, im Centrum und bei den Nationalliberalen.) Sie sind eine fallende, wir sind eine aufsteigende Partei. (Lärm bei den Nationalliberalen.) Unsre Wählerstimmen wachsen, Ihre sinken! Wir schreiten ruhig unizren großen Zielen entgegen und werden eines Tags auch über Sie zur Tagesordnung schreiten. (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Auch Herrn v. Kardorff muß ich noch einige Worte gönnen. Er nahm für die deutschen Kapitalisten China gegenüber das Recht auf Expropriation in Anspruch. Nun, wir werden auch einmal dieses Recht für uns in Anspruch nehmen. (Heiterkeit.) Sie haben gar kein Recht auf Naturkräfte. Wenn Sie als Christen, als wirkliche Christen nach China gingen, dann würde sich China mit ihnen verständigen, aber als Barbaren, wie Sie sind, erreichen Sie nicht. Die Zukunft wird ja zeigen, wer recht hat. Herr Kardorff vermügte in meiner Rede bestimmte Vorschläge. Nun, wenn einmal das Reichskanzleramt in unsren Händen ist (Große Heiterkeit) — Sie wissen ja gar nicht, wie lange das noch dauern wird — ich auch nicht — unter Umständen kann es aber recht toll kommen —, dann überlassen Sie es uns nur, welche Richtung wir der deutschen Politik geben werden.

Herr v. Bagenheim behauptete, wenn deutsche Soldaten in China Robbenen bejagen, dann seien wir daran schuld. Ja, meine Herren, erziehen wir denn die Arme? (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.) Bedenken Sie denn nicht, daß Sie durch solche Behauptung den Kriegsmünister anklagen, er fülle sein Amt nicht aus? Wir haben der Armee

nicht die Parole gegeben: Vardon wird nicht gegeben, Gefangene werden nicht gemacht. Das Wort rührt nicht von uns her. Der Mann, der es ausgesprochen hat, trägt die Verantwortung, wir nicht! (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.) Mit einem andern Wort des Herrn v. Wangenheim war ich außerordentlich einverstanden, mit seinem Satze, daß es Artillerie giebt, die grundsätzlich den Kaiser mit falschen Berichten versehen. Wir haben schon lange den Verdacht, daß bestimmte Pöbel vorbanden sind, auf deren Berichte sich der Kaiser verlassen muß, da er ja unmöglich alles selbst prüfen kann, und die die Schuld daran tragen, wenn gewisse Reden gegen uns gehalten werden. Ich hoffe, daß die Worte des Herrn v. Wangenheim da gehört werden, wo meine Worte nicht gehört werden. (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.) Gleichwohl es nicht, untergräbt dieses System alle monarchische Autorität und giebt nur Wasser auf unsere Mühlen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Socialdemokraten.)

Reichsanzler Graf Bülow:

Ich habe nicht die Intention, den Schluß dieser Diskussion durch eine lange Rede hinauszuziehen. Wenn ich eingehend antworten wollte, dann würde ich leicht in die Gefahr der Wiederholung kommen, eine Gefahr, der auch Herr Bebel nicht entgangen ist, trotz seines Temperaments, das ich allen Vertretern einer besseren Sache wünschen möchte. (Sehr gut! und Heiterkeit.) Nur drei Punkte möchte ich heraufgreifen. Erstens hat Herr Bebel behauptet, unsere Politik sei China gegenüber grausam und hart. Diese Vorwürfe treffen mich ganz persönlich als früheren Staatssekretär. Als Beweis für das Gegenteil berufe ich mich auf einen Brief, der hier vor mir liegt. Ich habe im allgemeinen nicht die Gewohnheit, mit Briefen zu operieren. (Heiterkeit und Sehr gut! rechts.) Ich will aber einmal von dieser Gewohnheit abgehen und dasselbe Mittel wie Herr Bebel anwenden. Freilich handelt es sich nicht um einen Hummer, sondern um einen Chinesenbrief. (Heiterkeit.) In dem, was Herr Bebel heute gesagt hat, war kein einziger Satz, mit dem ich mich ganz einverstanden erklären könnte. (Heiterkeit bei den Socialdemokraten.) Und ich glaube, es wird vielen Mitgliedern des Hauses ähnlich ergangen sein. Aber in der Rede des Herrn Bebel vom vorigen Montag war wirklich ein Passus, mit dem ich mich ganz einverstanden erklären kann; es ist das, was er über den hiesigen chinesischen Gesandten gesagt hat. Das ist wirklich ein sehr netter Mann (Heiterkeit), ein unterrichteter, ein wissbegieriger Mann und zweifellos ein kompetenter Beurteiler chinesischer Verhältnisse und ihres Vorgehens gegen China. Ja, er ist noch kompetenter als der Herr Abg. Bebel, denn er ist doch ein geborener Chinese (Stürmische Heiterkeit), während Herr Bebel nur ein freiwillig-gouvernementaler Chinese ist. (Erneute Heiterkeit rechts.) Vor mehreren Tagen erhielt ich also einen Brief des chinesischen Gesandten voller Anerkennung für unsere Politik gegen China. In dem Briefe heißt es u. a.: „Während der vergangenen Jahre haben Deutschland und China immer die freundschaftlichsten Beziehungen gepflegt. China ist Deutschland zum allergrößten Dank verpflichtet, auch dafür, daß durch dessen Vermittlung nach dem japanischen Kriege die Provinz Schantung China erhalten blieb. Aus diesem Dankgefühl heraus hat China bei der Pachtung Kiautschou den deutschen Wünschen Rechnung getragen. Seit Abschluß des Pachtvertrags über Kiautschou sind alle Meinungsverschiedenheiten zwischen der deutschen und der chinesischen Regierung geschwunden. (Lachen b. d. Soc.) Nun kommt der Gesandte auf meine Circularnote, die bei Herrn Bebel eine wenig freundliche Beurteilung gefunden hat. Er schreibt: „Es wurde von Ew. Excellenz die Erklärung abgegeben, daß die Befreiung der Gefangenen und die Unterdrückung des Aufstands die Hauptaufgabe der Expedition sei und daß die Aufteilung Chinas nicht in der Absicht der Regierung liegt. Ueberall ist in China ein hohes Dankgefühl der Beamten und der Bevölkerung gegenüber dieser Stellungnahme vorhanden. (Lachen bei den Socialdemokraten.) Also, meine Herren, unsere Politik gegenüber China ist keineswegs unfreundlich und grausam gewesen. Das beweist dieser Brief des chinesischen Gesandten. Er ist, um die Worte Bebel's zu gebrauchen, das allerhöchste Lobwort für ihn. (Sehr richtig! rechts.) Herr Bebel hat sich nun mit meinen Behauptungen über die Kaiser'schen Reden beschäftigt. Er ist dabei von irrthümlichen Voraussetzungen ausgegangen. Ich habe nur von zwei Kaiserreden gesprochen. Einmal von der Rede in Bremerhaven und dann von der zweiten Rede im Militärkasino in Wilhelmshaven. Es ist ein Irrthum des Abg. Bebel, daß der Kaiser, als er die Bremerhavener Rede hielt, bereits wußte, daß die Gefangenen befreit seien. Wir wußten das damals noch nicht und auch im Ausland war man allgemein der Ansicht, die Gefangenen wären ermordet und in London hätte man

schon Trauergottesdienste für den englischen Gesandten abgehalten. Aber vielleicht hatte Herr Bebel bessere Nachrichten, vielleicht hatte er seine eignen Verbindungen mit China. (Große Heiterkeit.) Die zweite Rede in Wilhelmshaven hat Kaiser Wilhelm gehalten, nachdem ihm kurz vorher der Tod seines Gesandten, des Herrn v. Ketteler, mitgeteilt worden war. Wir hatten zehn Minuten vor Beginn der Rede die Nachricht von dem Tod erhalten, und ich meine, es ist nur natürlich, daß dem Kaiser bei der Nachricht von dieser Unthat das Blut etwas röthlicher durch die Adern gerollt ist. Außer Herrn Bebel wird darüber jeder im deutschen Volk mit mir einig sein. Mit tiefem Bedauern habe ich die Vorwürfe des Abg. Bebel mit angehört, die er gegen unsere Soldaten und unsere Armee gerichtet hat. Von den angeblichen Unthaten, die er vorgebracht hat, ist noch kein einziger Fall bewiesen. Bis jetzt ist noch nicht festgestellt, daß sich auch nur ein Soldat des guten Rufes, den die deutsche Armee und das deutsche Volk genießt, unwürdig gezeigt hat. Sollte ein solcher Fall erwiesen werden, so wird die strengste Ahndung und die strengste Bestrafung nicht ausbleiben. Jeder wird mir zugeben und auch Herr Bebel wird mir das unter vier Augen zugeben (Widerspruch des Abg. Bebel); Herr Bebel, Sie wissen ja noch gar nicht, was ich sagen will! (Große Heiterkeit.) Ich meine, auch Sie werden mir unter vier Augen zugeben, daß bei jeder größeren Ansammlung von Menschen auch räudige Schafe darunter sein werden, und daß infolgedessen Grausamkeiten verübt werden, aber daraus allgemeine Schlüsse zu ziehen, ist der Gipfelpunkt der Ungerechtigkeit, das Gegenteil von Senses. Die Manneszucht und Disziplin der deutschen Armee, das sage ich nicht nur hier vor der Nation sondern auch, damit es das Ausland hört, wird von keiner andern Armee der Welt übertroffen. Die deutschen Soldaten werden immer Humanität und Kriegsgläubigkeit mit einander zu verbinden wissen. (Lebhaftes Bravo! rechts, Jischen links.)

Kriegsminister v. Goltz:

So lange Herr Bebel bei seinen jehigen Behauptungen beharrt, werde ich ihm immer mit besonderer Freude entgegenzutreten. Er hat heute gesagt, daß sein Volkstheor mit den Vögern in China keinen Vergleich aushalten könne. Er vergißt da seine eigene Profschäre. Nach seiner Schrift würden ja in Deutschland 8 1/2 Millionen Milizen vorhanden sein. Daß eine wirkliche Ausbildung solch großer Massen nicht möglich ist, ist klar. Deshalb halte ich die Vöger noch immer für gefährlicher als ein Milizheer nach dem Wunsch des Herrn Bebel, das nur eine Vereinfachung von Kanonensutter für den Feind sein würde. Herr Bebel hat heute wieder jogenannte Hunnenbriefe verlesen. Ich hatte geglaubt, er würde mir Beweise für die Richtigkeit der Angaben bringen, aber er schießt sich heute wieder nur auf Zeitungsnachrichten und verlangt von mir, daß ich auf Grund dieser Zeitungsmeldungen eine Untersuchung einleiten soll. Er glaubt an diese Kullagen in den Zeitungen, ich nicht. Specieel der letzte Brief, der in Taku am 5. Oktober geschrieben sein soll, ist mir in seinem Werte höchst zweifelhaft. Die Kämpfe um Taku und Tientsin haben im Juni stattgefunden, bei Taku kam also der Briefschreiber nicht mitgelämpft haben, es ist aus dem Brief gar nicht zu ersehen, wo die Kugel passiert ist. Die Vöger sind Aufrührer, sie werden von der chinesischen Regierung nicht als reguläre Truppen anerkannt und von uns demgemäß behandelt. Die ruhige Bevölkerung wird geschont, den Aufrührer trifft der Tod. Danach wird verfahren, das ist gesetzlich. Unsere Armee hat sich in China durchaus bewährt, sie ist ja auch nicht nur für den Frieden, sondern auch für den Ernstfall des Kriegs da. Ich bleibe bei meiner Behauptung, die Soldaten werden aus China mit größerem Ernst und größerer Reife zurückkommen, als sie hingelommen sind. Wie Herr Bebel Armee und Christentum in Gegensatz bringen kann, verheißt ich nicht. So lange das Christentum auf der Welt erschienen ist, hat es Armeen gegeben. (Stürmische Lachen links.) Es ist nur gut, daß die Soldaten von heiligen Moralgrundsätzen erfüllt sind. Herr Bebel scheint zu glauben, daß der Kaiser nicht auch als oberster Kriegsherr sprechen dürfte. Das ist eine ganz falsche Voraussetzung des Herrn Bebel. So bleibt das einzige, was ich von der Rede des Herrn Bebel miterschreiben kann, der Satz: Unser Kaiser ist ein ganzer Mann. (Lebhaftes Bravo! rechts, Lachen links.)

Abg. Bachem (C.):

Ich habe mich gestern sofort gegen die Anschauungen des Grafen Lerchensfeld gewandt, die dieser über die Indemnität geäußert hat. Ich wollte Herrn Bebel aus dem „Vorwärts“ widerlegen, aber gerade diese Stelle hat der „Vorwärts“ in seinem Bericht völlig weggelassen. Ich will deshalb heute meinen Protest gegen

die Ansicht des Grafen Lerchensfeld wiederholen, vielleicht teilt es heute der „Vorwärts“ seinen Lesern mit. Herr Bebel kann mit seiner atheistischen Weltanschauung der Thätigkeit der Missionare nicht gerecht werden. Die Missionare gehen für ihre Liebeszeugung in den Tod. Unsere Kultur ist der chinesischen überlegen. Unsere Kultur ist eine christliche Kultur. Darauf kommt es an, nicht darauf, ob unser Staat ein christlicher oder nicht. Unsere christliche Kultur ist über die barbarische der Chinesen weit erhoben. Herr Bebel steht aber nur den Splitter bei uns, den Balken bei den Chinesen sieht er nicht. (Sehr richtig! im Centrum.) Die christliche Kultur ist eine sieghafte Kultur, sie wird auch die Socialdemokratie überwinden und überdauern. (Beifall im Centrum.)

Abg. Bebel (Soc.):

Herr Bachem muß das, was ich über die Missionen gesagt habe, total mißverstanden haben. Ich habe niemals den Missionen das Recht abgesprochen, ihre Thätigkeit in China auszuüben. Was ich verlange, ist nur eine strenge Trennung der Politik und Missionen voneinander. Ich, der ich selbst weiß, was in unserer Partei Tausende von Leuten für ihre Liebeszeugung gelitten und erduldet haben, habe gewiß auch ein Gefühl dafür, daß Missionare aus religiöser Ueberzeugung zu großen Opfern und Leiden bereit sind. Ich hoffe, Herr Bachem wird mich nun bald begriffen haben! (Heiterkeit links.)

Nun hat der Herr Reichsanzler wieder gesagt, ich hätte unsere Armee vor dem Auslande diskreditieren wollen. Das ist dieselbe Verdächtigung, anders kann ich es nicht bezeichnen, die der Kriegsminister mir immer entgegenhält, wenn ich mir erlaube, aus den einzelnen Mängeln in der Heeresverwaltung gewisse Institutionen anzugreifen. Dann heißt es immer, ich lege die Armee herunter, ich liefere dem Auslande gegen das Vaterland Waffen. Allen diesen Behauptungen kann ich deshalb gar keine Bedeutung mehr zugestehen. Ich habe in keiner Weise die Armee angegriffen, ganz abgesehen davon, daß in China nur ein ganz kleiner Teil der Armee beteiligt ist. Der Herr Kriegsminister will auch heute nicht auf die Hunnenbriefe eingehen. Ich halte es für eine schwere Pflichtverletzung, daß er seine Macht als Kriegsminister bei den Civilbehörden nicht benützt hatte, um die Wahrheit des in den Hunnenbriefen Berichteten untersuchen zu lassen. Der letzte Brief ist in der „Frankfurter Tagespost“ veröffentlicht worden. Gegen den Briefschreiber kann man erst vorgehen, wenn man ihn kennt. Durch eine Untersuchung gegen den Redacteur der betreffenden Zeitung ist aber die Persönlichkeit dieses Briefschreibers festzustellen. Zu jeder andern Zeit, behaupte ich, würde wegen solcher Dinge Klage erhoben werden. Diesmal geschieht es nicht. Ich habe keineswegs gesagt, der Brief sei in Taku geschrieben worden, er ist dort nur abgeschickt. Wo die Grenzthaten passiert sind, läßt sich erst nach Ermittlung des Briefschreibers fragen. Der Kriegsminister hat auch auf meine Frage noch nicht geantwortet, ob die Parole: Vardon wird nicht gegeben, Gefangene werden nicht gemacht, als directer Kriegsgebote anzufassen ist. Da er uns diese Antwort nicht erteilt hat, ziehen wir unsere Schlüsse daraus. Wir nehmen an, daß es sich hier wirklich um einen Befehl handelt, da bis jetzt auch noch nicht einmal der Nachweis gebracht ist, daß thatsächlich irgendwo Gefangene gemacht worden sind.

Die Diskussion schließt hiermit.

Abg. v. Levetzow (persönlich): Herr Bebel fragt mich, ob ich das „Deutsche Wochenblatt“ lese. Ich habe erfahren, daß es früher bestanden hat, und heute als „Alldeutsche Zeitung“ fortgeführt wird. Ich habe es heute zum erstenmal zu Gesicht bekommen. Mit der konservativen Partei hat das Blatt früher und jetzt nie etwas zu thun gehabt.

Abg. Wassermann (natl.) persönlich: Herr Bebel hat hier gesagt, ich hätte Sätze aus dem Zusammenhang des „Vorwärts“ entlehnt und mache hinter dem Rücken den Namen des betreffenden Redactors ausfindig zu machen. Das ist gänzlich unrichtig. Ich habe überhaupt den „Vorwärts“ mit keinem Satz citirt. Ich habe Sätze aus einem Artikel, der in der Revue „Socialistische Monatshefte“ erschienen ist, vorgelesen, und dieser Artikel war nicht anonym erschienen, sondern trug deutlich als Verfasser den Namen des „Vorwärts“-Redactors Kurt Götzner. Ich muß mich also dafür bedanken, daß mir Herr Bebel Belehrungen über politischen Anstand zu teil werden läßt.

Auf Antrag des Abg. Bieder wird der Etat der Budget-Kommission überwiesen.

Die Sitzung wird hier abgebrochen. Nächste Sitzung Sonnabend 1 Uhr. Interpellation wegen der 12 000 M.-Affaire.

Schluß der Sitzung 5 Uhr.

## Deutsch. Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt VII, 353.

Dienstag, den 27. November, abends 8 1/2 Uhr;

### Konferenz

der Vertrauensleute der chirurgischen Branche im Lokal des Herrn Hammel, Sophienstraße Nr. 5.

Dienstag, den 27. November er., abends 8 1/2 Uhr, im Lokale von Haxler, Steinmetzstraße 113:

### Versammlung für Rixdorf.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Herrn Dr. R. Steiner über: Die Menschheit vor der Entscheidung des Glens. 2. Diskussion. 3. Neuwahlen zur Bezirksleitung. 4. Verbandangelegenheiten. Die Kollegen werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen.

254/7 Die Kreisverwaltung.

### Orts-Krankenkasse der Maler.

Mittwoch, den 28. November 1900, abends 8 Uhr, in den Armin-Hallen, Kommandantenstr. 20

### General-Versammlung der Delegierten.

Tages-Ordnung: 1. Neuwahl von 6 Vorstands-Mitgliedern (4 Arbeiter, 2 Arbeitgeber) 1901/1902. 2. Wahl von 2 Vorstands-Mitgliedern (Arbeitnehmer) für 1901. 3. Ertragwahl von Krantken-Beihilfen. 4. Verschiedenes. 1181b Der Vorstand.

### Achtung!

Freunden und Genossen empfehle mein Weis- u. Bairisch-Bier-Lokal mit Vereinszimmer. Karl Risch, Soppenstr. 13.

Ein Posten Aider-Anzüge, Stoffen oder Orden für Weis nachgeschickte billig zu verkaufen. Wolf Mathews, 1492/7 Balliaden-Str. 7. Zur roten Sieben.

### Achtung! Achtung!

Buchbinder u. verwandte Berufsgenossen. Montag, den 26. November, abends 8 1/2 Uhr:

### Große öffentl. Versammlung

aller in Buchbindereien, Kontobuch-, Ledergalanteriewaren-, Lugschpapier-, Etuis- und Kartonsfabriken beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

im Gewerkschaftshaus (großer Saal), Engel-Ufer 15.

Tages-Ordnung: 1. Abrechnung vom Streit. 2. Wahl eines Tarif-Schiedsgerichts. 3. Abrechnung vom Widerstandsfonds. 4. Verschiedenes. Das Erscheinen aller Berufsgenossen ist dringend notwendig. Der Accordant ist gelangt von heute ab im Bureau zur Ausgabe. Die Lohnkommission.

### Achtung! Rixdorf. Achtung!

Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter. Am Sonntag, den 25. November 1900, vormittags 10 Uhr, bei Herrn Laukner, Bergstraße 51-52:

### Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Retzer über: „Menschenrechte.“ 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. Die Kollegen werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen. 142/20 Der Vorstand.

### Unternehmungslustigem Gastwirt

ist mit dem Erwerb eines Grundstücks, verbunden mit Restaurant und Saal, der sich zu Versammlungen eignet und zu diesem Zwecke von der Arbeiterschaft einer industriereichen mittleren Stadt Sachsens unterstützt würde.

### Gelegenheit zur sicheren Existenz

geboten. Kaufpreis 68 000 M., Anzahlung 10-12 000 M. Offerten unter M. 1 an die Expedition dieser Zeitung. Agenten bleiben ohne Berücksichtigung.

Ein Probst! ein Probst! zum heiligen Fest unsern

Freund! Mazanke. Immunitas. 1798

### Todes-Anzeige.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß meine liebe Frau, Samweler und Schwägerin Reinhold Gärtner, im 34. Lebensjahr, die Beerdigung findet Sonntag, den 25. November, nachmittags 1 Uhr, von der Beerdigungshalle des Neuen Friedhofs in Rixdorf, Hermannstraße, aus geht. 1187b

### 10 Neu-Gründung 10 Gross-Destillation

Spezialität: Französischer Cognac, Biermitt Glas 5 Pf. „Vorwärts“, „Soll's-Zeitung“ liegen aus. Um recht zahlreichen Besuch bitten. 148/17 G. Dürr, Blicherstr. 6.

### Verband der Möbelpolierer.

Montag, den 26. November, abends 8 1/2 Uhr, im großen Saal Admiralsstraße 18c:

### Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen V. Grempe über die Lebensverhältnisse beim Bau der Jungfrauobahn. 2. Diskussion. 3. Aufstellung von Delegierten zu der Annahme-Krankenkasse. 4. Verschiedenes. Heute abend in sämtlichen Entgegennahme von Beiträgen und Ausgabe von Angehörigen und Urania-Billetts a 60 Pf. zu der Sondersvorstellung am 27. Dezember, nachmittags 4 Uhr. 148/5

### Centralverband der Glaser und verwand. Berufsgen.

Deutschlands, Zahlstelle Berlin. Sonntag, den 25. November, vormittags Punkt 10 Uhr:

### Mitglieder-Versammlung

in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20. Tages-Ordnung: 1. Geschäftsbericht und Abrechnung über unsere Lohnbewegung. 2. Bericht der Kassierer der Zahlstelle. 3. Verschiedenes. Bei der so überaus wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht der Kollegen, zahlreich zu erscheinen. Der Vorstand.



Prozeß Sternberg.

Die Sitzung wird erst um 11 Uhr eröffnet. Die Frage des Vorsitzenden, ob nicht auf eine Anzahl unwesentlicher Zeugen verzichtet werden kann, wird vom Staatsanwalt Braut verneint.

Der Vorsitzende teilt mit, daß eine Anzahl eingegangener Briefe Teile der Akten geworden sind in der Untersuchungssache gegen den Kriminalkommissarius Thiel, der in der Nacht verhaftet worden sei.

Ferner teilt der Vorsitzende die Beschlüsse des Gerichtshofs auf einige noch offenstehende Anträge der Verteidigung mit, die sich auf das Protokoll beziehen.

Staatsanwalt Braut erklärt: Er halte es für seine Pflicht mitzuteilen, daß die Verdachtsgründe gegen den Kriminalkommissarius Thiel wegen Verbrechen gegen die §§ 346 und 332 St.-G.-B. sich inzwischen derartig verdichtet haben, daß er in dieser Nacht verhaftet und die Voruntersuchung wegen Verbrechen gegen ihn eröffnet worden ist.

Die betreffenden Paragraphen sehen Gefängnis- und Zuchthausstrafe für einen Beamten fest, der sich bestreitet läßt oder Handlungen unternimmt, jemanden der gesetzlichen Strafe rechtswidrig zu entziehen.

Die Sachverständigen Dr. Störmer und Dr. Moll richten an Frau Guth und Frau Blümke eine große Anzahl von Fragen, die sich auf den Gesundheitszustand der Wohlfachen Familie, insbesondere der verstorbenen Mutter der Frieda Wohda beziehen.

Da der Staatsanwalt eine andre notwendige dienstliche Angelegenheit zu erledigen hat, wird eine längere Pause gemacht.

Margarete Wohda,

die noch nicht 16jährige Schwester der Frieda, äußerte sich über den Besuch, den die Angeklagte Scheding ihr eines Tags gemacht hat, um sich nach der Frieda zu erkundigen. Frieda habe ihr auf wiederholtes Befragen immer gesagt, daß es ihr bei der Majestätsbeleidigung recht gut gefallen. Was bei der Fiktion vorging, habe Frieda nie erzählt. Die Angeklagte Scheding habe ihr angedeutet, daß sie dafür sorgen möge, daß Frieda die Wahrheit sage.

Die Angeklagte Scheding hat von einem kleinen Mädchen, Helene Kufe, über das sittliche Verhalten der Frieda Wohda ganz oberflächliche Mitteilungen erhalten, die ganz ohne Belang sind. Der Staatsanwalt hält dies für auffallend, daß die Zeugin angeblich nur aus Interesse für die „nun berühmte“ Frieda Wohda einmal aus Interesse gekommen sei und die kleine Kufe dazu mitgenommen habe, um ihr die Frieda zu zeigen.

Während dieser Zeugenansage erscheint — wie vorher schon einmal — Oberstaatsanwalt Jsenbiel im Saale und spricht eingehend mit dem Staatsanwalt Braut. Dieser erbittet sich darauf eine kurze Pause zur Erledigung einer dringlichen Angelegenheit.

Rechtsanwalts Dr. Möring

kann die Auffassung Raum gewinnen, als habe Herr Dr. Möring gesagt: nach dem auf Dienstentlassung lautenden Disziplinarurteil habe ihm der Justizminister seine Wiederanstellung im Richteramt angeboten. Gesprochen kann vom „Staatsdienst“ sein. Um Zweifel in dieser Beziehung vorzubeugen, sei er zu der Erklärung ermächtigt: Nachdem durch Urteil des großen Disziplinarkonfession auf Dienstentlassung erkannt worden war, hat Dr. Möring am 31. August 1897 eine Immediatengabe an Se. Majestät gerichtet und um Aufhebung des Disziplinarurteils gebeten. Dies Gesuch ist am 25. Februar 1898 abgelehnt und am 11. März 1898 ist dem Rechtsanwalts Dr. Möring im Justizministerium durch den Decernenten mündlich eröffnet worden, daß der Justizminister geneigt wäre, ihn im Subalternendienst wieder zu beschäftigen. Herr Dr. Möring hat sich auf diesen Vorschlag Bedenkzeit ertreten und ist nicht weiter darauf zurückgekommen.

Rum wird Frau Schönfeld noch einmal vorgerufen und befragt, wie sie dazu gekommen ist, in einem dem Gerichtsgebäude benachbarten Lokal die Erzählungen der Kufe durch den Direktor Schulze aufschreiben zu lassen. Es stellt sich heraus, daß bei dieser Gelegenheit auch der Detektivbureau-Inhaber Voigt zugegen war. Die Zeugin ist, wie sie auf Befragen zugibt, in dem Bureau Voigt tätig, sie will aber in der Sternbergischen Sache selbst keine Recherchen angestellt haben.

Helene Kufe bekundet, daß ihr andre Mädchen angeblich keine Unaufrichtigkeit von der Frieda Wohda erzählt haben, die noch in letzter Zeit passiert sein sollen.

Rechtsanwalt Dr. Borthauer beantragt die Vorladung der drei betreffenden Mädchen als Zeuginnen. — Staatsanwalt Braut widerspricht diesem Antrage. Schließlich läßt man noch die ganze Schule vor. Man habe doch schon das erschütterndste Beispiel hier gehabt, was aus solcher Latwinge herauskommt, wenn das eine Mädchen von einem andern und dieses wieder von einem dritten etwas gehört hat. — Rechtsanwalts Dr. Borthauer: Es handelt sich hier doch um Feststellungen, die in medias res führen. Diese Feststellungen seien doch wichtiger, als die Frage, ob Herr Schulze oder ein Referendar Obft dies und jenes gemacht habe. Wenn irgend etwas weggelassen werden könnte, dann wäre es vielleicht auf diesem Gebiete. — Staatsanwalt Braut: Wenn wirklich Frieda Wohda nach dem ersten Sternberg-Prozeß unaufrichtige Redensarten gemacht haben sollte, so wäre das ja kein Wunder. Ein Mädchen, welches solche Verhandlung mit anhört,

muß ja verdorben werden.

— Rechtsanwalts Dr. Borthauer: Dann muß festgestellt werden, ob die Aufzeichnungen nach oder vor dem Sternberg-Prozeß gefallen sind. — Der Gerichtshof behält sich den Beschluß über den Antrag vor. — Frieda Wohda bestreitet entschieden, die behaupteten unaufrichtigen Redensarten gemacht zu haben.

Die nächste Zeugin, die 16jährige Flöter, ist von der Callis mit zur Fiktion genommen worden, um sich zum Modellstehen zu melden. Sie haben dort einen Herrn

angetroffen, der ihnen 2 M. zur Fahrt gegeben und bemerkt habe: er habe keine Zeit. Dieser Herr sei, wie die Zeugin bestimmt behauptet, Herr Sternberg gewesen. Sie sei mit dem Mädchen Sauermann noch ein zweites Mal bei der Fiktion gewesen, habe den Herrn aber nicht angetroffen. — Der Angeklagte Sternberg macht darauf aufmerksam, daß die Zeugin mit der Fiktion bekannt sei, mit ihr in einem Stiff zusammengekommen und sich naturgemäß viel mit ihr über diese Dinge unterhalten. Daß die Fiktion dabei auch seinen Namen nenne, sei doch ebensowenig wunderbar, denn diese habe ihm ja in der ersten Verhandlung 14 Tage lang gegenüber geessen. Der Angeklagte behauptet ferner, daß die Aussage der Zeugin doch ganz unlogisch sei. Sie behauptet, daß der betreffende Mann, auf den sie etwa zwei Stunden gewartet haben will, extra zu der Fiktion hingekommen sei, und es sei doch ganz unlogisch, daß derselbe Mann sich einige Zeit dort aufgehalten, um dann den Mädchen zu sagen, er habe keine Zeit. Jedenfalls sei er der angebliche Mann nicht. — Die Zeugin wird vereidigt. Sie erklärt, daß sie bei ihrem Besuch bei der Fiktion schon über 14 Jahre alt war.

Als Belastungszeugin wird die 16jährige Elise Ludwig vernommen. Sie erklärt, daß sie von keiner Seite beeinflusst, ihr auch von keiner Seite Geld gegeben oder geboten worden sei. Sie soll in der Photographie Sternbergs diesen als einen Mann wiedererkannt haben, mit dem sie mehrfach verkehrte. Sie bekundet bestimmt, daß sie mit Herrn Sternberg nie etwas zu thun gehabt und nie mit ihm unsittlich verkehrt habe. Sie bleibt dabei trotz erster Vorhaltungen, auch nachdem Herr Stierhütter ihr vorgehalten, daß sie in der Photographie ja den Mann wieder erkannt habe, der bei den Mädchen den Namen „Kuttenjäger“ trage. Die Zeugin behauptet, nur gesagt zu haben, das Bild könnte vielleicht den „Kuttenjäger“ darstellen, der gleichfalls einen Spitzbart und ein Pincenez trage und in der Postage herumzufantazieren pflege.

Die Zeugin wird vereidigt und die Sitzung bis auf Sonnabend, 1/2 Uhr, vertagt. Die Verhandlung wird von morgen an wieder im großen Schwurgerichtssaal stattfinden.

Das Gerücht, daß v. Meerseid-Hällessem verhaftet sein soll, ist nach der Versicherung des Staatsanwalts falsch.

Der Prozeß gegen die Harmlosen

4. Tag.

Der Präsident, Landgerichtsdirektor Oppermann, eröffnet die Sitzung um 9 1/2 Uhr. Die Verweissung wird fortgesetzt. Zeuge Giesing, Kaufmann und Fabrikbesitzer, kennt den Angeklagten Wolff von der Zeit her, als dieser als Bankhalter von einem Ort zum andern reiste. Der Zeuge hat ihn dann erst nach 15 Jahren wiedergesehen und da er ihn in der besten Gesellschaft verkehren sah, hat er keinen Anstand genommen, ebenfalls in oberflächlichen Verkehr mit ihm zu treten.

In den Jahren 1895 bis 1897 habe der Zeuge flüchtig gelebt, als seine Verhältnisse gesättigter; er habe sich an Wolff gewandt, der ihm auch bereitwillig ein Darlehen von 10 000 M. gegeben habe. Wolff habe nur 4 Proz. Zinsen verlangt, der Zeuge aber darauf bestanden, daß er 8 Proz. bezahlen wolle. Das Kapital ist längst zurückbezahlt worden. Der Zeuge hat zweimal bei Wolff, dann auch in den andern Lokalen gespielt; Wolff habe ihm aus alter Freundschaft geraten, vom Spiele zu lassen und die ganze Gesellschaft lieber ganz zu meiden. Tafelbeder Schneider, der folgende Zeuge, ist im Jahre 1897 Oberkellner im Hotel Victoria gewesen und wurde ihm die Bedienung des Spielertisches in den oberen Räumen übertragen. Er erhielt von der Gesellschaft dafür ein festes Gehalt von 10 M. für den Abend. Der Klub mochte abwechselnd von etwa 200 Herren besucht worden sein. Am Sonnabend sei der Haupt-Spielabend gewesen, dann wurde die sogenannte „große Bank“ aufgelegt, wobei 15—20 000 M. umgelegt wurden. Der Zeuge habe den Herren, die ihre ganze Barschaft verloren hatten, mehrfach mit einigen hundert Mark

ausgeholfen müssen.

Generaldirektor Otto vom Central-Hotel hat mit den Angeklagten v. Kähler und v. Kröcher betreffs Vermietung der Klubräume (ein Saal und zwei Nebenräume) verhandelt. Die Monatsmiete betrug anfänglich 1000 M. Die Fische, die von den Herren gemacht wurde, habe sich auf etwa 100 M. pro Abend belaufen. Schon nach kurzer Zeit habe die Hotelverwaltung Bedenken gehabt, den Klub weiter zu dulden, da das Gerücht aufgetaucht war, daß dort hoch gespielt werde und daß dort Herren hinkämen, die nicht dorthin gehörten. Auf Ansuchen der Hotelverwaltung habe die Klubdirektion sich sofort bereit erklärt, den Vertrag zu lösen.

Es wird dann zum Münberger Fall übergegangen. Die Zeugen bekunden, daß sie sämtlich Stammgäste im Grand-Hotel in Nürnberg waren. Dort habe Wolff Ende 1898 in einem Zimmer die Bank gehalten.

Die Verweissung wendet sich dann wieder den Angeklagten v. Kähler und v. Schachtmeister zu. Zeuge Student v. Stosch, der mehrfach die Spielabende im Savoy-Hotel besucht hat, kann nicht behaupten, daß v. Kähler in dem Hause stand, ein „unangenehmer“ Spieler zu sein.

Es folgt der Zeuge

Graf Rönigsmard.

Er ist bei Hecht und im Victoria-Hotel gewesen, dann auch Mitglied des Klubs im Central-Hotel geworden. Um sich unliebsamer Elemente, die sich bei Hecht eingeflüstert hatten, zu entledigen, sei man zu dem Beschluß gekommen, einen organisierten Klub zu gründen. In der Villa des Zeugen in Lichterfelde habe eine Vorbesprechung stattgefunden. Der Zeuge hat nach dem Zustandekommen des Klubs an einem der ersten Spielabende denselben besucht und dabei gegen 3000 M. verloren. Er habe das bare Geld nicht gehabt und Herrn v. Kröcher seine Not geklagt, der ihn an Herrn Wolff verwiesen habe. Er habe sich dann auch an Wolff gewendet, aus dem Geschäft sei aber nichts geworden. Der Zeuge ist bald wieder aus dem Klub ausgeschieden, wie er behauptet aus eigenem Antriebe und nicht wie v. Kähler ergebe, weil sein Anstreben genährt wurde. Bald darauf habe er, ärgerlich über den Verlust, an von Kröcher einen Brief geschrieben, worin er ihm den Vorwurf machte, daß er ein gewerbsmäßiger Spieler sei, er habe hierdurch aber nur einen Scherz machen wollen. Darauf habe er sowohl von Herrn v. Kröcher wie von Herrn v. Kähler grobe Briefe erhalten. Er habe sich zweifelslos Ausdrücke zu letzterem gegeben, ihn aber nicht zu Hande getroffen. Da er dann eine Weile nach Italien habe antreten müssen, habe er die Sache auf sich beruhen lassen. Der Präsident macht den Zeugen darauf aufmerksam, daß er sich jedenfalls einen höchst „eigenwilligen“ Scherz geleistet habe.

Es folgen eine ganze Reihe von Zeugen, welche Spiel und Bankhalten der Angeklagten kennzeichnen, sowie über das Verhältnis Auskunft geben sollen, welches zwischen den Angeklagten bestand. Es wird bekundet, daß die Angeklagten häufig gemeinschaftlich die Bank hielten und zumeist vom Glück begünstigt wurden. Wolff sei durch v. Kröcher in den Spielertisch eingeführt worden. Ueber die Lebensweise des Angeklagten v. Kähler in Frankfurt a. O. wird von einem Zeugen bekundet, daß derselbe als ein tüchtiger Beamter galt, der seine Dienstobligationen pünktlich erfüllte. Es tritt noch ein Zeuge auf, der bekundet, daß v. Kähler eine Spielerschuldforderung in Höhe von 1000 M. an ihn hatte und daß derselbe ihm schon nach einigen Tagen einen Brief geschrieben habe mit der Drohung, daß er sich im Falle nicht pünktlicher Zahlung an den Kommandeur des Schuldners wenden wolle.

Darauf wird die Verhandlung bis Sonnabendvormittag 9 1/2 Uhr vertagt.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Erster Berliner Reichstags-Wahlkreis. Sonntag, den 25. November, abends 6 Uhr, findet in Coblenz Festsaal, Beuthstraße 20, eine Versammlung statt, in welcher der Genosse Dr. Deutler über die politische Lage spricht. Nachdem gemüthliches Beisammensein. Um recht zahlreichen Besuch wird gebeten. Die Vertrauensleute.

Socialdemokratischer Wahlverein für den dritten Berliner Reichstags-Wahlkreis. Sonntagabend 6 Uhr bei Möhring, Admiralstr. 18c, Märkischer Hof: Gemüthliches Beisammensein. Um recht zahlreiche Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Treptow-Baumhulsenweg. Mittwoch findet bei Kermann, Baumhulsenstr. 78, eine Volksversammlung statt, in welcher der Reichstags-Abgeordnete Emil Rosenow über „Wohnungsnot, Kohlenwucher und Lebensmittelpreise“ sprechen wird. Ferner werden die Genossen dringend ersucht, sich am Sonntagmorgen 8 1/2 Uhr im Lokal des Herrn Staffeltz zur Flugblatt-Verbreitung zahlreich einzufinden.

Ober-Schöneeweide. Heute abend 8 1/2 Uhr findet bei John die Mitgliederversammlung des Arbeiter-Bildungsvereins statt.

Lokales.

Soweit ist es gekommen! Oberbürgermeister Kirchner und die Magistratsmehrheit empfangen jetzt für ihre reaktionäre Stellung zur Wohnungsfrage vom — Schweinburg ein Belobigungsattest:

Bei Betrachtung der Verhandlungen der Berliner Stadtverordneten-Versammlung über die Wohnungsfrage wird man der Auffassung des Oberbürgermeisters Kirchner durchaus beistimmen müssen. Es kam in der That die Aufgabe der Gemeinde auf diesem Gebiete nur sein, helfend und fördernd zur Lösung dieser Frage und zur Beseitigung von Mißständen in den Wohnungsverhältnissen beizutragen. Sie kann sich aber nicht die Aufgabe stellen, für zweckmäßige und billige Wohnungen für die ganzen breiten Massen der Bevölkerung selbst zu sorgen.

Wie man sieht, wird das Lob verlausuliert erteilt. Schweinburg macht sich den Scherz, es so hinzustellen, als ob der socialdemokratische Antrag dahinging, unprüflich für etwa anderthalb Millionen Reichsmark Magistratewohnungen zu errichten, wogegen dem Oberbürgermeister insinuiert wird, daß er, der wie ein Hausbesitzer sprach, im Namen der Magistratsmehrheit das wollte, was der socialdemokratische Antrag eben bezweckte, nämlich helfend und fördernd zur Lösung der Wohnungsfrage, soweit dies unter der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung möglich, und zur Beseitigung von Mißständen im Wohnungswesen beizutragen.

So weit ist es also mit der manchesterlichen Verböhrtheit im roten Hause schon gekommen, daß ein Schweinburg als Aufstapende auftreten und dem Oberbürgermeister Gedanken zuschreiben muß, die seinem manchesterlichen Gemüth Himmelweit fern lagen.

Bemerk sei noch, daß Schweinburgs „Berl. Pol. Nachr.“ sich über das Schicksal, das der Bauplatzsteuer in Berlin beschieden war, auslassen: „Angeichts der Dringlichkeit der Erschließung der im Berliner Stadtbezirk noch vorhandenen Baulandreserven für die Wohnungsbau wird es sich aber sicher empfehlen, in eine erneute Prüfung der Frage der Einführung einer wirksamen Bauplatzsteuer einzutreten. Sollte sich dabei ergeben, daß jene einschränkende Auslegung des Ober-Verwaltungsgerichts in der That ein unüberwindliches Hindernis für die Einführung einer Bauplatzsteuer bildet, so wird zu erwägen sein, ob nicht durch eine Fassungsänderung der betreffenden Gesetzesstelle dafür gesorgt werden kann, daß der von dem Gesetzgeber gewollte Zweck Ausbarmachung des Geländes zur Herstellung kleinerer Wohnungen. D. N.) auch in Berlin erreicht wird.“

Zu der Sternberg-Affaire erregt die in der Nacht zu gestern erfolgte Verhaftung des Kriminalkommissars Thiel erklärliches Aufsehen. Es ist aus den ersten Tagen der Verhandlung ersichtlich, wie der Kriminalkommissar Stierhütter unter seinem Einde bekundet, daß sein Vorgehens, Kommissar Thiel, wiederholt versucht habe, zu Gunsten Sternbergs auf ihn einzuwirken. Thiel, der sich zur Aufklärung eines großen Postdiebstahls in der Provinz befand, wurde sofort nach Berlin berufen, um vor Gericht auf die Anschuldigung seines Untergebenen zu antworten. Die Aussagen auf beiden Seiten sind in ihren Einzelheiten wohl noch in der Erinnerung der Leser. Die beiden Beamten wurden ebenso wie Polizeidirektor v. Meerseid-Hällessem einstweilen vom Dienst entbunden. Im weiteren Verlaufe des Prozesses wurde nur einmal auch erwähnt, der Kapitän Wilson, der bei den Bemühungen zu Gunsten Sternbergs eine große Rolle spielte, habe in seinem Aeußeren eine gewisse Ähnlichkeit mit dem Kommissar Thiel gehabt. Daraus entstand das Gerücht, daß Thiel und Kapitän Wilson zum Teil eine und dieselbe Persönlichkeit seien. Ob das zutrifft, bleibe einstweilen dahingestellt. Im Zusammenhange mit diesem Gerücht aber entstand wohl das andre, dem auch Staatsanwalt Dr. Komen Ansbund gab, Thiel habe ebenso wie Direktor Luyba das Weite gesucht. Dieses Gerücht erwies sich jedoch als falsch. Während es hieß, daß er nicht mehr intra muros weile, wurde Kommissar Thiel Donnerstag auf dem Polizeipräsidium in der Sternbergischen Sache eingehend vernommen. Die Vernehmungen zogen sich bis spät abends hin. Dann wurde über das Ergebnis sofort die Staatsanwaltschaft benachrichtigt und weiter in Einverständnis dieser mit den andern in Betracht kommenden Faktoren die Verhaftung des Angeklagten angeordnet. Kriminalinspektor Vitz, der die Ermittlungen leitete, vollzog die Verhaftung noch in der Nacht zu gestern in der Wohnung des Kommissars in der Turnstr. 45. Gestern morgen wurde der Befangene in das Untersuchungsgefängnis übergeführt.

Polizeidirektor v. Meerseid-Hällessem ist noch immer mit seinem „Kerwendoc“ behaftet. Interessant ist ferner die Mitteilung eines Lokalblattes, wonach auch Fritz Friedmann in der Sternberg-Sache thätig sein soll. Das „gehete Edelwild“ hält sich zur Zeit in Wülfel auf, wo er demnächst eine internationale Vörsenzeitung herausgeben will. Woher hat Friedmann das Geld dazu? Diese Frage wird in dem Lokalblatt wie folgt beantwortet: „Herr Friedmann hat Herrn Sternberg seinen juristischen Scharfsinn und die ihm dafür seine Vorkontenstände zur Verfügung gestellt. Der ehemalige Anwalt hat schon nach der ersten Verhandlung bei Aufstellung einer der vier Revisionschriften sachverständigen Beistand geleistet, und als er vor einiger Zeit hier in Berlin weilte, geschah es zur Abhaltung einer Konferenz mit den Freunden des Angeklagten. Der Rat, den er in dieser Konferenz erteilte, soll ihm nun in fürstlicher Weise belohnt worden sein, wie Friedmann selbst voll Stolz herumerzählt.“

Kohlenplätze ankant Spielplätze. So lange der Stadteftel Grundbesitz keine Markthalle hatte, fanden dessen Wochenmärkte auf dem freien Platz zwischen Pringen-Allee und der Panke statt. Später ging es in die Markthalle und es wurde der Platz gern von der spielenden Jugend eingenommen, die von rigorosen Hausvätern auf die Straße gedrängt wird. Als die Markthalle ihrer ursprünglichen Lage wegen von Händlern und Publikum zu schwach besucht und daher geschlossen wurde, zog man nicht wieder zum alten Marktplatz zurück, sondern der Markt wurde auf das Grundstück des Restaurateurs Schmidt, Pringenallee, verlegt, dicht neben dem alten Platz, und Herr Schmidt zieht als Privatmann von den Händlern die Standgebühren ein. Ob das richtig oder nicht, soll hier nicht weiter geprüft werden. Den Kindern war dadurch doch wenigstens ihr einziger Spielplatz gestohlen, d. h. sofern sie nicht etwa den Humboldthain, der für die meisten zu entfernt liegt, als solchen rechnen wollen. Mehrfach heißt es

man, es sollten für die kleinen Spielgefährten noch Sandkasten gestellt werden, doch wer daran geglaubt, hat sich in unsem Magistrat stark geäußert. Dieser vernichtete — es ist kaum glaublich — den Marktplay als Spielplatz. Der ganze Platz ist nun bis auf einen Durchgang zur Brücke über die Panke mit einem hohen Bretterzaun umgeben und es sind auch bereits große Mengen Steinbohlen angefahren worden. Nicht allein ist den Kindern der Spielplatz genommen, sondern auch den vielen Arbeitern, die dicht um den Platz herum zur Arbeit nach den Fabriken müssen, die Verleumdung. Sämtliche Laternen des Platzes befinden sich innerhalb des Zaunes und sind bis jetzt vom Kohlenhändler abends nicht angezündet worden. Gewiß ein unerhörter Zustand. Mit demselben Recht kann schließlich der Magistrat den Gendarmenmarkt oder andre Plätze samt ihrer Laternen zu öffentlichen Kohlenplätzen vernichten.

**Waugenossenschaft der städtischen Arbeiter.** Eine sehr gut besuchte Versammlung der städtischen Arbeiter und Angestellten, welche am Dinstag stattfand, erklärte sich einstimmig gegen die eventuelle Errichtung von kommunalen Wohnhäusern für die städtischen Arbeiter. Man ging hierbei von der Ansicht aus, daß durch die Errichtung solcher Wohnhäuser nur ihr Abhängigkeitsverhältnis zu den Behörden vergrößert und die Bewegungsfreiheit eingeschränkt werden würde. Um jedoch der Wohnungsnot entgegenzutreten, wurde der Beschluß gefaßt, sofort eine Bau- und Spar-Gesellschaft ins Leben zu rufen. 180 Personen erklärten hierauf ihren Beitritt zu derselben.

**In Sachen des Frühstücks-Bestellgelds** hat eine gemeinsame Versammlung der Bäckermeister, Milch- und Badwarenhandlender der Friedrichstadt und des Südwestens stattgefunden. Nach eingehender Beratung gelangte folgende Resolution einstimmig zur Annahme: Die Bäckermeister und Milchhändler der Friedrichstadt und des Südwestens erklären, mit Rücksicht auf die schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse, 1. die Abschaffung der Zugabe der Badware und Milch, 2. die Einführung eines Frühstücks-Bestellgelds für dringend notwendig und beauftragen ihre Vorstände, die geeigneten Schritte zur Durchführung dieses Beschlusses zu unternehmen.

**Ein Brillantenkollier** im Werte von 40000 M. ist dieser Tage der Frau eines hier weilenden höheren russischen Offiziers im Hotel gestohlen worden. Von dem Diebe weiß man noch nichts.

**Von ihrem dreijährigen Bruder erschlagen** wurde die 1 1/2 Jahre alte Elly der Strohstecher Gadegast'schen Eheleute aus der Fischerstraße 25. Der kleine Junge Namens Arthur ist ein sehr reizbares Kind und gerät oft über die geringste Kleinigkeit in Wut. Vor vierzehn Tagen war nun bei den Leuten ein Tischler gewesen, um Möbel auszubessern. Dieser hatte nach Beendigung der Arbeit am Kleiderschrank in der Küche eine Latte stehen lassen, aus der ein Nagel mit der Spitze hervortrat. Nun kam am Montagvormittag eine Schneiderin und lieferte Frau Gadegast eine Kasse ab. Als sie wegging, reichte sie dem Dienstmädchen, das in Abwesenheit der Frau die Lieferung abgenommen hatte, die Hand, nicht aber den Kindern. Darüber wurde der Junge wütend; „Die alte Tante“, schrie er, „sagt nicht Adieu“. Dabei ergriff er die Latte, schlug nach dem Dienstmädchen, traf aber sein Schwefelrohr und zwar so unglücklich auf den Kopf, daß der Nagel den Schädel durchbohrte und in das Gehirn einbrach. Die Verletzte wurde zwei Tage in der Wohnung der Eltern ärztlich behandelt und am Mittwochmorgen in ein Krankenhaus gebracht. Dort starb sie noch am selben Tage. Die Leiche wurde zur gerichtsarztlichen Obduktion beschlagnahmt.

**Eine langwierige Verkehrsstörung** ereignete sich gestern nachmittags 1/2 Uhr an der Jannowibridge. Dort war an einem der zur Aufnahme des elektrischen Leitungsdrabts dienenden Masten der dort angebrachte Eisenkasten in Brand geraten. Infolgedessen wurde die Stromzuführung für die Strohenbahn unterbrochen und die Wagen stauten sich auf beiden Seiten in langer Kette auf. Die Feuerwehrr wurde alarmiert und wachte nach längerer Arbeit den Brand. Nach 1/2 Uhr konnte der gewöhnliche Verkehr wieder aufgenommen werden.

**Infolge eines Brandes toblich** geworden ist die 54 Jahre alte Zimmervermieterin Frau Sühr aus der Kochstr. 54a. Als die Frau am vergangenen Sonntag um 11 Uhr abends nach Hause kam, warf sie in einem Zustande hochgradiger Nervosität, in dem sie sich schon länger befand, ein brennendes Licht um und verursachte dadurch in der Wohnung einen Brand, zu dessen Ablösung die Feuerwehrr gerufen werden mußte. Der größte Teil ihrer Einrichtung verbrannte, an den Räumen, die der Komiker Emil Thomas von ihr gemietet hat, brannte eine Thür an. Die unglückliche Frau geriet über das Vorkommnis in eine große Aufregung und verfiel schließlich in Lohndunst, so daß sie gestern auf Veranlassung der Revierpolizei in die Irrenanstalt zu Dalldorf gebracht werden mußte.

**Frau Marie Göbe**, die Wittin unsem königlichen Opernhäuses, ist an einer Gasvergiftung schwer erkrankt. Als am Dienstagmorgen ihr Mädchen das Schlafzimmer betrat, bemerkte sie, daß die Sängerin besinnungslos im Bette lag. Durch ein Versehen waren am Abend zuvor die Gashähne der Gasröhre nicht völlig geschlossen worden. Dem Arzt gelang es, die Künstlerin ins Leben zurückzurufen. Frau Göbe befindet sich erfreulicherweise zur Zeit auf dem Wege der Besserung.

**Der Buchdruckereibesitzer Schmidt** teilt uns zu dem gestern von uns gemeldeten Unfall in seinem Betriebe mit, daß der bei demselben hinzugezogene Arzt selbst mit Verbandszeug versehen war und dieserhalb nach solchen gar nicht verlangte. Außerdem jedoch ist das Verbandszeug in der vorgezeichneten Form in der Druckerei vorhanden. Ein Abzug vom Lohne ist dem betroffenen Lehrling aus Anlaß des Unfalls weder gemacht, noch bestand die Absicht eines solchen Lohnabzugs. — Dieser Verächtigung gegenüber beharren unsere Gewährsmänner bei ihren gestern von uns veröffentlichten Mitteilungen.

**Ein gefährliches Mittel, aus der Einzelhaft herauszukommen**, wandte der jugendliche Sträfling Max Freitag aus der Selchowstraße zu Nizdorf im Gefängnis zu Wölkensee an. Freitag wurde vor ungefähr drei Jahren wegen wiederholten Diebstahls und Taschendiebstahls zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt und war seitdem in der Strafanstalt zu Wölkensee in Einzelhaft mit Maschinenstrickerie beschäftigt. Um eine Aenderang in seiner Lage herbeizuführen, verschluckte er zwei gebogene Stricknadeln, wie sie auf der Maschine gebraucht werden, und erreichte auch sein Ziel. Dem Anstaltsarzt gelang es zwar, eine der Nadeln sogleich wieder herauszuholen, die andre aber hat sich so festgesetzt, daß ein größerer ärztlicher Eingriff, der in der Strafanstalt nicht gemacht werden kann, notwendig ist. Freitag wurde daher heute morgen nach der Charité übergeführt.

**Im Dienst schwer verunglückt** ist gestern morgen der Wagenführer Eduard Hoase aus der Stargarderstraße 89 auf dem Straßenbahnhof an der Schönhauser Allee. Hoase hatte, bevor er seine Arbeit antrat, am Puffer seines Wagens noch etwas zu thun. Nun kam der nächste Wagen, der hinter dem seinigen stand und an dem sich auf irgend einer Weise die Bremse gelöst haben muß, herangebraucht, ohne daß er es merkte, und drückte ihn gegen seinen Wagen. Hoase erlitt außer einem Bruch des rechten Oberarmknochens schwere innere Verletzungen und mußte, nachdem ein Arzt ihm die erste Hilfe geleistet hatte, mit einem Rücken Rettungswagen in ein Krankenhaus gebracht werden. Der Mann ist verheiratet und Vater von 4 Kindern.

**Feuerbericht.** Freitagmorgen 3 Uhr wurde die Wehr nach der Jannowibridge gerufen, wo durch Kurzschluß ein Kasten an einem Mast in Brand geraten war und dadurch eine längere Verkehrsstörung herbeigeführt wurde. Vorher war Stallgerstraße 129 ein Kellerbrand abzulösen, der Badmaterial einschloß. Bei einem Kellerbrande in der Waldstraße 88 wurde Brennmaterial eingeschleudert, während Welfstraße 16 die Einrichtung einer Werkstat durch Feuer beschädigt wurde. Kleine Zimmerbrände verursachten ein Ausbrechen der Wehr nach Fischerstraße 25 und Lybenerstraße 4. Donnerstagabend war durch Unvorsichtigkeit in der Fruchtstraße ein mit Holzvolle beladenes Fuhrwerk in Brand geraten, mit dessen Abloschung die Wehr längere Zeit zu thun hatte.

**Aus den Nachbarorten.**

**Dem Beschluß des Berliner Magistrats**, in Zukunft die Straßenbahnen in eigener Regie zu erbauen, will auch der Nizdorfer Magistrat beitreten. Auf eine Anfrage des Berliner Magistrats ist die Antwort ergangen, daß die Stadtgemeinde Nizdorf zu einer Beteiligung am Regiebetrieb von Straßenbahnen, die Berliner und Nizdorfer Gebiet durchfahren, unter der Voraussetzung, daß ihr ein angemessener Anteil an der Verwaltung und am Gewinn eingeräumt wird, durchaus geneigt ist. Nach Nizdorf führen jetzt acht Straßenbahnlinien, während zwei weitere projektiert sind und im nächsten Jahre zur Ausführung kommen sollen.

**Johannisthal.** Die Gemeindevertretung beschäftigte sich in ihrer letzten Sitzung mit der Wasserversorgung des Orts. Die Charlottenburger Wasserwerke haben einen auf 50 Jahre abzuschließenden Vertrag vorgelegt. Diese Gesellschaft will die Leitung unentgeltlich legen und fordert für Wassermengen bis zu täglich 40 Kubikmeter vierteljährlich 12 M., darüber hinaus sollen bis 100 Kubikmeter 30 Pfg., bis 800 Kubikmeter 15 Pfg. kosten. Die Gesellschaft gewährt der Gemeinde eine Rente von 5 Proz., sobald der Betrag für das gelieferte Wasser die Summe von 6000 M. übersteigt. Es soll versucht werden, mit den Berliner Wasserwerken einen günstigeren Vertrag abzuschließen, doch wären hier wegen Ueberführung der Leitung über die Görlicher Bahn große Schwierigkeiten zu überwinden.

Gegen den Protest unsem Parteigenossen beschloß die Gemeindevertretung, die disponible Summe von 20000 M., welche von der Invaliditäts- und Alters-Versicherungsanstalt Berlin entliehen sind, dem Schöffensnape gegen 4 Proz. Zinsen zu überweisen, der den Betrag seinem Schwiegersohn zu Vausekulation zu weihen überlassen will. Bei der gegenwärtigen Höhe der Hypothekenzinsen macht dieser Herr somit ein feines Geschäft. Es rührte die bürgerlichen Vertreter nicht besonders, als der sozialdemokratische Gemeindevertreter Mann von Bettern wirtschaft sprach.

**Nach Verabreichung von Wechselstücken** hat, wie aus Eberswalde gemeldet wird, der Verleger der dortigen liberalen „Eberswalder Zeitung“, Buchdruckereibesitzer Adolf Lemme, die Pflüch ergriffen. Der Pflüchling hat viele Geschäftskunde und Parteifreunde geschädigt. Seine Passiva betragen 48000 M.; hiervon sind 21000 M. gedeckt, während der Rest verlorene gest. Lenne war Stadterordneter und spielte auch sonst im öffentlichen Leben eine gewisse Rolle. Von sich reden machte er im verflossenen Jahre, als ihm vom „Märkischen Sängerbund“ die Ehrenmitgliedschaft entzogen wurde, worauf unter seiner Leitung der „Märkische Sängerbund Franz Müde“ gegründet wurde.

**Vermishtes.**

**Vorteile für Zeitungen nach und von Oestreich-Ungarn.** Vom 1. Januar 1901 ab wird auf Grund getroffener Vereinbarung die Versendungsgebühr für im Postwege abommierte Zeitungen im Verkehr zwischen Oestreich-Ungarn und Deutschland derart geregelt, daß die Gebühr nicht wie bisher nach Prozenten des Abommementspreises der Zeitungen bemessen, sondern nach dem Durchschnittsgewicht und der Häufigkeit des Erscheinens der Zeitungen berechnet wird. Die österreichische Versendungsgebühr für die nach Deutschland zu liefernden, durch Vermittlung der reichsdienstlichen Postanstalten zu beziehenden Zeitungen beträgt für je 100 Gramm des Durchschnittsgewichts jeder Nummer einen Heller bei wöchentlich mehrmals und zwei Heller bei wöchentlich einmal oder seltener erscheinenden Zeitungen mit einer Mindestgebühr von jährlich 40 Heller für jedes Abonnement.

**Krieg im Frieden.** Bei einer dieser Tage zwischen den bairischen Ortschaften Bödeldorf und Eghendorf bei Bamberg abgehaltenen Feldübungen des 2. Bataillons vom 5. Infanterie-Regiment, zu der auch eine Abteilung des 1. Mannen-Regiments zugezogen war, erlaubten sich zwei zum Patronenendienst verwendete Soldaten grobe Ausschreitungen gegenüber der ländlichen Bevölkerung, weil sie von dem Bürgermeister Hämmer der Ortschaft Eghendorf wegen Mißhandlung ihrer Pferde zur Rede gestellt worden waren. Hämmer und dessen Knecht, der seinem Herrn Hilfe bringen wollte, mußten, so berähten die „Misch. R. Nachr.“, in ein Haus der Ortschaft Bödeldorf flüchten. Ein anderer des Wegs kommender Dorfbesitzer wurde von einem der Mannen durch einen gefährlichen Schlag auf den Kopf stark verletzt. Die Soldaten ritten schließlich vor das Haus, in dem sich der Bürgermeister mit seinem Knecht verborgen hielt, und begähten laut lachend und schimpfend Einlaß. Als den beiden Helden ihr Wunsch nicht erfüllt wurde, zerschmetterten sie die Fenster und ramten die Thür ein. Durch dieses Vorgehen veranlaßt, nahmen die Dorfbesitzer eine drohende Haltung gegen die Mannen an. Die aus Eghendorf herbeigerufene Gendarmrie vermochte gegen die Soldaten nichts auszurichten. Mittlerweile hatte man in Bödeldorf die Feuerwehrr alarmiert. Der kleine Platz bot das Bild einer alten Landsturmescene. Der vereinten Macht gelang es schließlich, die Mannenpatrouille in die Flucht zu schlagen. Der eine der Ketter mußte seine Lanze auf dem Kampfplatz zurücklassen. Das militärgerichtliche Verfahren dürfte weitere Aufklärung über den Vorfall bringen.

**Aus dem Grandenzer Buchhandlung** sind am Donnerstagabend 7 Uhr zwei schwere Verbrecher Franz Wojcizchowski und Martin Rifkowsk, nach Durchsägung der Eisengitter mit Hilfe einer selbstgefertigten Leiter entwichen.

**Zur Warnung für Brügelpädagogen.** Aus Mähheim am Rhein meldet die „R. Volksztg.“: Eine Lehrerin der an der Holzweidestraße gelegenen Schule hatte ein Kind, weil es nicht schön geschrieben, an den Kopf geschlagen, so daß es der Kleinen übel wurde und sie zu Hause über Kopfschmerzen klagte. Gleichwohl schickten die Eltern das Kind zur Schule, wo aber der Kopfschmerz so heftig wurde, daß das Mädchen hat, nach Hause gehen zu dürfen. Die Lehrerin schlug das Kind wieder an den Kopf mit dem Bemerkens: „Du sollst schöner schreiben!“ Die Kleine wurde ohnmächtig und mußte nach Hause gebracht werden, wo sie das Bewußtsein nicht wieder erlangte, vielmehr nach kurzer Zeit starb. Die Polizei unterlagte die Beerdigung der Leiche, und kürzlich fand die gerichtliche Obduktion derselben statt. Das Ergebnis ist noch nicht bekannt.

**Der Brand von Valparaiso**, über den wir kürzlich an der Hand von Londoner und Pariser Depeschen berichteten, hat sich als eine große Mystifikation der europäischen Presse herausgestellt. Wie jetzt aus London geschrieben wird, ist die falsche Meldung durch ein altes lokales Telegramm des französischen Konsuls in Valparaiso, das den Brand des französischen Konsulats meldete, hervorgerufen worden. Aus dem Telegramm des Konsuls fabrizierte dann eine kuppellose englische Telegraphen-Agentur die Nachricht vom Brande der ganzen Stadt Valparaiso, und diese prächtige „Sensation“ wurde darauf munter in alle Welt hinausgedrückt.

**Freireligiöse Gemeinde.** Sonntag, den 25. November, vormittags 8 1/2 Uhr, in der Aula der 69. Gemeindegemeinschaft, Kleine Franzfurterstr. 6: Versammlung. „Freireligiöse Vorlesung.“ — Um 10 1/2 Uhr vormittags ebenfalls: Vortrag des Hrn. Ida Wittmann: Tod und Leben. Gäste, Damen und Herren, sehr willkommen.

**An die Mitglieder der Orts-Krankenkasse der Schneider- und Schneiderrinnen.** Die Mitglieder genannter Kasse werden auf die am Dienstag, den 27. November, abends 8 1/2 Uhr, in den Arminalhallen, Kommandantenstr. 20, stattfindenden Delegiertenwahlen aufmerksam gemacht. Es gilt die wenigen von der Arbeiterkassirer erlangenen Rechte auszuüben und zu verteidigen, weshalb die Parteigenossen ersucht werden, in ihren Kreisen auf den Besuch dieser Versammlung hinzuwirken.

**Marktpreise von Berlin am 22. November 1900**

| nach Ermittlungen des Hl. Polizeipräsidiums. |       | Kartoffeln, neue, D-Gr. |                      | 8 —   | 4 —  |
|--|-------|-------------------------|----------------------|-------|------|
| *) Weizen, gut D-Gr.                         | 15,20 | 15,10                   | Wendisch, Reite 1 kg | 1,60  | 1,20 |
| „ mittel                                     | 15,12 | 15,08                   | „ do. Band           | 1,80  | 1, — |
| „ gering                                     | 15,04 | 15, —                   | „ Schweinefleisch    | 1,60  | 1,10 |
| *) Roggen, gut                               | 14,20 | 14,18                   | „ Kalbfleisch        | 1,80  | 1, — |
| „ mittel                                     | 14,15 | 14,14                   | „ Hammelfleisch      | 1,60  | 1, — |
| „ gering                                     | 14,12 | 14,10                   | „ Butter             | 2,80  | 2, — |
| *) Weizen, gut                               | 15,40 | 14,60                   | „ Eier 80 Stk        | 4,80  | 3, — |
| „ mittel                                     | 14,50 | 13,80                   | „ Karfen 1 kg        | 2,20  | 1, — |
| „ gering                                     | 13,70 | 13, —                   | „ Kalle              | 2,50  | 1,40 |
| *) Hafer, gut                                | 16,20 | 15,20                   | „ Haber              | 2,60  | 1,20 |
| „ mittel                                     | 15,10 | 14,20                   | „ Gerste             | 1,80  | 1, — |
| „ gering                                     | 14,10 | 13,20                   | „ Bartha             | 1,60  | 0,80 |
| *) Haferstroh                                | 7,15  | 6,50                    | „ Schleit            | 3, —  | 1,20 |
| „ Heu  | 7, —  | 4,80                    | „ Weie               | 1,40  | 0,80 |
| *) Gersten                                   | 40, — | 25, —                   | „ Krefje per Schot   | 12, — | 2,50 |
| *) Spelteschoten                             | 45, — | 20, —                   |                      |       |      |
| „ Linen                                      | 70, — | 30, —                   |                      |       |      |

\*) ab Bahn und frei Mähle. \*) frei Wogen und ab Bahn.

**Produktenmarkt vom 23. November.** Der Getreideverkehr zeigte wiederum matten Tendenz. Die milde Witterung, die einen neuen Schluß der Schifffahrt unwahrscheinlich macht, starkes inländisches und ausländisches Warenangebot und günstige argentinische Erntendatrichen veranlassen Realisierungen. Insbesondere waren Roggenlieferungen durch rentable nordrussische Offerten per Februar und Märzabladung durchweg 1 Mark weicher. Weizen war 0,50 Mark niedriger angeboten. — Daher veränderte sich nur wenig. — Hafer schwächte sich um 0,20 Mark ab. Spiritus. 70er Vocospiritus wurde zu 46 Mark oder um 0,10 Mark niedriger gehandelt.

**Wetter-Prognose für Sonnabend, den 24. November 1900.** Nachts etwas kälter, am Tage ziemlich warm und vielfach heiter bei mäßigen südöstlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge.

**Briefkasten der Redaktion.**

**Gedrara III.** Wir können Ihnen leider darüber nichts sagen; die Adresse des Herrn Dr. D. ist Berlin, Kaiser-Allee 119.

**Wieder-Eröffnung**

# des Partie-Waren-Hauses Hermann Flatauer

Ecke Alexander-Strasse, 32 Prenzlauer Strasse 32, Ecke Alexander-Strasse.

Meiner werten Kundschaft zur gefl. Kenntniss, dass ich nach beendetem Umbau, unter Hinzunahme der ersten Etage, meine sämtlichen Abteilungen bedeutend vergrößert habe.

## Empfehle bedeutend unter Preis:

**Ein Partie-Posten garnierter und ungarnierter Damen-Filz-Hüte, Stück 50 Pfennig.**  
**Ein Partie-Posten Unterröcke in Seide, Moiré und Velour. \* \* \* Ein Partie-Posten Blusen in Barchent, Wolle und Seide.**

## Neu aufgenommen:

**Teppiche, Portieren, sämtliche Kurzwaren sowie Schneider-Bedarfsartikel.**

## Eröffnung:

**Heute Sonnabend, den 24. November, nachmittags 4 Uhr.**

Jeder Käufer erhält am Eröffnungstage ein Geschenk!

**Neu! Eignes Rabatt-System. Neu!**

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

### Theater.

Sonnabend, den 24. November.  
Opernhaus. Die Waisenerin. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Schauspielhaus. Johannisnacht. Turandot, Prinzessin von China. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Neues Opern-Theater (Kroll). Die Fledermaus. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Deutsches. Die Nacht der Hesperis. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Festung. Die Ehre. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Berliner. Die strengen Herren. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Hoftheater. Die Dame von Maxim. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Neues. Die Verlobung. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Westen. La Traviata. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Central. Der Brautvater. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Secessionsbühne. Königsöhne. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Schiller. Die Welt in der man sich langweilt. Anfang 8 Uhr.  
Thalia. Der Schlüssel. Anfang 8 Uhr.  
Luisen. König Raul. Anfang 8 Uhr.  
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Der Zigeuner. Anfang 8 Uhr.  
Carl Weis. Berlin wie es weint und lacht. Anfang 8 Uhr.  
Volltheater. Dem Ähul sein. Anfang 8 Uhr.  
Metropol. Spezialitäten-Vorstellung. Der Bauer am Nil. Anfang 8 Uhr.  
Apollo. Spezialitäten-Vorstellung. Fräulein Loreley. Anfang 8 Uhr.  
Volltheater. Spezialitäten-Vorstellung. Die Regimentnummer. Anfang 8 Uhr.  
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.  
Volltheater. Spezialitäten-Vorstellung. China in Berlin. Anfang 8 Uhr.  
Urania. Tautenstr. 48/49. (Im Theater) Anfang 8 Uhr.  
Zentral. Der Brautvater. Anfang 8 Uhr.  
Secessionsbühne. Königsöhne. Anfang 8 Uhr.  
Schiller. Die Welt in der man sich langweilt. Anfang 8 Uhr.  
Thalia. Der Schlüssel. Anfang 8 Uhr.  
Luisen. König Raul. Anfang 8 Uhr.  
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Der Zigeuner. Anfang 8 Uhr.  
Carl Weis. Berlin wie es weint und lacht. Anfang 8 Uhr.  
Volltheater. Dem Ähul sein. Anfang 8 Uhr.  
Metropol. Spezialitäten-Vorstellung. Der Bauer am Nil. Anfang 8 Uhr.  
Apollo. Spezialitäten-Vorstellung. Fräulein Loreley. Anfang 8 Uhr.  
Volltheater. Spezialitäten-Vorstellung. Die Regimentnummer. Anfang 8 Uhr.  
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.  
Volltheater. Spezialitäten-Vorstellung. China in Berlin. Anfang 8 Uhr.

**URANIA**  
Taubenstr. 48/49.  
Im Theater  
abends 8 Uhr:  
**Auf den Wegen des Ozeans.**  
Im Hörsaal:  
„Wirken und Schaffen der Pflanzenwelt“ v. Prof. Müller.  
Invalldenstr. 57/62.  
Tägl. Sternwarte.  
Nachmittags 6-10 Uhr.

**Passage-Theater**  
Unter den Linden 22.  
**D-Vorstellung.**  
Kolossaler Erfolg:  
Jenseits der krummen Lanke  
**3. Seebataillon 2. Comp.**  
12 Spezialitäten-Debüts.  
Eintr. inkl. Panoptikum 50 Pf.

**CASTANS**  
**PANOPTICUM**  
Friedrichstr. 185.  
Neu! **Dahomey-Dorf.** Neu  
38 wilde Weiber von der  
Leibgarde des Königs Behanzin.  
Kriegs- u. Gefechts-Szenen,  
Exercitien, Nationaltänze.  
Vorstellung: 12 Uhr mittags,  
nachm. von 8-10 Uhr stündl.  
„Allerseelen“, neue Illusion!  
Russ. Damenkapelle Zarina.  
Entree 50 Pf.  
Militär u. Kinder 25 Pf.

**Passage-Panoptikum.**  
Neu: Krao, das Hindeglich  
zwischen Mensch u. Affe (lebend).  
Lina, das 12-jährige Riesentind  
(336 Pfund schwer).  
**China in Berlin.**  
Großes theatraleschcinographisch.  
Schauspiel in 11 Bildern.  
Entree einschließlich Theater 50 Pf.  
Kinder die Hälfte.

**Central-Theater**  
**Der Brautvater.**  
Schauspiel in 3 Akten von Louis  
Kofler. Musik von G. Wagners.  
Mitwirkende: Damen: Altes, Gräblich,  
Walde. Herren: Altes, Kunder, Kuntz,  
Hofmann, Schulz, Sandermann.  
Morgen (Totenfeier), 7 1/2 Uhr:  
**Die Glocken v. Corneville.**  
Romant. Oper in 3 Akten v. H. Massenet.  
Montag und folgende Tage: **Der  
Brautvater.**  
**Thalia-Theater**  
Friedrichstr. 72.  
Sonnabend zum letztenmal:  
**Der Liebeschlüssel.**  
Sonntag: Gastspiel Residenz-Theater  
„Jugend“ von Max Halbe.  
Montag: Zum erstenmal:  
**Amor von heute.**  
Kudstättungsposse mit Gesang u. Tanz.

**Metropol-Theater.**  
**Der Zauberer am Nil**  
mit dem originellen  
**Mumien-Ballett**  
sowie dem brillant vollst. neuen  
November-Special-Programm.  
Auf 8 Uhr. Beginn der Operette  
9 Uhr.  
Morgen überall gefeiert.  
Sonntag, 25. Nov. (Totenfeier)  
**Einmal Ensemble-Gastspiel**  
des Festung-Theaters.  
**Die Ehre.**

**W. Noacks Theater.**  
Friedrichstr. 16.  
**Kurth-Dirth.**  
Voll mit Gesang in 3 Akten (5 Bildern)  
von Willen und Justus. Musik  
von Michaelis.  
Sonntag: Die Blinde von Paris.

**Secessionsbühne.**  
Alexanderstr. 40.  
**Königsöhne.**  
Schauspiel in 4 Akten v. Selge Rode.  
Morgen: Dieselbe Vorstellung.  
**Theater Grand-Hotel**  
Alexander-Platz.  
**Pummels Roman**  
oder: **Berliner Leben.**  
Dr. Berliner Gesangsposse in 5 Bildern.

**Cirkus Schumann.**  
Heute, Sonnabend, den 24. November,  
abends präzis 7 1/2 Uhr:  
VII. Grande Soiree High-Life.  
Gala-Programm.  
U. a.: Die reizende Mlle. Nabel  
O'Brien, Mlle. Alida, Mlle. Dalsey,  
Mlle. Antoinette, Mlle. Eugenie,  
Mlle. Victoria, Mlle. Etienne, Parforce-  
Reiterinnen.  
**Öwen-Baron.**  
Die anerkannt unerreicht dastehenden  
Originaladressen des Direktors  
Ab. Schumann.  
Ferner Auftritte der neu  
engagierten Spezialitäten.  
Zum Schluss zum 62. mal:  
Das größte Rauegen- und Wasser-  
schauspiel der Gegenwart:  
**CHINA.**  
Bisher aus der Gegenwart in drei  
Abteilungen vom Hofballmeister  
A. Sloms. In Scene gesetzt mit nie  
gesehener Pracht, Inszeniert und mit  
ganz neuen Wasserfällen versehen  
vom Direktor Ab. Schumann.  
Neue Entwürfe: Unübertroffene  
Bausubstanz:  
Erklärung der 20 Fuß hohen  
glatten chinesischen Mauer.  
Aufführung der deutschen Sprache.  
Morgen, Sonntag, abends 7 1/2 Uhr:  
Für eine große außerordentliche  
Gala-Vorstellung.

**Cirkus Jansly.**  
Schöneberg, Hauptstrasse,  
vis-a-vis dem Rathaus.  
Sonnabend, 24. Novbr., abends 8 Uhr:  
**Parade-Gala-Abend**  
mit einem aus 18 Nummern be-  
stehenden großartigen Programm.  
U. a.: Brothers Hugosset, Die  
Könige der Luft - Saltomortale-  
Vorstreiter. - Reiter Harry Dio.  
- Drahtseilkünstlerin Frä. Amanda.  
- Plutz, der Höllefürst, groteskisches  
Schauspiel zu Pferde. - Auftritte  
neuer Spezialitäten etc. etc., sowie  
Direktor Janslys unübertroffen Orig.  
Freibühnen-Vorstellungen.  
Sonntag, den 25. November, abends  
8 Uhr: Für eine Vorstellung.

**Cirkus Renz-Konzert-Tunnel**  
Karlstasse.  
Wochentags 7 Uhr. Nur erhaltliche  
Sonntags 5 Uhr. Spezialitäten. J. M. Hätt.  
Jeden Sonnabend nach der Vorstellung: Tanz ohne Nachzahlung.  
**Wöbel und Holzwaren. Franz Tutzauer.**  
Ziselermeister, Berlin N., Brunnenstr. 152.

**Palast-Theater**  
früher Foen-Palast, Burgstr. 22.  
Riesen - November - Programm.  
8 1/2 Uhr:  
**Die Regimentnummer**  
Schladebach, Schlichterstr. 1.  
Direktor Richard Winkler.  
Sonntag, 25. November: Nur  
einmalige Aufführung: Die  
Gemannsbrandt oder: Die Rück-  
kehr aus China. Volkstheater mit  
Gesang in 4 Bildern.  
Anfang: Wochent. 7 1/2, Sonntag 7 Uhr.  
Entree: 50 Pf.

**Cirkus Busch**  
Sonnabend, 24. Novbr., abds. 7 1/2 Uhr:  
**Frank u. Parade-Abend.**  
Beginn der Pantomime 10 Uhr.  
**Berliner Landpartien**  
Mit über 100. Tolle Streiche zu Wasser  
und zu Lande in 2 Akten.  
Besonders hervorzuheben:  
Die höheren Töchter in der  
Schwimmhalle.  
**Hypnotismus? Suggestion?**  
oder **Spiritismus???**  
des berühmten Hofkünstlers  
Direktor M. Roemer.  
„Die weiße Dame“, dargestellt  
von Fräulein Maria Wohnke.  
Europäische Kavalkaden  
auf 16 Schulperden.  
„Ararat“, arabischer Soldaten-  
Schmuckstück, in der hohen Schule  
geritten von Herrn Burkhardt-Footitt.  
Auftritte der berühmten  
Gebr. Weidmann als: Komposit  
Rubinstein.  
Morgen, Sonntag, nur 1 große  
Parade-Gala-Vorstellung um  
7 1/2 Uhr.

**Cirkus Renz-Konzert-Tunnel**  
Karlstasse.  
Wochentags 7 Uhr. Nur erhaltliche  
Sonntags 5 Uhr. Spezialitäten. J. M. Hätt.  
Jeden Sonnabend nach der Vorstellung: Tanz ohne Nachzahlung.

**Kufekes**  
BESTE NAHRUNG FÜR  
gesunde & darmkranke Kinder  
**Kindermehl**

**Reichshallen.**  
Täglich:  
**Stettiner  
Sänger.**  
Anfang 8 Uhr.  
Vorher: Konzert.

**Sanssouci**  
Kottbuserstrasse.  
Jeden Sonntag,  
Montag und Donnerstag:  
**Hofmanns  
Nord-Sänger.**  
Anfang Sonntag 7 Uhr.  
Entree 50 Pf. Von 5-7:  
Unterhaltungsmusik.  
Wochentags 8 Uhr. Entree  
30 Pf.  
Nach jeder Soiree:  
**Tanzkränzen.**  
Wochentags Tanz frei. Vereins- und  
Bürgerschaften wochentags gültig.  
Säle zu Feiern u. Versammlungen.

**Deutsche  
Konzertthallen**  
Spandauer Brücke.  
Täglich  
4 ausländische  
Kapellen  
Gr. Theater-Vorstellung.

**Jeder Arbeiter  
Jeder Handwerker  
sollte zur Arbeit**  
die Lederhose Herkules tragen.  
Wein-Verlauf. Sehr starke Ware in  
praktischen grauen u. braunen Streifen.  
Hinten u. vorn am Bund aus einem  
Stück gearbeitet. Kleidstoffe u. Kapp-  
mäntel. Freie Leder-Blot-Taschen,  
große Hüden umfaßt. die Hose  
bei Entnahme von  
6 Stück 25 RT. **4 RT. 50**

**Baer Sohn**  
En gros. Export. En detail.  
Schauspiel 24 u. 25. Residenzstr. 11.  
Gr. Franzfurterstr. 20.  
Die 10te Jubiläum 1900/1901 aber  
gesamte Herren u. Knaben-Befeldung  
(Aufflage 1 Million) wird kostenlos und  
postfrei zugefandt.  
Berland von 20 RT. an franco. -  
Bei Bestellung genügt Angabe der  
Straß- u. Hundeweite u. Schriftgröße.  
Obige Preise gelten für normale  
Größen.  
56612\*

**Christbaumschmuck**  
Die Genossen aus Baucha i. T.  
berufen gold u. Silberglänzenden  
Glas-Christbaumschmuck. Das  
Positivste franco gegen Nachnahme  
für 5 RT. oder vorherige Einzahlung  
von 5 RT.  
In denselben befinden sich alle  
Neuheiten in allen Farben und  
Formen, Kugeln und Gläser, glatt,  
bemalt, auch überpauert, Kette  
aller Art, Glöckchen, Früchte jeglicher  
Art, Kessel, Birnen, Aprikosen, Wein-  
trauben usw., 100 Stück verschiede-  
ne und bemalte Stängelchen, Glö-  
ckchen, Gometta-Sachen usw.  
Als Gratüßbeilage eine Glas-  
Bierstein - Cigarrenspitze mit  
der eingetragenen Photographie  
unserer alten Liebknecht über  
Bebel.  
172L\*  
Aufträge nimmt entgegen:  
**Guido Müller Jun.,**  
Ordn.-Vertrauensmann,  
Lauscha Sachsen-Weinungen.

**Schiller-Theater**  
(Wallner-Theater).  
Sonnabend, abends 8 Uhr:  
**Die Welt in der man sich  
langweilt.**  
Schauspiel in 3 Akten von Eduard  
Pailleron. Deutsch von A. Kuntz  
und Karl Friedrich Wittmann.  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
**Faust**  
von Goethe, der Tragödie II. Teil.  
(2. Abend: Fausts Tod und Erlösung).  
Montag, abends 8 Uhr:  
**Faust, II. Teil.**  
(1. Abend: Das Reich der Mitter.)  
Dienstag, abends 8 Uhr:  
**Faust, II. Teil.**  
(2. Abend: Fausts Tod und Erlösung.)

**Carl Weiss-Theater**  
Gr. Franzfurterstr. 132.  
Berlin wie es weint und  
lacht.  
Vollständ. mit Gesang in 3 Akten  
von Kallisch.  
Anfang 8 Uhr.  
Ferdinand: Direktor Carl Weis.  
heut nachm. 4 Uhr: Kindervorstellung:  
**Rübezahl u. Schneider Benedict.**  
Ein neues Kindermärchen mit Gesang  
von J. Hill.  
Sonntag: **Faustrecht und Sand-  
friedensbruch.**  
Mittwoch: Zum erstenmal:  
**Der rechte Schlüssel.**  
Schauspiel von Francis Stahl.

**Apollo-Theater.**  
Um 9 1/2 Uhr:  
**Fräulein Loreley**  
Pannonia, Sullivan u. Aranka.  
**The Josephis**  
unerreichte Fassadentier.  
Chavita. \* **Cäcilie Carola.**  
Anfang 8 Uhr.



**BERLINER  
ARBEITER-  
KALENDER**  
1901.  
Preis 20 Pf.  
Porto 10 Pf.  
124 Druckseiten mit vielen Original-  
Illustrationen.  
Inhalt:  
Festlingschauer. Von Clara Diebig.  
Die Dorfarme. Von R. J. Diefen-  
bach. - Regimentschiffale im XIX.  
Jahrhundert. Von Karl Bauli. -  
Das große Gefecht. Von Arthur  
Kochl. - Der tote Soldat. Von  
Emil Rosenow. (Mit Bild von  
Blitz-Vielweid.) - Der Kruppel.  
Von Carl Krowitz. - Der Spreet-  
tunnel zwischen Strala u. Treptow.  
Von W. Berdrow. - Der Zukunft  
Krone. Von Clara Müller. - Ein  
Talent aus dem Volk. etc. etc.  
Zu haben in allen Buch- u. Papier-  
handlungen, Zeitungsbedrucken,  
sowie beim Verleger Th. Weyhoffer  
Nachf., Berlin N., Weinbergweg 15b

**Kaufhaus Gebrüder Joseph**  
Badstrasse 32. BERLIN N. Badstrasse 32.  
- of Gesundbrunnen. -  
**Einmaliges Angebot!!**  
eines grossen Gelegenheitspostens  
**Normal-Hemden, Hosen, Jacken, Westen und Strümpfe**  
zu fabelhaft billigen Preisen.  
\* \* \* Dieser Verkauf dauert bis Sonnabend, den 1. Dezember! \* \* \*

# CARL STIER

Fabrik für Herren- und Knaben-Garderobe

Berlin SO.

166. Oranienstr. 166.

Berlin SO.

Infolge der regen Nachfrage nach meinen Fabrikaten habe ich mich veranlaßt gesehen, wiederum meine Geschäftslokalitäten erheblich zu erweitern, so daß fast das ganze Haus Oranienstraße 166 für den Betrieb meines Geschäfts eingerichtet ist. Ich bin hierdurch in der Lage, allen Anforderungen, die an mich gestellt werden, was den Umfang, die Schnelligkeit und die Exaktheit derselben anbelangt, in jeder Weise nachzukommen. Mein Prinzip, bei größter Auswahl tadelloser, gut gearbeiteter Sachen bei denkbar billigsten Preisen zu liefern, hat mir den großen und täglich wachsenden Kundenkreis geschaffen, den ich mir in jeder Weise zu erhalten bestrebt sein werde.

Meine Preise stellen sich wie folgt:

## Rock- und Gesellschafts-Anzüge.

- Rock-Anzüge in Kammgarn, glatt oder Diagonal, schwarz oder blau . . . . . 27, 30, 33, 38, 43, 48 M.
- Rock-Anzüge in Cheviot, schwarz oder blau . . . . . 33, 38, 43, 48 M.
- Gehrock-Anzüge in Kammgarn, Tuch-Kammgarn od. Cheviot 30, 36, 42, 48, 54 M., mit Seide abgearb. 60 M.
- Rock-Anzüge in melierten Kammgarn-Stoffen, grau oder marengo . . . . . 33, 38, 43, 48 M.
- Gehrock-Anzüge in melierten Kammgarn- oder Cheviot-Stoffen, grau oder marengo . . . . . 36, 42, 48 M.
- Smoking-Anzüge, glatt Kammgarn . . . . . 36, 48 M.

## Jackett-Anzüge für Herren.

- Kammgarn-Anzüge, schwarz, dunkelblau, dunkelbraun . . . . . 20, 22, 50, 25, 30, 35 bis 50 M.
- Cheviot-Anzüge, einfarbig, schwarz, blau oder braun 17, 50, 20, 22, 50, 25, 30, 35 bis 45 M.
- Cheviot-Anzüge, meliert, in modernen Farben, darunter große Neuheiten 17, 50, 20, 25, 30, 35 bis 50 M.
- Kammgarn-Anzüge in marengo-, grau- oder oliv- melierten Farben . . . . . 30, 35, 40, 45, 50 M.
- Velour-Anzüge, bide Ware, solide Muster, Anzüge für ältere Herren . . . . . 25 und 30 M.
- Anzüge von gezwirntem Wuchsin, haltbare Stoffe und solide Muster . . . . . 15, 25, 30, 35 bis 45 M.

Die festen Preise sind auf dem Etiquette jedes Gegenstands deutlich durch Stempel vermerkt. Ein willkürliches Forderung findet also nicht statt; es kann also jedermann sich von der Qualität der Ware selbst überzeugen. — Nach

## Paletots für Herren.

- Paletots in Eskimo mit elegantem Futter, schwarz oder dunkelblau . . . . . 18, 20, 22, 50, 25, 30, 35 bis 55 M.
- Paletots in Eskimo mit gestepptem Futter, sehr vornehm . . . . . 20, 25, 30, 40, 45 bis 60 M.
- Paletots in Cheviot, dunkelblau, schwarz oder braun . . . . . 25, 30, 35 bis 45 M.
- Paletots in Cheviot oder Eskimo in den so beliebten marengo- oder dunkelgrauen Farben, Futter . . . . . 15, 30, 35 bis 45 M.
- Paletots in Sportstoffen 30, 35 bis 45 M.
- Paletots in Rockfaçon, hochmodern . . . . . 35 bis 45 M.

anwärts sende Muster und Mahnanleitung frei gegen frei zu. — Hunderte von unerlangten Anerkennungen sind ein Beweis für die gute Ausführung, tadellofen Sitz sowie prompte Bedienung.

Filiale: Potsdam, Brandenburger Strasse 23.



# Wichtig!! 65300.

Unter dieser Nummer ist das Patent eingetragen, wonach Kathreiners Malzkaffee mit Geschmack und Aroma des echten Bohnenkaffees versehen wird. Infolge seines Patentschutzes darf Kathreiners Malzkaffee nicht nachgemacht werden; er ist von allen Kaffee-Zusätzen der weitaus beste!

Jedes Wort: 5 Pfennig. Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 16 Buchstaben zählen doppelt.

## Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Bismarckstr. 3 bis 4 Uhr angenommen.

### Verkäufe.

- Schuhgeschäft frankheitshalber zu verkaufen, Diefenbachstraße 38.
- Elegante vorjährige Herrenhosen, feinste Stoffe 9-12 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Verkaufshaus Germania, Unter den Linden 21 II.
- Gardinenhand Große Frankfurterstraße 9, parterre. 9015
- Gardinen-Specialgeschäft, Blumenstraße 8. Anerkannt vorzügliche Einkaufsquelle für Gardinen, Stores, Rouleaux, Täfelbett und Schanddecken. 3172\*
- Winterpaletots, Remontieren, Reparaturen, Regulatorien, sportbillig Verkaufshaus Reanderstraße 6. 425\*
- Betten, Steppdecken, sportbillig Verkaufshaus Reanderstraße 6. 425\*
- Teppiche, Gardinen, sportbillig Verkaufshaus Reanderstraße 6.
- Teppiche mit Bodenbelägen, Fabrikiederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. 9025
- Mauererhilfe stets vorrätig Gutgeschäft nur Potsdamerstraße 61.
- Singer-Nähmaschinen, Ringelstich, Bobbin, Adler-Schnellnäher, ohne Anzahlung. Wesentlich 1 Mark, sofortige Lieferung. Postkarte Schmidt, Gartenstraße 41 II. 4092\*
- Nähmaschinen, beste Ringelstich, Bobbin, Adler, Schnellnäher, vor- und rückwärts nähend, ohne Anzahlung, wöchentlich 1 Mark, jährliche Garantie. Postkarte. Freise, Neue Königstraße 82, Laden. 3992\*
- Seidenstoffe, raumungshalter sportbillig, Sonnabend, Montag bis 4 Uhr. Charlottenburg, Goethestraße 76, III. links. 11845

### Vermischte Anzeigen.

- Strickmaschinen, Nähmaschinen neu 120, gebraucht billig, Heberd, Landsbergerstraße 50. 11365\*
- Eiserne Oefen aller Systeme, Kronen, Euren, Doppelarme, sowie sämtliche Beleuchtungsgegenstände. Karl Kaufmann, Wäldenhoffstraße 19, am Urban. 38/6\*
- 1200 fette Bratgänse sehen nur nach kurze Zeit auf dem Central-Viehhol, Eisenstraße, Pferdebesitz-Gesellschaft Vianenberg, Dönhofsplatz, vis-a-vis Feldrestaurant Jibaldt, von 2.50 M. an zum Verkauf. Jeden Tag frisch geschlachtet. Wettfeiern! Weiße und graue Damen, große Hebern. P. Hoff. 11396
- Waldbügel, Kanarienvogel, Vogelbauer, Frettchen, große Kadwahl billig! Schnelle, Große Frankfurterstraße 13. 3912\*
- Kanarienvogel, Hohl-, Ringelstich separat, 5 Mark an. Stegely, Reisse, Tompffsen, Nottebohm, Weissen, Staare, Buchanten. Vogelbandlung Oranienstraße 87. 10806\*
- Steppdecken am billigsten Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre.
- Grüntruggeschäft mit Rolle verkauft Jerusalemstraße 9. 1185b
- Möbelverkauf, darunter Musikspind 28,00, Vertikow, Säulen- tisch 30,00, eleganter Musikstapel 12,00, Sofa, Bettstellen, Schreibtisch, Marmorplatte, Spiegelplatte, Stühle, Delgarnie, Küchenmöbel sportbillig Gartenstraße 148, vorn I. 1141\*
- Waschmaschinen! Sparsysteme 7.-, 10.-, Refektor 14.-. Waschofen! Jurellocher 6.-. Schneider-Pegel- apparate, Waschlätten billig! Wolfauer, Wallnerstraße 32.\*
- Milchgeschäft umkündet halber zu verkaufen, 550 Mark. Standstraße 15. 1182b
- Ringelstich, Bobbin, Adler-Schnellnäher, vor- und rückwärts nähend. Ohne Anzahlung, wöchentlich 1 Mark. Lieferung sofort. Postkarte. Schmidt, Gartenstraße 41 II. 4092\*
- Paßende Weihnachts-Geschenke: Taschen, Etageren, Vasen, Stoff- sofen, Vorküchlein, Küchenstühle, Eimerstühle, Küchenrahmen, Kinder- möbel. Sonstige Wohnungs- Ein- richtungs- Gegenstände außergewöhnlich billig. Eigene Tapezierwerkstätten. Girschowitz, Mariannenstraße 7 a.
- Eintausend Mark sucht thätiger Genosse zur Sicherung seines gut- gehenden Geschäfts zu leihen. Rück- zahlung und Zinsen nach Uebereinkunft. Offerten unter L. 1 Expedition des "Vorwärts".
- Patentanwalt Dammann, Oranienstraße 57, Moritzplatz. Gründern- lohnentlicher Rat abends bis neun.
- Rechtsbureau Andreadstraße 63, Straßsachen, Injurienklagen, Al- limentensachen, Ehefachen, Eingaben- geluche. 1177b\*
- Zahnärztlicher C. Gebide, Star- garberstraße 3, Ecke Schönhauser-Allee.
- Division! Wer sich über diese ruckelichte Grausamkeit unter Zeit- unrichtigen will, verlange die Flug- blätter des Weltbundes gegen Divi- sion, welche unentgeltlich versendet werden vom Arbeiterverein Berlin, Königgräberstraße 108. Am gütigen Abdruck wird gedankt. Arbeitervereine, welche in ihren Versammlungen Vor- träge wünschen über Division, wollen sich um Referenten an die- selbe Adresse wenden. 925b
- Unfallsachen, Klagen, Eingaben, Reklamationen, Puffer, Stiegler- straße 65. 968b\*
- Buchbinder-Arbeit jeder Ar- fertigkeit Ferdinand Reimert, W. Bismarck- straße 55, 2. Hof parterre. 2387b
- Kunstkopiererei von Frau Kolosko, Steinwegstraße 48.
- Heberzylinder, verschlossene, werden von 3 Mark an aufgeführt in Rottmisch- färberei, Andreadstraße 78 parterre, Eisenbahnstraße 18. 846b\*
- Wer Stoff hat? Fertige Winter- paletots und Herrenanzüge mit Futter- sachen für 15; wer keinen Stoff für 30 Mark. Wagner, Schneidermeister, Frankfurterstraße 50 III. Bitte Namen beachten. 1128b
- Möbel, gebrauchte, kauft Römer, Sebaldstraße 81. 864b\*
- Eisen- und Metallwerk kauft Broderick, Oppenerstraße 16. 1076b\*
- Bereinszimmer, Piano, empfiehlt Erdmann, Reichenbergerstraße 15.
- Bereinszimmer frei. Dabewig, Kommandantenstraße 65. 2838\*
- Bereinszimmer empfiehlt Vier- Alte Jakobstraße 119. 288K\*
- Saal und Vereinszimmer empfiehlt Jannoch, Julestraße 10. 200K\*
- Bereinszimmer mit Piano em- pfehl! Wendlandt, Bräudenstr. 2. 1183b\*
- Jugend, welche am 14. oder 15. d. M., nachmittags 6 Uhr, auf der Bienenbrücke, an der Rixdorfer Pump- station von einem Mann, welcher einen Hundewagen führte, angeproben wurde und sich, nachdem ein anderer Mann, aus der Richtung Treptow kommend, mit dem Führer des Hunde- wagens das Gespräch fortsetzte, am Wiesengraben entlang entsetzt, wird gebeten, sich zu melden in Rixdorf, Werkstraße 4, vorn III rechts. Unkosten werden gern erstattet. 1190b

### Vermietungen.

- Zimmer. Freundlich möbliertes Zimmer für 1 Herrn (als Mitbewohner) sofort zu vermieten. Forsterstraße 54, Seiten- fügel III, bei Witwe Rosenthal.
- Schlafstellen. Eine Schlafstelle Ritterstraße 110 bei Burdal 1 Treppe. 1186b
- Möblierte Schlafstelle für Herrn, Andreadstraße 26, Hof II Treppe, links. 738\*

### Arbeitsmarkt.

- Stellengesuche. Binder Stuhlrechter bittet um Arbeit. Stühle werden bei geschönten, dieselben werden abgeholt und jurisch- geliefert. Wäcker, Kuladstraße 27.
- Suche Wäcker. Friedrichs- gracht 16, Frau Wäcker. 570b
- Stellenangebote. Forbmacher verlangt Georgen- kirchstraße 14a I. 1172b\*
- Radierwerkzeug verlangt. Ge- schrankfabrik O. Wittgen, Komman- dantenstraße 54. 1162b

### Werbter Ballerier gesucht.

- Werbter Ballerier gesucht. Gold- leihfabrik Siegmeyerstraße 15. 112\*
- Zu Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile
- Gejucht: Für eine ausländische Glühlampen- fabrik zur Einführung ein mit dem chemischen Auspumpen der Glühlampen erfahrener tüchtiger Arbeiter. Eintritt sofort. Offerten unter K. 5493 Z. an Haasensteins & Vogler, Zürich. 1043\*

### Achtung! Parkettbodenleger!

Folgende Firmen sind geperri: Görlitz-Glaser, Parlett-Fabrik K.-G. vormals Wengert, Dresden. Die Kommission.

### Achtung! Stuccatore!

Gesperri sind folgende Firmen: Trechler, Bau Charlottenburg, Kirchlichdamm, Ecke Knefelstraße, Charlottenburg, Berlinstr. 66. Wals, Bau Greifswalderstraße, Ecke Edingerstraße, Charlottenburg, Rönneke. 16/17. Hoffmann, Gampel und Vogt.

### Achtung! Bautischler! Rixdorf!

In der Tischlerei von Prof. Jahn, Rixdorfstr. 27, haben die Kollegen wegen Differenzen die Arbeit nieder- gelegt. Zuungun ist streng fernzuhalten. 108/10 Die Crüderverwaltung.